



Plenarprotokoll

3. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 25. Mai 2005

Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode „Gemeinsam mit den Menschen Schleswig-Holstein wieder auf Erfolgskurs bringen“

Peter Harry Carstensen, MINISTERPRÄSIDENT	47
Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	55
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	61
Lothar Hay [SPD]	67
Wolfgang Kubicki [FDP].....	73
Anke Spoorendonk [SSW].....	80

Resolution zur Ratifizierung des Ver- trages über eine Verfassung für Europa .

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/84 (neu)	85
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/95	85
Änderungsantrag der Fraktion der FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/96	85, 96
Manfred Ritzek [CDU]	86, 93
Rolf Fischer [SPD].....	87
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	89
Anke Spoorendonk [SSW].....	90
Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	91
Claus Ehlers [CDU]	93
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	94
Lars Harms [SSW].....	95

Beschluss: 1. Antrag Drucksache 16/95 wird zurückgezogen	
2. Ablehnung des Antrages Drucksache 16/96	
3. Annahme des Antrages Drucksache 16/84 (neu).....	96

Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu In- formationen für das Land Schleswig- Holstein.....

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/82	96
Anke Spoorendonk [SSW].....	97
Monika Schwalm [CDU]	98
Thomas Rother [SPD].....	99
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	

Dr. Heiner Garg [FDP].....	100
Dr. Ralf Stegner, Innenminister	101
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	102
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwir- kungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten.....	102
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/12	
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	102
Heike Franzen [CDU]	103
Astrid Höfs [SPD].....	104
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	104
Lars Harms [SSW].....	105
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	106
Beschluss: Überweisung an den Bildungss- ausschuss, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss	107
Feierstunde „50 Jahre Bonn/Kopenha- gener Erklärungen“.....	107
Martin Kayenburg, Landtagspräsident ...	107
Niels Helveg Petersen, Vizepräsident des Folketing	107

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	
Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Minister- präsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen	
Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Euro- pa	
Dr. Ralf Stegner, Innenminister	
Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt, und ländliche Räume	
Rainer Wiegard, Finanzminister	
Dietrich Austermann, Minister für Wissen- schaft, Wirtschaft und Verkehr	
Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	

* * * *

Beginn: 9:00 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die dritte Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Kollege Arp, die Lautsprecheranlage ist in der Tat defekt. Wir haben hier ein Ersatzmikrofon. Ich werde mich bemühen, etwas lauter zu reden.

Erkrankt sind die Herren Abgeordneten Peter Sönichsen und Günter Neugebauer. Wir wünschen beiden Kollegen gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist für heute der Kollege Jens-Christian Magnussen.

Die langjährigen Abgeordneten Jost de Jager, Heinz Maurus und Klaus Schlie haben ihre Mandate niedergelegt und sind aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ausgeschieden. Für ihre Arbeit im Landtag spreche ich ihnen im Namen aller Abgeordneten an dieser Stelle Dank und Anerkennung aus.

(Beifall)

Der Landeswahlleiter hat als Nachfolgerin für den ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten Heinz Maurus Frau Susanne Herold festgestellt. Als Nachfolger für Herrn Klaus Schlie hat der Landeswahlleiter Herrn Werner Kalinka festgestellt. Nachfolger für Herrn Jost de Jager wird nach Feststellung des Landeswahlleiters der Kollege Frank Sauter. Die Abgeordneten haben ihre Landtagsmandate am 28. April 2005 angenommen.

Ich werde die Verpflichtung in der Weise vornehmen, dass ich die Eidesformel verlese und Sie bitte, den Eid so zu leisten, dass Sie nach der Eidesformel einzeln zu mir kommen und die Worte nachsprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“. Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Ich bitte nunmehr die drei Abgeordneten zur Verpflichtung nach vorn. Die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich. Die Abgeordneten Susanne Herold, Werner Kalinka und Frank Sauter werden nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordnete/Abgeordneter ge-

(Präsident Martin Kayenburg)

wissenschaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe. - Die Abgeordneten werden von Präsident Martin Kayenburg durch Handschlag verpflichtet.)

Ich bedanke mich und gratuliere Ihnen. Ich wünsche Ihnen für unser Land und für die Bürger des Landes eine erfolgreiche gemeinsame Arbeit mit allen hier Anwesenden.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wirtschaftsausschuss hat mit Drucksache 16/85 einen Bericht- und eine Beschlussempfehlung zum Thema Bundesratsinitiative zur Änderung der Post- und Universaldienstleistungsverordnung vorgelegt. Ich schlage Ihnen vor, diese Angelegenheit als Tagesordnungspunkt 28 a in die Tagesordnung einzureihen und den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache hinzuzufügen. - Ich höre keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Für die Tagesordnungspunkte 5, 6, 9, 11 bis 13, 28 und 33 ist eine Aussprache nicht geplant. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Tagesordnungspunkte 24 und 25 zu tauschen. Ferner soll der Tagesordnungspunkt 29 von der Tagesordnung abgesetzt werden. Eine Beratung dieses Tagesordnungspunktes ist für die Juni-Tagung des Landtages vorgesehen. Ebenfalls abgesetzt werden soll der Tagesordnungspunkt 32.

Anträge zur Aktuellen Stunde und Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor. Im Rahmen der heutigen Plenarsitzung findet um 17 Uhr eine Feierstunde zur Würdigung „50 Jahre Bonn/Kopenhagener Erklärungen“ statt. Der ehemalige dänische Außenminister und heutige Vizepräsident des Folketings, Herr Niels Helveg Petersen, wird unser Gast sein und im Rahmen dieser Feierstunde zu Ihnen sprechen.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen der dritten Tagung. Wir werden unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren.

Meine Damen und Herren, es ist mir eine Freude, heute auf der Tribüne Vertreterinnen und Vertreter

der Beruflichen Schulen am Ravensberg, Kiel, herzlich willkommen zu heißen.

(Beifall)

Mit besonderer Freude möchte ich dem Kollegen Herrn Ehlers zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren. Er kommt wie auf ein Stichwort!

(Beifall)

Lieber Kollege Ehlers, das hohe Haus gratuliert Ihnen ganz herzlich und wünscht Ihnen für das neue Lebensjahr Glück, Gesundheit und natürlich auch Erfolg.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode „Gemeinsam mit den Menschen Schleswig-Holstein wieder auf Erfolgskurs bringen“

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 166.000 Menschen in Schleswig-Holstein sind arbeitslos. Das Wirtschaftswachstum ist viel zu gering. Die Investitionen sind zu niedrig. Die Qualität der schulischen Bildung ist zu niedrig. Die Verwaltung des Landes und der Kommunen ist so, wie sie ist, nicht zukunftsfähig. Das Land sitzt auf einem Schuldenberg von 20 Milliarden €. Das Defizit im laufenden Haushalt beträgt rund 1,7 Milliarden €. Das ist dramatisch mehr, als der geltende Haushalt aufweist, und mehr, als wir es noch vor wenigen Wochen erwartet hatten.

Auf uns kommen zusätzliche Zinslasten in dreistelliger Millionenhöhe zu. Die Pensionslasten steigen Jahr für Jahr und werden sich bis zum Jahr 2020 rundweg verdoppeln. Diese Bilanz legen wir Ihnen offen und ehrlich vor. Offen und ehrlich gehen wir mit dieser Bilanz um. Wir verdecken nichts und wir beschönigen nichts. Offenheit und Ehrlichkeit werden Merkmal unserer Politik sein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Angesichts dieser Bilanz ist nach dem Wahlergebnis vom 20. Februar die große Koalition die einzig verantwortbare Konsequenz. Diese Landesregierung wird sich in den kommenden Jahren auf das Wesentliche konzentrieren. Das sind mehr Arbeitsplätze und interessante berufliche Perspektiven für die Menschen unseres Landes und eine gute und solide Bildung und Ausbildung für unsere Kinder und Jugendlichen.

Bei allem, was in den vergangenen Jahren geleistet worden ist, ist auch einiges liegen geblieben. Wir

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

werden das entschlossen anpacken. Schleswig-Holstein braucht wieder mehr Zuversicht, Mut und Aufbruchstimmung. Wir brauchen weniger staatliche Gängeleien und mehr Unternehmergeist. Ich setze dabei auf alle Schleswig-Holsteiner und ihre Liebe zum Land. Ich setze auf Freiheit und Verantwortung, auf soziale Gerechtigkeit und auf Leistungsbereitschaft. Das sind Werte, die unsere Arbeit für Schleswig-Holstein begleiten sollen.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Die Menschen wissen, dass ernste und harte Zeiten bevorstehen. Wir werden ihnen gegenüber ehrlich sein und nichts versprechen, was wir nicht halten können. Das Einzige, meine Damen und Herren, was ich ihnen verspreche, ist, dass die gesamte Landesregierung in den nächsten fünf Jahren mit voller Kraft für unser Heimatland arbeiten wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir wollen Schleswig-Holstein wieder auf Kurs bringen. Das heißt, dass Einzelinteressen im Interesse des Ganzen zurückstehen müssen. Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände, an Parteien, Gewerkschaften und nicht zuletzt an die Wirtschaft: Rufen Sie nicht immer gleich nach der Regierung, sondern packen Sie auch selbst mit an! Unser Land wieder nach vorn zu bringen, muss für alle Ehrensache sein. Schleswig-Holstein ist jede Anstrengung wert.

Meine Damen und Herren, wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel vorgenommen: Wir wollen die **Nettoneuverschuldung** in der laufenden Legislaturperiode halbieren und gleichzeitig die Investitionsquote steigern. Wenn wir das schaffen, haben wir auch wieder eine Chance, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Wir werden dieses Ziel erreichen, wenn wir miteinander und nicht gegeneinander handeln. Wir brauchen ein grundlegendes Umdenken, einen Mentalitätswechsel bei den Bürgerinnen und Bürgern, in der Politik, bei Vereinen und Verbänden, bei Gewerkschaften und Lobbyisten. Wir brauchen einen Pakt der Vernunft, um unser schönes Schleswig-Holstein gemeinsam auf den Weg in eine gesicherte Zukunft zu bringen. Wir wollen die Menschen in Schleswig-Holstein in diesen Prozess mit einbinden.

Die **Personalkosten** sind der größte Ausgabenblock des Landes. Rund 60 % der Steuereinnahmen geben wir für Personal aus. Jedem muss klar sein, dass auch das auf die Dauer so nicht weitergeht. Die öffentlichen Bediensteten sind nicht überbezahlt. Aber wir haben zu viele. Wir haben deshalb zu viele, weil die Politik ihnen zu viele Aufgaben zugewiesen hat. Mit der **Reduzierung von Aufgaben** muss die Zahl der

Beamten, Angestellten und Arbeiter im Landesdienst daher deutlich sinken. Wir wollen den Abbau sozialverträglich machen. Wir werden Aufgaben komplett streichen, Aufgaben an Kommunen abgeben und Aufgaben privatisieren. Wir setzen auf Private Public Partnership, werden Bürokratie abbauen und das Thema E-Government in allen Verwaltungsbereichen deutlich voranbringen.

Schwierige Zeiten meistert man nicht, indem man weniger arbeitet. Alle müssen mehr arbeiten. Zum 1. August 2006 werden wir die **Arbeitszeit** der Beamtinnen und Beamten auf 41 Stunden erhöhen. Im Gegenzug wollen wir bei ihnen in dieser Legislaturperiode keine weiteren Abstriche bei Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld vornehmen.

Bei den **Lehrkräften** wird sich die Unterrichtsverpflichtung entsprechend um eine halbe Unterrichtsstunde erhöhen. Ausgenommen davon sind die Lehrerinnen und Lehrer an den Hauptschulen. Durch die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit schaffen wir mehr Unterricht im Umfang von deutlich mehr als 300 Stellen.

Bei den laufenden Verhandlungen über die Modernisierung des **Bundesangestelltentarifvertrages** brauchen wir Fortschritte bei den Arbeitszeitfragen und bei den Sonderzuwendungen. Angesichts sicherer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und der dramatischen Haushaltslage werden manche Forderungen von Gewerkschaften nicht mehr verstanden. Die Gewerkschaften wissen, dass sie genauso wie die Regierung im Interesse des Gemeinwohls handeln müssen. Darauf vertrauen wir. Wir werden diese Gemeinwohlorientierung aber auch einfordern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in den Verwaltungen auch künftig junge Leute mit frischen Ideen. Der öffentliche Dienst des Landes wird auch weiter kräftig ausbilden. Auch das sehr erfolgreiche **Bündnis für Ausbildung** werden wir mit den Unternehmen des Landes und den Tarifpartnern weiterführen. Wir müssen den jungen Menschen zeigen, dass sie gebraucht werden, dass sie mit Arbeit selbst ihr Einkommen verdienen und ihren Platz in der Gesellschaft finden können.

Allein durch Einsparungen ist dieser Haushalt nicht in Ordnung zu bringen. Das kann nur gelingen, wenn ein dauerhaftes **Wirtschaftswachstum** von deutlich mehr als zwei Prozent erreicht wird. Wachstum ist die Basis für mehr Steuereinnahmen und sinkende Sozial-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

ausgaben. Gute Haushaltspolitik besteht somit auch darin, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Die Landesregierung wird deshalb **Steuerreformen** dann mittragen, wenn sie der Wirtschaft Impulse geben und für das Land und die Kommunen nicht zu einem Minus in den Kassen führen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist es, die Aufgaben von Bund und Ländern klar zu trennen und in der Folge auch die Finanzströme daran auszurichten. Deshalb brauchen wir eine Neubestimmung des **Föderalismus**. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder erkennen, wer politisch für was verantwortlich ist. Demokratie muss transparent sein - sonst verliert sie an Zustimmung. Wir sind bereit, Aufgaben vom **Bund** zu übernehmen. Allerdings darf der Bund dieses Angebot nicht dazu missbrauchen, sich zu sanieren. Die Bundesregierung, jede Bundesregierung, kann bei allem, was im Interesse von Schleswig-Holstein und von Deutschland liegt, mit unserer fairen Unterstützung rechnen. Wir werden in Berlin mitmischen. Wir werden für Schleswig-Holsteins Interessen streiten. Wir werden unsere Anstrengungen im **norddeutschen Verbund** verstärkt koordinieren. Unsere Landesvertretung in Berlin wird in ihrer Funktion deutlich gestärkt.

Ab dem 1. November übernimmt Schleswig-Holstein den Vorsitz im Bundesrat. Auch das ist eine prima Gelegenheit, um für Schleswig-Holstein die Werbetrommel zu rühren. Wir werden sie zu nutzen wissen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, was für den Föderalismus gilt, trifft auch auf die Verwaltung des Landes und der Kommunen zu: Sie sind so, wie sie sind, nicht zukunftsfähig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Jetzt klatschen diejenigen, die vorher die Verantwortung dafür hatten, das zu ändern.

(Beifall bei der CDU)

Das ist sehr schön. Wir werden es wahrscheinlich noch häufiger erleben, dass sie klatschen können.

Wir verwalten zu viel, zu detailverliebt und somit zu teuer. Die Verwaltung muss neu geordnet, schlanker, preiswerter, leistungsstärker und noch bürgernäher werden. Unser Kurs ist dabei klar: Die Arbeit der Ministerien werden wir auf die **staatlichen Kernaufgaben** beschränken. Polizei, Justiz, Finanzverwaltung sowie Hochschulen und Bildung bleiben Landesauf-

gabe. Andere **Landesbehörden** wie zum Beispiel die Staatlichen Umweltämter, die Ämter für ländliche Räume, die Katasterämter, das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit sowie das Landesamt für Natur und Umwelt werden so weit wie möglich aufgelöst. - Jetzt können Sie klatschen.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vier bis fünf **Dienstleistungszentren** in kommunaler Trägerschaft sollen dann den Hauptteil von den übrig bleibenden Aufgaben erledigen. Wir werden alle Dienststellen bei uns gründlich durchleuchten, Doppelzuständigkeiten auflösen, Standards so weit wie möglich vereinheitlichen, senken oder freigeben. Was von den Kommunen und anderen geregelt werden kann, muss das Land nicht vorgeben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir wollen die Zahl der **kommunalen Verwaltungseinheiten** im kreisangehörigen Bereich deutlich verkleinern. Diese Verwaltungen sollen 8.000 bis 9.000 Einwohner umfassen. Diese größeren Verwaltungen werden dann auch weitere Kreis- und Landesaufgaben übernehmen. Für die Neuordnung der **Ämterebene** soll das Gesetz am 1. April 2007 in Kraft treten. Ich appelliere an die Gemeinden und Kreise, uns auf diesem Weg konstruktiv zu begleiten. Wir bieten den Kommunen faire Partnerschaft an. Wir werden auch die anstehende Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs nicht dazu missbrauchen, den Kommunen in die Tasche zu greifen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Wir setzen ganz klar auf freiwillige und einvernehmliche Lösungen. Sollten wir allerdings auf diesem Weg nicht die nötigen Fortschritte erzielen, wird das Land auch gesetzliche Regelungen treffen.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch auf Landesebene machen wir klar Schiff mit der Landesinitiative für **Verwaltungsmodernisierung** und Deregulierung. Damit kommen alle Landesregelungen auf den Prüfstand, vor allem die Bauordnung, das Naturschutzgesetz und das Denkmalschutzgesetz,

(Beifall bei der CDU)

das Jagdgesetz, das Waldgesetz und das Wassergesetz, das Bodenschutzgesetz und das Landesabfallgesetz. Wir machen Genehmigungsverfahren schneller und werden Fristen für ihre Abwicklung vorgeben.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wir haben sicherlich etwas vergessen, Frau Kollegin, aber wir haben fünf Jahre Zeit, viel Zeit, die Sie

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

nicht genutzt haben. Wir werden vieles aufräumen, was Sie an Gerümpel liegen gelassen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir unsere Verwaltung besser machen wollen, kommt der **norddeutschen Zusammenarbeit** besondere Bedeutung zu. Nicht jedes Land muss alles vorhalten. Vieles können wir gemeinsam erledigen. So sparen wir Geld. Wir Norddeutschen müssen aber auch im internationalen und nationalen Wettbewerb enger zusammenarbeiten als bisher, zum Beispiel beim Bundesverkehrswegeplan, bei einem Luftverkehrs- und Flughafenentwicklungskonzept, den Hochschulplänen und den Forschungsinstituten. Wir werden Schleswig-Holstein und Hamburg zu einer gemeinsamen **Wirtschafts- und Verwaltungsregion** ausbauen. Das hat für mich Toppriorität. Darin bin ich mir mit Ole von Beust einig: Echte Kooperationen sind besser als virtuelle Nordstaatdebatten.

(Beifall bei CDU, SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Auch im Norden unseres Landes können wir weitere Wirtschaftspotenziale erschließen. Wir werden dafür die Kooperation mit Dänemark verstärken. Wir achten darauf, dass sich das Land als Ganzes positiv entwickelt, nicht nur im prosperierenden Süden, sondern auch in allen anderen Landesteilen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik und Wirtschaftspolitik. Wer heute in **Bildung** investiert, kann sich einer hohen Rendite sicher sein. Deshalb werden wir die kreativen, intellektuellen und sozialen Potenziale jedes Kindes fördern, und zwar vom Kindergarten über die Schulen, Berufsschulen und Lehrstätten bis hin zu den Hochschulen. Wer bei uns die Schule verlässt, muss für Berufsausbildung oder Studium fit sein. Daher hat für meine Landesregierung Bildung höchste Priorität.

(Beifall bei CDU, SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Jedes Kind muss gefördert werden, damit es gut in die Welt starten kann. Kindertagesstätten leisten dabei eine herausragende Arbeit. Der Landeszuschuss in Höhe von 60 Millionen € für die **Kindertagesstätten** bleibt deshalb auch voll erhalten. Wir werden den Bildungsauftrag für die Kindertagesstätten konkretisieren, die Kooperation von Schulen und Kindertagesstätten verbessern und die Mitwirkungsrechte von Eltern festschreiben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Kindertagesstätten sind der zentrale Baustein für die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Wir wollen, dass Eltern frei entscheiden können, ob sie beim Kind bleiben oder nach einer kurzen Pause wieder anfangen zu arbeiten. Kinder sind nicht nur persönliches Lebensglück für Mütter, Väter, Omas, Opas, Onkel und Tanten, sondern auch die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für ein gutes Zeugnis in der Bildungspolitik werden wir uns vor allem bei zwei Aufgaben mächtig ins Zeug legen: Für mehr **Unterricht** und für besseren Unterricht. Deshalb besetzen wir in dieser Legislaturperiode alle rund 3.700 frei werdenden Lehrerstellen neu. Für mehr Unterricht wird auch der Vertretungsfonds „Jede Stunde zählt“ mit Mitteln in Höhe von 10 Millionen € pro Jahr weitergeführt. Zum 1. August dieses Jahres gibt es 200 neue Stellen. Auch in den Haushalten 2007 bis 2010 werden wir neue Stellen schaffen. Ab 2006 gibt es zusätzlichen Unterricht im Umfang von mehr als 300 Stellen durch eine Erhöhung der Pflichtstunden. Dadurch können der Englischunterricht in den Grundschulen und die Verlässliche Grundschule realisiert, der noch bis zum Schuljahr 2009/2010 wachsende **Lehrerbedarf** gedeckt und die angestrebte Unterrichtsgarantie verwirklicht werden. Das wird trotz der schwierigen finanziellen Ausgangssituation ein absoluter Schwerpunkt meiner Regierungsarbeit sein.

Wir ziehen aus **PISA** Lehren! Wir investieren sehr gezielt in die Qualität der schulischen Bildung. Zentrale Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen, verbindliche Bildungsstandards, interne und externe Evaluationen und der Schulbetrieb sollen Lehrenden und Lernenden helfen, sich ständig zu verbessern. Künftig gibt es zum Schulabschluss **zentrale Prüfungen**. Eine Prüfung wird es auch nach der 10. Klasse im Gymnasium geben. Fordern und Fördern sind für mich auch in der Bildungspolitik zwei Seiten ein und derselben Medaille. Deshalb werden wir die individuelle Förderung auch der Schulkinder stärken. Rückstufung soll es nach der 6. Klasse nicht mehr geben und das Sitzenbleiben soll deutlich zurückgehen.

Die Landesregierung wird in dieser Legislaturperiode das Abitur nach zwölf Jahren landesweit einführen. Es geht nicht an, dass unsere Kinder im Vergleich mit anderen zu spät ins Berufsleben starten.

(Beifall bei SPD)

Gleichzeitig werden wir die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung neu gestalten. Wir wollen so die Qualität der allgemeinen **Hochschulreife** absi-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

chern. Wir werden das System auf überwiegenden Unterricht im Klassenverband umstellen und ein viertes schriftliches Prüfungsfach einführen. Andere Länder haben sich diesbezüglich schon erfolgreich auf den Weg gemacht. Das **gegliederte Schulwesen** bleibt in dieser Legislaturperiode grundsätzlich erhalten. Es wird weiterentwickelt. Darüber hinaus kann es ein Nebeneinander von gegliedertem Schulwesen und Gemeinschaftsschulen geben, wenn Eltern und Träger es wollen.

(Beifall bei der SPD)

Zu einer erfolgreichen Schule gehört neben den Lerninhalten, einem sozialen Klima und einer guten Ausstattung auch ein gutes Management.

Wir wollen daher die Position der Schulleitung stärken und den **Schulen** mehr **Eigenverantwortung** übertragen bei der Personalauswahl, bei den konkreten Unterrichtsverpflichtungen und bei der Gestaltung des Schulalltages.

Unsere Hochschulen sind für Schleswig-Holstein ein ganz wichtiger Standortfaktor. Wenn wir mehr Wachstum wollen, müssen wir auf neue Ideen, neue Verfahren und neue Produkte setzen. Dazu müssen wir den Forschungs- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen. Vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmer sollen einen besseren Zugang finden. Mit der Zusammenlegung von Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ministerium setzen wir ein klares politisches Signal in diese Richtung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Schleswig-Holstein hat Top-Forschung. Dazu zählt nicht nur die Medizin- und Meeresforschung. Eine Reihe von Leibniz-Preisträgern sind in Schleswig-Holstein zuhause. Wir haben ausgezeichnete Ökonomen und ein anerkanntes Weltwirtschaftsinstitut. Wir haben Spitzenforscher bei der Bio- und Gentechnik. Die Landesregierung setzt bei der **Forschung** auf Grundlagen und Exzellenz. Da, wo wir bereits gut sind, wollen wir exzellent werden. Um das zu erreichen, schaffen wir im **Hochschulgesetz** bessere Rahmenbedingungen. Auch hier gilt: Mehr Eigenverantwortung für die Hochschulen ist ein Schlüssel zum Erfolg, zum Beispiel bei der Berufung von Professoren, der Dienstherrnfähigkeit oder der Auswahl der Studierenden.

(Beifall bei der CDU)

Schleswig-Holstein und **Hamburg** verstehen sich zunehmend als eine gemeinsame **Wirtschafts- und Wissenschaftsregion**. Die Landesregierung schlägt Hamburg vor, in dieser Legislaturperiode einen

„Staatsvertrag zur Zusammenarbeit in den Bereichen Hochschule und Wissenschaft“ abzuschließen.

Meine Damen und Herren, bei der Einführung von **Studiengebühren** wird Schleswig-Holstein keine Vorreiterrolle übernehmen, aber auch keine Insellösung zulassen. Studiengebühren sollen niemanden vom Studium abhalten. Daher muss es im Fall ihrer Einführung staatliche Ausbildungshilfen und private Stipendien für all diejenigen geben, die ansonsten keine Hochschule besuchen könnten. Deutschland braucht wieder mehr Studierende, nicht weniger!

(Beifall bei CDU und SPD)

Kunst und Kultur gehören für mich zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Wir alle sind darauf angewiesen, dass es kreative Menschen gibt, die experimentieren, Menschen, die sich um die Schönheit des Alltages bemühen, weil wir in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Fantasie und Kreativität brauchen. Doch Kultur hat es schwer in diesen Zeiten: Bei den Kommunen und bei den Ländern wird die Last der Haushaltszwänge immer größer, die Spielräume werden immer enger. Für mich war die Entscheidung, die Kulturpolitik des Landes künftig aus der Staatskanzlei zu steuern, eine Herzensangelegenheit. Mir geht es darum, der Kultur zusätzliche stärkere Verbindungen zu ermöglichen, etwa zum Tourismus, zur Wissenschaft, zu Europa. Wir müssen die Potenziale der Kultur besser vermarkten, ohne sie zu verkaufen. Das gilt übrigens nicht nur für **Markenzeichen** wie das Schleswig-Holstein Musik Festival oder für Jazz Baltica, sondern auch für die zunehmend erfolgreicher werdenden regionalen Ereignisse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitslosigkeit ist das drängendste Problem in Deutschland und in Schleswig-Holstein. Bundespräsident Köhler hat deshalb Mitte März eine Vorfahrtsregel für Wirtschaft und Arbeit gefordert. Die Landesregierung Schleswig-Holstein sieht das genauso: Vorrang hat, was Arbeit schafft.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist eine Binsenweisheit, dass der Staat keine Arbeitsplätze schaffen kann. Er kann aber den Rahmen dafür schaffen und genau das wollen wir tun. In Schleswig-Holstein werden Unternehmer nicht verteufelt, bei uns sind sie willkommen. Schleswig-Holstein ist ein guter Standort für die Wirtschaft.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, die **Osterweiterung** der Europäischen Union bietet Schleswig-Holstein viele Chancen. Wir helfen unserem Mittelstand, der nahezu

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

80 % der Arbeitsplätze stellt, diese besser als bisher zu nutzen. Schon heute ist unser Export in die Ostsee-Regionen bedeutsamer als der in die USA. Russlands Märkte liegen vor unserer Haustür. Unsere **kleinen und mittelständischen Betriebe** müssen stärker auf die internationalen Märkte. Dort wird Geld verdient und wird auch über die Arbeitsplätze bei uns entschieden. Wir helfen unseren Betrieben, diese Märkte zu erschließen. Der Schlüssel für mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum liegt gerade bei diesen Betrieben. Diese Firmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Viele haben durch **Basel II** Probleme, sich mit Kapital zu versorgen. Wir werden ihnen helfen. Wir werden zusammen mit den Finanzinstituten Kapitalhilfen ausbauen.

Für unseren Mittelstand sind die **Sparkassen** unverzichtbar. Sie bleiben als öffentlich-rechtliche Institute erhalten. Die Landesregierung will aber Beteiligungen aus der Sparkassenfamilie selbst oder von Kunden ermöglichen, wenn die Sparkassen und ihre Träger es wollen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird die Präsenz in Brüssel erhöhen und die **Europapolitik** des Landes sowie die Ostseekooperation und die Nordseekooperation stärker strategisch auf den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze konzentrieren. Wir werden die Mittel der Arbeitsmarktförderung und des Regionalprogramms zu einem integrierten „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“ mit den Schwerpunkten Innovation, Technologie, Qualifikation und Weiterbildung im ersten Arbeitsmarkt und wirtschaftsnahe Infrastruktur zusammenführen.

Schleswig-Holstein verliert Tag für Tag 40 Arbeitsplätze, 365 Tage im Jahr. Um diesen Negativtrend wieder zu verändern, sind wir bereit, auch ganz neue Wege zu gehen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir sind bereit, das **Magdeburger Modell** zu erproben. Wir sind bereit, das Modell zu testen, wenn wir uns mit dem Bund und anderen über die Kostenverteilung einigen können. Dieses Modell senkt für die Arbeitgeber die Lohnnebenkosten bei Neueinstellung in den untersten Lohngruppen um 35 %, lässt den Nettolohn unangetastet und ruiniert nicht die öffentlichen Kassen. Darüber hinaus werden wir Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramme für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren zusammen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern entwickeln und umsetzen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Um Wachstum, Beschäftigung, Bildung und Forschung zu stärken, bündeln wir unsere Mittel in einem **Schleswig-Holstein-Fonds**. Das bedeutet, wir machen Ernst mit der Vorfahrtsregel für Wirtschaft und Arbeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, die Förderprogramme des Landes werden wir darauf überprüfen, ob sie sich positiv auf Arbeitsplätze auswirken. Künftig heißt Förderung Anschubfinanzierung und nicht mehr dauerhafte Subvention.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das Land kann helfen, neue Produkte und Verfahren in den Markt einzuführen. Das Land kann aber nicht dauerhaft die Marktrisiken mittragen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Regierung wird sich auf die Bereiche mit den größten **Wachstumspotentialen** konzentrieren. Das sind für Schleswig-Holstein vor allem die Gesundheitswirtschaft, die maritime Wirtschaft, die Ernährungsindustrie, der Tourismus, die Mikroelektronik und auch die regenerativen Energien. Schleswig-Holstein wird der Motor der regenerativen Energien bleiben. Wir werden die Windenergienutzung mit Augenmaß weiterentwickeln und dabei insbesondere die Belange von Natur, Schiffssicherheit und Tourismus berücksichtigen.

Beim **Tourismus** brauchen wir mehr qualitative Gesundheits-, Erholungs- und Unterhaltungsangebote, damit die Übernachtungszahlen wieder steigen.

(Beifall bei CDU und SPD sowie vereinzelt bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein prosperierender Wirtschaftsstandort braucht ein leistungsstarkes **Verkehrsnetz**. Schleswig-Holstein ist hier in den vergangenen Jahren zurückgefallen. Wir werden das ändern. CDU und SPD haben eine lange Liste von Verkehrsprojekten beschlossen. Ich will hier nur einige Meilensteine nennen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Endlich!)

Die zügige Weiterführung der A 20 mit einer festen Elbquerung bei Glückstadt; der sechsstreifige Ausbau der A 7 von Hamburg bis Bordsesunde; der zügige Ausbau der A 21;

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut! Wunderbar!)

die Fehmarnbelt-Querung; die bessere Anbindung der Westküste durch den Ausbau der B 5; die Elektrifizie-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

zung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck-Travemünde; die Vertiefung der Unter- und Außenelbe; der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und des Elbe-Lübeck-Kanals.

(Zuruf der Abgeordneten Anne Lütkes
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Also, für Sie muss es doch neu sein, dass die A 20 über Bad Segeberg hinausgeht. Sie wollten doch das ganze letzte Stück der A 20 nicht. Was habe ich denn die letzten Jahre hier erlebt? Ist das eine völlig andere Partei geworden, meine Damen und Herren, oder sind das noch dieselben, die hier jahrelang blockiert haben?

(Beifall bei CDU und FDP)

Gemeinsam mit Hamburg wollen wir ein **Flughafenkonzept** in Auftrag geben. Die Regionalflughäfen Lübeck und Kiel sind für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein von großer Bedeutung. Das Gleiche gilt für den Flughafen auf Sylt und seine Bedeutung für den Tourismus.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Zur Wirtschaft unseres Landes gehören auch die Landwirtschaft und die Ernährungsindustrie.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es eine gute Nachricht für Schleswig-Holstein, dass es wieder ein Landwirtschaftsministerium gibt.

(Beifall bei der CDU)

Ich bekenne mich klipp und klar zur Landwirtschaft und zum ländlichen Raum. Im Mittelpunkt der **Agarrpolitik** stehen gut ausgebildete Unternehmer der Land- und Ernährungswirtschaft, die in modernen, zukunftsorientierten Betrieben qualitativ hochwertige, gesunde Nahrungsmittel erzeugen, verarbeiten und vermarkten. Die landwirtschaftlichen Betriebe prägen die Kulturlandschaft und tragen dazu bei, dass die dörflichen Lebensgemeinschaften intakt und das Heimatgefühl vieler Menschen mit der bäuerlichen Kultur zusammen erhalten bleiben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wollen, dass nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern und kleinen Gemeinden investiert wird - von der Landwirtschaft, im Tourismus, durch Handwerker und Freiberufler und durch viele andere. Wir wollen, dass die Menschen auf dem Land angemessen mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.

Diese Landesregierung steht für einen fairen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen. Wir stehen für **Umweltschutz** mit Augenmaß. Diese Landesregierung wird Umweltschutzvorgaben aus Berlin und Brüssel eins zu eins umsetzen, aber wir werden nicht noch draufsatteln.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei der SPD)

Wir werden Naturschutz im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern betreiben. Naturschutz muss im wahrsten Sinne des Wortes begriffen und damit akzeptiert werden. Wir wollen überzeugen und nicht befehlen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wir werden die Gebietskulisse für das **NATURA-2000-Netz** überprüfen und naturschutzfachliche Beurteilungsspielräume nutzen. Bei uns hat Vertragsnaturschutz auf freiwilliger Basis Vorrang vor dem Flächenankauf.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, in einer Zeit mit rund fünf Millionen Arbeitslosen, minimalem Wachstum und desolaten öffentlichen Haushalten konzentriert sich natürlich alles auf die **Wirtschaft**. Das heißt aber nicht, dass damit alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens den Gesetzen der Wirtschaft unterworfen werden. Eine Ökonomisierung aller Lebensbereiche lehne ich ab.

(Beifall bei CDU und SPD)

Unentgeltliche, aufopfernde Pflege in den Familien, ehrenamtliche Arbeit von tausenden von Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern in den Sportvereinen, in Jugendverbänden, in den Feuerwehren, Chören, Musik- und Theatergruppen, im Naturschutz, in den Kirchen, in den Gewerkschaften und Parteien kann und soll man nicht in Euro und Cent bemessen.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

All denen, die sich auf diese Weise für das Gemeinwohl stark machen, danke ich sehr herzlich. Wir bauen auch weiterhin auf Ihr Engagement.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, bei der sozialen Sicherheit arbeiten Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und der Staat Hand in Hand, weil der Staat nicht mehr alles machen kann und auch nicht mehr alles machen muss.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Für die Lebensqualität der Menschen ist die **innere Sicherheit** genauso wichtig wie die soziale Sicherheit. Die Polizei soll auch künftig die personelle und die Sachausstattung bekommen, die sie braucht. Einsparungen bei den Vollzugsstellen wird es nicht geben.

Ebenso wichtig wie das Aufklären von Straftaten ist für uns die Prävention. Bei der Strafverfolgung werden wir die modernste Technik einsetzen. Dazu gehört die regelmäßige Anwendung der DNA-Analyse in geeigneten Deliktbereichen und wir wollen testen, ob das automatische Erkennen von Kraftfahrzeugkennzeichen die innere Sicherheit verbessern kann. Innerhalb der verfassungsrechtlich engen Vorgaben wollen wir Telefon- und Videoüberwachungen an polizeilichen Brennpunkten und - soweit sachlich erforderlich - Schleier- und Rasterfahndung einsetzen. Bei der Drogenkriminalität werden wir nicht die Süchtigen kriminalisieren, sondern hart gegen die vorgehen, die um des Profits willen Menschenleben zerstören.

(Beifall bei der CDU)

Illegale Graffitis sind kein Kavaliersdelikt. Wir wollen, dass sie als Sachbeschädigung künftig strafbar sind.

(Beifall bei CDU und SPD sowie vereinzelt bei der FDP)

Recht muss zeitnah zur Tat gesprochen werden. Um das sicherzustellen, nehmen wir Stellen für Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte von Einsparungen aus.

Das **Sanktionsrecht** muss reformiert werden. Es geht uns um mehr gemeinnützige Arbeit statt Freiheits- und Ersatzstrafen; es geht um Täter-Opfer-Ausgleich und um eine Stärkung der Opferrechte. Für gefährliche Straftäter und Sicherungsverwahrte bedarf es entsprechender Therapie- und Behandlungsmöglichkeiten. Der Schutz der Bevölkerung, auch während und nach der Therapie, muss gewährleistet sein.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein braucht mehr Tempo und Dynamik. Das sind wir den Menschen schuldig.

(Beifall bei CDU und FDP sowie der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Deshalb wollen wir in den ersten 100 Tagen die folgenden Projekte auf den Weg bringen:

1. Die Entwürfe für den Nachtrag für den Haushalt 2006 und für das Haushaltsstrukturgesetz werden bis Anfang Juli vorliegen.

2. Der Schleswig-Holstein-Fonds wird eingerichtet.

3. Wir werden ein Konzept vorlegen, wie verstärkt öffentliche Projekte als Public Private Partnership finanziert werden können.

4. Wir werden die Verkehrsprojekte vorantreiben und den Menschen sagen, wann was erledigt ist.

5. Wir geben den Startschuss für die Verwaltungsstruktur und für die Funktionalreform.

6. Wir werden einen Entwurf für die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes einbringen und damit auch die Verwaltungskooperation verstärkt fördern.

7. Wir werden die ersten Phase der Landesinitiative „Verwaltungsmodernisierung und Deregulierung“ beginnen. Das ist die notwendige Entbürokratisierung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir machen das schon seit zehn Jahren!)

8. Wir werden neue arbeitsmarktpolitische Konzepte vorlegen.

9. Zum Schuljahresbeginn kommen 200 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit Ihren Versprechungen?)

10. Wir wollen ein Frühwarnsystem, um sozialen und gesundheitlichen Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen entgegenwirken zu können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hatten wir schon beschlossen!)

11. Das Kindertagesstättengesetz wird überarbeitet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In welche Richtung?)

12. Wir schieben die Überprüfung der Vogelschutzgebietskulissen Eiderstedt und der Eider-Treene-Sorge-Region an.

13. Wir werden für Tierarten, die gravierende Schäden verursachen und nicht unter Artenschutz stehen, unbürokratische Reduzierungskonzepte entwickeln.

(Der Abgeordnete Dr. Heiner Garg [FDP] räuspert sich demonstrativ)

14. Durch die Rücknahme der Option zur Anhebung der Grünlandprämie beseitigen wir die Benachteiligung der Ackerbaugebiete.

Lieber Herr Abgeordneter Hentschel, es kommt nicht darauf an, dass man schon zehn Jahre daran gearbeitet

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

hat, sondern es kommt darauf an, dass man endlich einmal Erfolge erzielt. Deswegen haben wir eine neue Regierung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat in Deutschland und in Europa einen guten Namen. Bodenständigkeit, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Weltoffenheit und Toleranz zeichnen uns aus. In keinem Land in Deutschland gibt es mehr Lebensqualität als bei uns. Hier leben wir mit nationalen Minderheiten und Ausländern friedlich zusammen. Eine aktive Minderheitenpolitik, die auf gegenseitigem Vertrauen basiert, dient dem Wohl des Landes. Dafür gibt es keine Alternative.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SSW)

Wenn wir uns auf all diese positiven Eigenschaften besinnen, können wir das Land wieder auf Kurs bringen.

Meine Damen und Herren, in dieser Regierungserklärung, meiner ersten, habe ich mich angesichts der Lage des Landes auf Wirtschaft, Bildung, Haushalt und Verwaltungsreform konzentriert. Vieles andere musste notgedrungen beiseite stehen. Mir sind folgende Punkte in den kommenden fünf Jahren wichtig: Bei der Bildung muss Schleswig-Holstein wieder Spitze werden. Das Wirtschaftswachstum muss deutlich steigen, damit die Arbeitslosigkeit sinken kann. Der Haushalt muss saniert werden und die Verwaltungen von Land und Kommunen müssen preiswerter, leistungsstärker und bürgernäher werden. Bei allem, was auf uns zukommt, muss es offen und ehrlich, fair und sozial gerecht zugehen. Niemand soll unter die Räder kommen und wer wirklich Hilfe braucht, wird sie bekommen.

Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Kirchen und an alle, die sich begeistern lassen, jetzt mit anzupacken. Es geht um Schleswig-Holstein. Ich verspreche Ihnen, dass ich mit ganzer Kraft und Leidenschaft, mit Verantwortungsgefühl und Augenmaß an die Arbeit gehe - für unsere Kinder, für unsere Enkel, für unsere Heimat, für Schleswig-Holstein und für eine bessere Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen und eröffne nunmehr die Aussprache. Das Wort hat die Vorsit-

zende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordnete Anne Lütkes.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Politik muss gemeinwohlorientiert sein, sie muss handeln und nicht appellieren. Diesen Anspruch erfüllen Sie nicht.

Meine Damen und Herren, am 20. Februar dieses Jahres haben die Wähler und Wählerinnen von Schleswig-Holstein den politisch Verantwortlichen eine schwierige Aufgabe gestellt. Das Vorhaben von SPD und Grünen einer vom SSW tolerierten Minderheitsregierung für Schleswig-Holstein wäre für Deutschland ein ungewöhnliches, aber ein demokratisch legitimes Unterfangen gewesen.

Zum 17. März 2005 ist viel, alles gesagt, aber nichts vergessen. Wir alle, auch Sie, Herr Ministerpräsident, sind im politischen Alltagsgeschäft angekommen. - Das dachten wir - Sie wahrscheinlich auch - bis zum vergangenen Sonntag. Nun geht der Wahlkampf als Bundeswahlkampf weiter. Neuwahlen zum Bundestag stehen an und viele in einer kleineren Partei freuen sich, dass durch diesen Wahlkampf die eklatanten Verluste hier im Lande und auch in Nordrhein-Westfalen nebensächlich erscheinen, nämlich die FDP.

Aber, meine Damen und Herren, für die hier im Lande regierende große Koalition offenbart sich jetzt sehr schnell, kaum dass sie geschlossen ist, das politische Dilemma Ihrer Formelkompromisse und ihrer Prüfungsaufträge. Das mag im Wahlkampf ein Kniff sein; für Regierungspraxis reicht das nicht aus. Herr Ministerpräsident, es wird nicht ausreichen, die Grünen als Feinde aufzubauen und daraufzuschlagen. Da braucht es mehr. Das Land erwartet nun die Einlösung all der vollmundigen CDU-Ankündigungen, die Sie im Wahlkampf gemacht haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Schleswig-Holstein - das sagen Sie zu Recht - hat einen guten Namen in Deutschland und in Europa. Aber Sie wollen nun alles anders, besser machen. So lautete die Parole. Andere Antworten auf alte Fragen. Wir waren sehr gespannt und ich muss sagen, wir sind enttäuscht.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das ist aber schade!)

Ihren Koalitionsvertrag haben wir ziemlich genau studiert und durften feststellen, dass viel aus unserem, aus dem rot-grünen Vertrag einfach abgeschrieben

(Anne Lütkes)

worden war. Das haben wir Ihnen aufgelistet und das liegt aus. Wir schicken es Ihnen aber auch gern zu.

Wir können Ihre Grundsatzerklärung nur begrüßen, denn sie stammt weitgehend aus unserer Feder.

(Lachen bei der CDU)

Auch die Bestimmung der wichtigsten Problemkreise für Schleswig-Holstein ist im Wesentlichen von Grün-Rot abgeschrieben.

(Thomas Stritzl [CDU]: Geben Sie der Wahrheit eine Chance!)

Bildungsreform, Arbeitsplätze schaffen, Wirtschaftswachstum voranbringen,

(Zuruf von der CDU: Infrastruktur!)

Finanzpolitik und Haushaltskonsolidierung, Verwaltungsstrukturreform und Funktionalreform.

(Zurufe von der CDU)

Das sind natürlich die Aufgaben, die zu erfüllen waren und sind. Dass Sie das hier so vortragen, freut mich, Herr Ministerpräsident, aber die große Koalition muss langfristige Lösungswege aufzeigen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hat er doch!)

Arbeit schaffen, Wachstum garantieren, Haushaltskonsolidierung - vordergründig schlüssig, das Wesentliche, auf das Sie sich zu konzentrieren haben, wie Sie sagen.

Meine Damen und Herren, ganz grundsätzlich: Was erwarten wir, was erwartet man denn von einer Regierungserklärung? - Keine Wahlkampfrede, keine Haushaltsrede, nein, eine programmatische Grundsatzerklärung für die nächsten fünf Jahre. Die wollen Sie doch durchhalten, das haben Sie doch wohl vor, nicht wahr?

(Zurufe)

Eine kurze Ausführung zu Ihren langfristigen politischen Zielvorstellungen wäre schon angebracht gewesen.

Schleswig-Holstein ist ein wunderschönes Land; es lohnt die Kraftanstrengungen. - Sehr wahr, Herr Ministerpräsident, aber das wissen die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, das wissen wir, das wissen Sie. Aber was sind denn die Kriterien, an denen Sie das **politische Handeln** ausrichten? An welchen politischen Leitlinien messen Sie Ihre Maßnahmen für das Land?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: An den Menschen!)

Sie setzen auf Freiheit, Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und Leistungsbereitschaft. Aber wie deklinieren Sie Ihre Maßnahmen an diesen Werten? Die Zitate im schwarzen Vertrag aus dem Rot-Grünen SSW-Vertrag enden in der Regel dort, wo Konsequenzen gezogen werden, wo deutlich das Ziel und der Weg genannt waren.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ihr 100-Tage-Programm hilft da wenig. Es ist im Wesentlichen laufende Verwaltung, Aufstellung eines Nachtragshaushalts, Fortführung E-Government - um nur zwei Beispiele zu nennen - und es ist im Wesentlichen die Fortsetzung der Arbeit von Rot-Grün:

(Lachen bei der CDU)

Novellierung des Kindergartengesetzes, Startschuss für die Verwaltungsstrukturreform. Sie können nahtlos an die Aufgabenkritik anknüpfen, die geleistet worden ist. Sie haben sie in der Staatskanzlei sicherlich vorgefunden. Da müssen Sie nur weitermachen, keinen Startschuss geben. In Ihrem 100-Tage-Programm zeigen Sie mit massiven Angriffen auf die ökologischen Grundlagen dieser Gesellschaft, wohin es gehen soll. Die Reduzierungskonzepte für Tierarten als einen der wesentlichen Punkte für 100 Tage - mein lieber Herr Ministerpräsident!

Sie geben der Energiewende und der Verkehrswende keinen Platz. Sie setzen auf Flugverkehr und Deregulierung und Sie bringen eine lange Liste von Verkehrsprojekten, die alt sind. Aber wo ist der Metrorapid von Kiel nach Hamburg geblieben, mit dem Sie so viel Wahlkampf im Hamburger Rand gemacht haben? Ist er schon zu den Akten gelegt? Ging das nicht?

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir deshalb, zu Beginn Ihrer Regierungszeit die Frage nach den Grundsätzen zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Herr Stritzl, Ihr formuliertes Bekenntnis zu christlicher und humanistischer Verantwortung ist nur dann glaubwürdig, wenn es sich niederschlägt in dem Anerkenntnis eines jeden Einzelnen, einer jeden Bürgerin, eines jeden Bürgers, gleich welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe, welchen Alters oder welcher Staatsbürgerschaft, in dem Anerkenntnis des Anspruchs auf ein gerechtes Zusammenleben. Entgegen dem neoliberalen Mainstream ist der Freiheit wenig gedient, wenn sie beliebig viel Entscheidungsfreiheit postuliert, aber in Ermangelung der elementarsten Existenzvoraussetzungen von der wirtschaftlichen

(Anne Lütkes)

Freiheit beispielsweise kein Gebrauch gemacht werden kann. Gerecht ist eine Gesellschaft dann, wenn als Menschenrecht anerkannt ist, dass eine materielle Existenzsicherung gewährleistet ist, dass geistige Entfaltung, eigene Lebenspläne, Eigenständigkeit möglich sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch hier kein Ortsparteitag der Grünen! - Unruhe)

- Es sollte eine FDP interessieren, wann eine Gesellschaft gerecht ist. Gerecht ist eine Gesellschaft dann, wenn sie den anderen oder die andere respektiert, aber auch Differenzen zulässt und die ökologischen Grundlagen der Menschheit achtet. Freiheit, Wohlstand, soziale Sicherheit und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren - das formulieren alle Parteien und die Fraktionen hier im Landtag als Ziel ihres politischen Handelns. Herr Ministerpräsident, bei Ihnen fehlt aber die soziale und die ökologische Gerechtigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die wurden beim Abschreiben gestrichen. Es fehlt die Vision der zukunftsfähigen Zivilgesellschaft, einer gerechten Gesellschaft.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das haben wir ja in den letzten Jahren erlebt!)

Aber an dem Verhältnis zur **Gerechtigkeit** ist eine moderne Regierung zu messen. Dabei gehen wir von einem Gerechtigkeitsbegriff aus, der umfassend ist, der Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit und Gerechtigkeit gegenüber Natur und Umwelt beinhaltet und sich nicht in sozialdemokratischer oder christsozialer Verteilungsgerechtigkeit erschöpft.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Sie sollten einmal darüber nachdenken, Herr Stritzl, vielleicht kommen Sie dann weiter.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das macht er die ganze Zeit!)

- Er schafft es nur nicht.

(Zurufe)

Es sind mutige **Reformen** bundesweit gefragt, allerdings nicht im Sinne konservativer und neoliberaler Freiraumpolitik, die im Bundesrat blockiert, blockiert und noch einmal blockiert oder sich für Schleswig-Holstein enthält.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Es bedarf neuer Strukturen des föderalen Systems, es bedarf einer Neuordnung der Bundesländer bis hin zur Gebietsreform. Es bedarf des Endes der Kleinstaaterei in Deutschland. Natürlich bedarf es einer starken Vertretung in Europa für ganz Deutschland. Es bedarf einer Einkommensteuerreform, die Familien und Kinder stützt. Es bedarf einer Senkung der Lohnnebenkosten, einer Reform der sozialen Sicherungssysteme und insbesondere der Einführung der Bürgerversicherung. Sozial feindlich wäre die Einführung der asozialen Kopfpauschale oder gar die völlige Privatisierung der Krankenversicherung oder die von Frau Merkel propagierte Aushebelung des Kündigungsschutzes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das wäre unmenschlich und führte zur Unterordnung des Sozialen unter das Wirtschaftliche.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Wir sind hier im Landtag! - Thomas Stritzl [CDU]: Sozial ist, was Arbeit schafft!)

Das bedeutet für Schleswig-Holstein einiges. Der Finanzminister verkündet, dass die zu erwartende Staatsverschuldung ungeahnte Ausmaße annehme. Die Haushaltssperre ist verhängt und in den Ressorts wird Geld eingesammelt. Herr Ministerpräsident, aber was sind die Kriterien, an denen Sie dieses Einsammeln ausrichten?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da, wo noch etwas ist!)

1,7 Milliarden € Deckungslücke.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Das waren wir, ja?

(Weitere Zurufe von CDU und FDP)

- Ja, natürlich. Das ist ein ganz einfacher Schluss.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Neun Jahre lang nichts als Müll fabrizieren und sich dann hier so aufblasen!)

„Bremsen und Vollgas geben“ ist die autogläubige Lösung. Denken Sie einmal über dieses Bild nach! Schöner kann man eine große Koalition gar nicht beschreiben, schöner geht es nicht.

Aber was wollen Sie verlangsamen und was wollen Sie beschleunigen? Ausgaben für Arbeit und Bildung und der **Schleswig-Holstein-Fonds** sind vom Sparzwang ausgenommen, 200 Millionen € jährlich in diesem Fonds. Natürlich gilt es, gerade der mittelständischen Wirtschaft Unterstützung zu garantieren,

(Anne Lütkes)

allerdings, Herr Ministerpräsident, zu welchem Preis, zu wessen Lasten? Wo ist der qualitative Unterschied zum Investitionsfonds der vergangenen Jahre, mit dem der Mittelstand in den Regionen unterstützt wurde?

Lächerlich ist die Hoffnung des Finanzministers, der Haushalt werde spürbar verbessert durch Streichung der Aufgabe - jetzt zitiere ich die „Bild-Zeitung“ vom 18. Mai -, - „zählen von Krähenestern“. Das ist ein Rückfall in die Haushaltsreden der CDU-Opposition der letzten Jahre.

(Thomas Stritzl [CDU]: Haben Sie das wirklich gemacht?)

Sie gaben sich und Ihre Wähler der Illusion hin, es läge einzig an der behaupteten „grünen Spielwiese“, die die nachhaltige Sanierung der Finanzen blockiere.

(Claus Ehlers [CDU]: Die grünen Spielwiesen sind weg! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, auch Sie haben gerade eben wieder von angeblichen „grünen Spielwiesen“ gesprochen. Nun stehen Sie heute hier und müssen zugeben: Die Haushaltssanierung ist nicht allein durch Einsparungen zu erreichen, das Land braucht mehr Einnahmen, die **Steuerreform** ist überfällig.

(Zurufe von CDU und FDP)

Was bedeutet das für die Politik in Schleswig-Holstein? Was tun Sie denn jetzt im Bundesrat? Sie rühren die Werbetrommel für dieses Land, aber machen Sie auch Politik in Berlin? Sind Sie auch bereit, eine Reform der Einkommensteuer mitzutragen? Macht Schleswig-Holstein jetzt einen Vorstoß, das Ehegattensplitting abzuschaffen, wie es in der Vergangenheit schon einmal geschehen ist und es der Fraktionsvorsitzende der CDU damals unterstützt hat? Bedeutet das, dass Sie sich auf Bundesebene mit uns gemeinsam für die Senkung der Lohnnebenkosten engagieren? Oder bedeutet das, dass Sie sich hinter Enthaltungen verstecken?

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Sie wissen ganz genau, dass die Senkung der Lohnnebenkosten notwendig und auch möglich ist. Was tun Sie, um die Blockadehaltung der schwarzen Ministerpräsidenten im Bundesrat aufzuheben,

(Thomas Stritzl [CDU]: Realsatire!)

außer die Werbetrommel für Ihren Hof zu rühren?

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Können Sie das einmal erklären?)

- Ja, gern nachher, liebe Kollegin.

Bürokratieabbau, Verwaltungsreform und Personalpolitik - sie kündigen erneut an, 2000 Stellen zu streichen. Bedeutet das, dass CDU und SPD jetzt endlich der Reform des öffentlichen Dienstrechts bis hin zur Veränderung von Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes zustimmen?

Auch wir, meine Damen und Herren, sind seit langem der Auffassung, dass die Reform der Verwaltungen im Land und in den Kommunen eine konsequente **Gebietsreform** erfordert. Das grüne Rezept liegt vor und es findet große Zustimmung vor Ort. Warum nehmen Sie es nicht auf? Warum nicht? Was machen Sie morgen mit dem Tagesordnungspunkt 17? Es geht darum, zügig eine Arbeitsgruppe zur Verwaltungsstrukturreform einzurichten.

(Zuruf von der CDU: Dafür brauchen wir Ihren Rat bestimmt nicht!)

Machen Sie mit oder lassen Sie dem freien Spiel der Kräfte ihren Lauf? Schreiben Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch allgemeine Ankündigungen von Streichungen in die innere Emigration, statt sie zu einer großen Kraftanstrengung zu motivieren?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie treiben mich zum Wahnsinn!)

Werden Sie mit uns eine Enquetekommission „Nordstaat“ einsetzen? Ein virtueller Nordstaat im Gegensatz zu einer echten Kooperation - das ist wahrlich eine Schimäre. Es geht handfest um den weiteren Weg von der Kooperation zur umfassenden Gebiets- und Verwaltungsreform. Er muss im Norden und in ganz Deutschland entwickelt werden.

16 Landesverwaltungen, 16 Landtage und 16 Regierungen in einem Europa der Staaten und der Regionen sind ein Anachronismus. Seitdem die Herren Stoiber und Müntefering die Föderalismuskommission ganz unprofessionell haben scheitern lassen, ist der Weg zu echten Reformen im föderalen System der Bundesrepublik verbaut. Herr Ministerpräsident, auch bei Ihnen scheint es mir wieder um Fürstentümer und Kleinstaaten zu gehen. Es geht Ihnen um das Leitmotiv „Bund gegen Länder“. Es geht Ihnen nicht um eine echte Reform des **föderalen Systems**.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wären Sie doch vorhin schon hier gewesen!)

Ich dachte, wenigstens der rote Teil des Kabinetts hätte aus den Erfahrungen der Föderalismuskommission gelernt. Bürokratieabbau wäre dann sehr schnell möglich. Herr Staatssekretär Schlie, Bürokratieabbau ist aber kein Zaubermittel, insbesondere dann nicht,

(Anne Lütkes)

wenn der Abbau mit dem Aufbau Ihrer Behörde einhergeht. Das hat schon einen gewissen Schildbürgercharakter, wenn man zudem die Schimäre einer überbürokratisierten Umweltverwaltung aufbaut.

Herr Ministerpräsident, spannend wäre es, wenn Sie sich einmal mit nachhaltigen Umwelt-, Naturschutz- und Steuerungsmöglichkeiten auseinander setzen würden, statt Kormorane zu jagen. Die komplette Kommunalisierung des **Staatlichen Umweltamtes** ist der falsche Weg. Umweltgesetze zurechtzustutzen, Standards zurückzufahren und die Förderung der Grünlandwirtschaft zu streichen sind Schritte, die ein sinnvolles und nachhaltiges Umgehen mit der Natur wahrlich vermissen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Von den acht zu überprüfenden Gesetzen, die Sie nennen, sind sechs umweltpolitische Gesetze. Das ist ein echter Rückschritt. Das müssen Sie Ihren Kindern und Enkeln einmal erklären.

Herr Ministerpräsident, zu Ihren harten Sparmaßnahmen: Wo ist die Aussage zur langfristigen **sozialen Ausgewogenheit** Ihrer Sparmaßnahmen? Die Ausgaben für Arbeit sind ausgenommen, während gleichzeitig für die nächsten Jahre alle Zuschüsse und Förderprogramme - das ist ein Zitat - deutlich und gleichmäßig gekürzt werden. Ist also das Rasenmäherprinzip Ihre Leitlinie für die nächsten fünf Jahre? Vorrang hat, was Arbeit schafft - das stand auf Ihrer, der CDU-Agenda. Jetzt steht es auf der Agenda der gesamten Regierung. Wir fragen uns, was dies für die soziale Infrastruktur des Landes zu bedeuten hat. Was bedeutet das langfristig für die Jugendaufbauwerke und für die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten? Was wird aus den 12 Beratungsstellen von Frau und Beruf, um nur einige Beispiele zu erwähnen.

Die Leitlinie der Gerechtigkeit erfordert ein nachhaltiges Konsolidieren und nicht ein kurzfristiges Umlenken von zusammen gesammelten 45 Millionen €, wie Sie es im NDR ankündigten, Herr Finanzminister. Sie erfordert, die Sparmaßnahmen so einzusetzen, dass das soziale Gefüge für die Menschen in Schleswig-Holstein erhalten bleibt.

Was schlagen Sie also für die Vermittlung der Langzeitarbeitslosen vor? Eine ehrliche Bilanzierung von Hartz IV? Sie haben **Hartz IV** im Bund mitbeschlossen und jetzt sagt der Finanzminister, es sei eine Missgeburt. Ein tatsächliches Forcieren des Förderns als die andere Seite des Forderns ist geboten. Gut ist der Vorschlag des Arbeitsministers, eine Modellregion Schleswig-Holstein der Bundesagentur einzurich-

ten. Das ist richtig. Das haben wir auch im letzten Kabinett schon angedacht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

Finanz- und Haushaltspolitik können nur als gerecht gelten, wenn Sie sich der gesellschaftspolitischen Verantwortung stellen. Eine Sparpolitik, die Zukunfts- und Wachstumspotenziale zerstört, ist unverantwortlich. Zukunftspotenziale sind nicht rein merkantil zu verstehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Kunst und Kultur haben es schwer. Sie haben aber Ihr Herz. Finden sie aber auch die notwendige Professionalität in der Verwaltung und in den Ministerkonferenzen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Natürlich!)

Es ist ein fatales Signal, dass **Kultur** als eigenständiges Ressorts hier nicht mehr vorkommt. Wir kommen in dieser Landtagstagung auf unseren Antrag noch zurück. Es ist unsäglich, die Kulturhoheit des Landes auf die Hochkultur zu reduzieren. Wo bleibt der gesamte sozio-kulturelle Bereich? Wo bleiben beispielsweise die Gedenkstätten- und die Erinnerungsarbeit?

Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Es gilt europaweit als Vorbild für partnerschaftliches Zusammenleben und eine exemplarische Minderheitenpolitik sowie für eine menschliche Ausländer- und Asylpolitik. Kulturelle Vielfalt gehöre - auch das unterstreichen Sie - zu Schleswig-Holstein. Kulturelle Vielfalt impliziert wechselseitigen Respekt. Dieser offenbart sich im Detail. Dort werden Sie dann wahrlich ehrlich.

Meine Herren, Frauen sind nämlich nicht lediglich Objekte der Familienpolitik.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

- Ich weiß nicht, ob Sie davon was verstehen, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber hallo! Gut, dass meine Frau das am Fernsehschirm sieht!)

Der Satz vom Recht auf Gleichheit und Differenz im Grundgesetz, Art. 3, ist eine Verpflichtung. Die Wirklichkeit entspricht nicht dieser Verfassungsnorm. Auch eine Landesregierung, die sich auf eine große Koalition stützt, hat bei der tagtäglichen Umsetzung der gebotenen **Geschlechtergerechtigkeit** eine Vorreiterrolle einzunehmen. Es stimmt bedenklich, wenn das Kabinett nicht mehr quotiert ist und die CDU gerade einmal eine Staatssekretärin und eine ehren-

(Anne Lütkes)

amtlich Beauftragte aufbieten will. Frau Kollegin, wir alle haben doch keine Alibifrauen nötig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind gegen Geschlechterdiskriminierung!)

An der Frauenpolitik ist zu erkennen, wie ernst die Geschlechtergerechtigkeit genommen wird. Hier genau zeigt sich der kulturelle Unterschied zumindest zwischen Schwarz und Grün.

Eine Gesellschaft kann auch totgespart werden. Es gilt, die jugendpolitische Infrastruktur zu erhalten. Dies ist für die **Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft** unabdingbar. Beteiligungspolitik ist keine grüne Luxusunternehmung. Wenn Demokratie nicht von Kindesbeinen an gelehrt und gelernt wird, dann wird die Politikverdrossenheit zur Lebenslinie. Die Sozial- und Jugendministerin hat im Vertrag eine Fortschreibung der bisherigen Politik formuliert. Wo bleibt aber die gebotene Klarstellung in der politischen Schwerpunktsetzung und bei den Finanzen?

Herr Ministerpräsident, Sie sagen, dass die unentgeltliche Pflege in der Familie wahrlich eine harte Aufgabe ist, die in erster Linie Frauen wahrnehmen. Sie brauche keinen Euro zu kosten. Sie könne unentgeltlich geleistet werden und keinen Euro oder Cent kosten. Das ist bedenklich. Ich frage mich, wo der Weg hingeht.

Was ist mit unseren Kindern?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lesen Sie es nach, Herr Kubicki! - Jedes Kind hat einen Anspruch auf eine Kultur des Aufwachsens und auf Bildung. Dies bedeutet wahrlich, nicht nur auf schulische Bildung. Nirgendwo anders als in Deutschland ist der Zugang zu gerechten **Bildungschancen** abhängiger von Herkunft und Geld der Eltern. Schleswig-Holstein kann ein Land für Kinder bleiben, wenn die Konsequenzen aus dem so genannten Baby-PISA gezogen werden. Hier hatte das Abschreiben bei den Grünen aber einmal mehr ein Ende. Ein Programm „Clever starten“ oder „Erfolgreich starten“ für die frühkindliche Bildung suchen wir vergebens. Die frühkindliche Bildung ist in den Dreiklang der Jugendhilfe aus Erziehung, Betreuung und Bildung einzubinden. Das kostet auch bei einer desolaten Haushaltslage Geld. Es reicht hier nicht, die jährlich veranschlagten 60 Millionen € auch bei abnehmender Kinderzahl im System zu belassen. Es ist schön, dass Sie das heute bestätigt haben.

Nur wenn die Qualitätsentwicklung in den **Kindertagesstätten** auch finanziell unterstützt wird, haben alle Kinder wirklich eine Chance.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Chancengleichheit verlangt ein gerechtes **Schulsystem**. Mit großem Elan und leider auch mit Erfolg haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, gegen „Eine Schule für alle“ gehetzt, mit dem Ergebnis, dass die Gemeinschaftsschule nun auf einen Schulversuch reduziert wird. Der Kollege Baasch aus Lübeck hat ganz Recht, auf die Problematik hinzuweisen.

Für eine verstärkte individuelle Förderung der Kinder bleibt nichts anderes als ein Modell des gemeinsamen Lernens übrig. Kinder bezeichnen Sie als das persönliche Lebensglück ihrer Eltern und ihrer Familie. Sie sind unsere Zukunft. Wichtig ist aus unserer Sicht aber zu betonen, dass Kinder eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten sind. Sie haben ein Recht auf Bildung und sie haben ein Recht auf Chancengleichheit. Und das in einer Gesellschaft, die zu Recht eine gerechte Zivilgesellschaft genannt wird. Eine gerechte Zivilgesellschaft braucht verlässliche Grundlagen des Rechts.

Innere Sicherheit im bürgerrechtlichen Sinn ist mehr als eine starke Polizei. Innere Sicherheit ist eine soziale und eine justizielle und eine polizeiliche Sicherheit. Wer sie - wie im schwarz-roten Vertrag - auf nur die polizeiliche Sicherheit reduziert, der verletzt schon im Ansatz die verfassungsrechtlichen Grundlinien. Freiheit darf nicht gegen Sicherheit ausgespielt werden. Aber Sie begeben sich schrittweise auf dem Weg zum Überwachungsstaat. Kennzeichenüberwachung, DNA, Schleierfahndung, Rasterfahndung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen Sie in Berlin doch auch!)

Die Dämme brechen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber nicht mehr lange!)

Bei der notwendigen **Gerichtsstrukturreform** ist die Bürgernähe der Rechtsprechung zu garantieren. Wer lediglich ohne eine andere Struktur der Gerichtsverwaltung oder des Gerichtsaufbaus in der örtlichen Gerichtsbarkeit die Zahl der Amtsgerichte reduzieren will, der verkennt die hohe Bedeutung der Amtsgerichte.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das sollten Sie nun wirklich besser wissen!)

Ein Gericht der Zukunft ist das bürgernahe Eingangsgericht, das vom Wesen her ein Amts- und gerade kein Landgericht ist, wenn Sie mir das als persönliche Bemerkung gestatten, kein in Beton gegossenes Justizzentrum.

(Anne Lütkes)

Rechtsprechung hat viele Aspekte. Wer sie, wie es in der Regierungserklärung anklang, auf die Strafjustiz reduziert, der hat nichts verstanden.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sagen Sie etwas zur Sicherheit in Haftanstalten!)

Meine Damen und Herren, für uns heißt Opposition konstruktive Opposition, Wachsamkeit, aber auch, Ihnen weitere Konzepte vorzutragen. Natürlich werden Sie sie ablehnen. Aber wir werden Sie veranlassen, sie zu diskutieren. Wir wollen eine tragfähigen Entwurf einer gerechten Gesellschaft. Wir gehen den Weg zu Bildungsgerechtigkeit und Chancen für alle Kinder. Wir geben ihn nicht auf, auch wenn Ihnen der Mut fehlt. Die gebührenfreie Kindertagesstätte, das gebührenfreie Erststudium sind notwendige Bestandteile einer kinder-, einer jugendfreundlichen Gesellschaft.

Wir wollen eine **Wirtschaftspolitik**, die die Stärken Schleswig-Holsteins zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien fördert und nicht bremst, ein Steuer- und Abgabensystem, das den Verbrauch besteuert, die Energie- und Verkehrswende betreibt und den Wiedereinstieg in die Atomenergie verhindert.

Eine Auseinandersetzung mit der **demographischen Entwicklung** umfasst alle Lebensbereiche. Infrastrukturentscheidungen, ob im Wohnungsbau oder der Verkehrspolitik, müssen der veränderten Bevölkerungsentwicklung angepasst werden. Und: Diese Gesellschaft muss sich notwendig und schnell mit dem Arbeitsbegriff auseinander setzen.

Regierungen schaffen keine Arbeitsplätze. Das weiß auch unser Ministerpräsident. Aber Regierungen sind verantwortlich für die Grundlagen, für die Wahrung der gerechten Rahmenbedingungen. Um diese zu gewährleisten, reicht das Versprechen, hart zu arbeiten, wahrlich nicht aus; Sie müssen auch hart nachdenken. Ich hoffe im Sinne des Landes, dass es Ihnen gelingt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile nunmehr dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, dem Kollegen Dr. Johann Wadephul, das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur Mut, Joe!)

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie mögen mir gestatten - mein Koalitionspartner mag mir das nachsehen -, dass ich zunächst

meiner Freude darüber Ausdruck verleihe, dass wir nach 18 Jahren wieder einen CDU-Ministerpräsidenten in diesem Land haben. Das ist schön. Das ist gut. Wir gratulieren Peter Harry Carstensen und werden ihn und sein Kabinett unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Die Rede der Kollegin Lütkes hat mich doch mit ein bisschen Sorge erfüllt. Die Opposition ist ja schon zahlenmäßig schwach. Bei den Argumenten erhoffe ich mir an der einen oder anderen Stelle, Herr Kollege Kubicki, Frau Kollegin Spoorendonk, noch Stärke.

Sie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben gesagt, Sie wollten der Regierung keine 100 Tage Schonfrist geben. Ich denke, wir, die Regierungskoalitionen, haben Anlass, den Grünen nach dieser Rede 100 Tage Schonfrist zu geben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Kollegin Lütkes, Sie sollten zur Kenntnis nehmen: Sie sind hier nicht auf einem Kreisparteitag der Grünen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat sie verwechselt!)

Sie können sich in den nächsten Jahren natürlich darauf konzentrieren, den Kollegen Kubicki anzugreifen. Aber das ist nicht Ihre parlamentarische Aufgabe. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen. Ich sage Ihnen: Opposition kann man auch gut machen, kann man auch mit Format machen. Insofern hoffen wir auf eine Steigerung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hat die Leitlinien der künftigen Regierung aufgezeigt. Der angekündigte Kurswechsel mit den Schwerpunkten Vorrang für Arbeitsplätze, Konsolidierung der Finanzen, Reform der gesamten Verwaltung im Land und Zukunftsinvestitionen in die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen findet die volle Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion.

Ich sage für meine Fraktion aber auch nach dem Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen und im Vorfeld einer offensichtlich anstehenden Bundestagswahl: Wir haben uns mit den Sozialdemokraten in diesem Land und in diesem Landtag verabredet. Wir wollen den gemeinsamen Erfolg des Kabinetts Carstensen und dieser Koalition. Deshalb werden wir den Ministerpräsidenten und alle Ministerinnen und Minister bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe über die gesamte Legislaturperiode voll unterstützen.

(Beifall bei CDU und SPD)

(Dr. Johann Wadephul)

Dazu werden große Kraftanstrengungen notwendig sein. Denn wir wissen: Auch große Koalitionen werden an ihren konkreten Arbeitsergebnissen gemessen. Wir sind diese Koalition in der Überzeugung eingegangen, dass sie die richtige Antwort auf das Wahlergebnis vom 20. Februar 2005 ist. Sie gewährleistet eine große, stabile Mehrheit für Regierungspolitik. Das verpflichtet zum einen dazu, mit dieser großen Mehrheit auch Großes anzupacken und große Probleme zu lösen. Zum anderen verpflichtet es dazu, mit den Rechten der Opposition sorgsam umzugehen. Deswegen haben wir uns gemeinsam im Koalitionsvertrag auf eine parlamentarische Sicherung von Oppositionsrechten in einem Umfang verständigt, wie er in der Bundesrepublik Deutschland wohl einmalig ist. Als ehemaliger Oppositionsabgeordneter habe ich noch eine sehr konkrete Erinnerung daran, wie schwer Oppositionsarbeit gegenüber einem mächtigen Regierungsapparat sein kann.

Manch einer hat in den vergangenen Tagen bei Bildung der Koalition die Sorge geäußert, die Regierung könnte gegenüber dem Parlament dominant sein. In dieser politischen Situation ist es für uns als größte Regierungsfraktion eine selbstverständliche Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass das Parlament der Ort der politischen Auseinandersetzung ist und bleibt. Hier - und nicht in irgendwelchen Runden oder Zirkeln - muss um die Probleme und die Zukunft des Landes gestritten, diskutiert und entschieden werden.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Das fordert allerdings - darauf bin ich eingangs schon eingegangen - auch von der Opposition einiges. Auch sie muss ihre Arbeit gut machen. Insofern möchte ich an dieser Stelle auf den zweiten ehemaligen Minister in den Reihen der Grünen, den Kollegen Müller, zu sprechen kommen, der in den letzten Tagen versucht hat, sich dadurch zweifelhaft zu profilieren, dass er von einer „Bankrotterklärung“ des Ministerpräsidenten sprach, einen Nachhaltigkeitsbericht fordert oder nach einer Stellenvermehrung bei Beamten im Bereich der B-Besoldung forscht. Für mich ist all das, was wir von Ihnen, Herr Kollege Müller, in den vergangenen Tagen gehört haben - wenn ich es freundlich formuliere -, eigentlich nur eine besondere Erscheinungsform von politischem Gedächtnisschwund.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie, Herr Kollege Müller - seien Sie daran erinnert -, Sie und nicht Finanzminister Wiegard haben die wesentlichen Ursachen für die Finanzlage des Landes gelegt. Diese Verantwortung werden wir Ihnen nicht nehmen. Wir werden darauf aufmerksam machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Kollege Wiegard, dem wir sehr viel zutrauen, ist gerade einmal vier Wochen im Amt. Mit der Neuverschuldung des Amtes, die in der Tat bedenklich ist, hat er relativ wenig zu tun. Er musste sie schlicht feststellen.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viele neue Stellen gibt es?)

- Wir können über Stellenvermehrung gerade in Ihrem ehemaligen Ministerium sehr genau miteinander diskutieren, Herr Kollege.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tun wir gern!)

Ich nehme das Angebot geradezu dankenswert an und habe die Bitte, dass wir dieses Thema im Finanzausschuss beleuchten,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gern!)

wie viele Parteiträger der Grünen eigentlich in den letzten Tagen von Ihnen noch versorgt worden sind. Das wissen wir. Das kommt auf die Tagesordnung.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind jetzt bei dem zentralen Thema der Landespolitik in Schleswig-Holstein, der dramatischen **Finanzlage**. Uns ist daran gelegen, das Land wieder nach vorn zu bringen. Deswegen müssen wir uns um Haushaltskonsolidierung bemühen.

Angesichts eines Schuldenstandes von rund 20 Milliarden € und eines Defizits von rund 1,5 Milliarden € im laufenden Haushalt ist dies leichter gesagt als getan. Allein während der rund 190 Minuten unserer Diskussion über die Regierungserklärung wird Schleswig-Holstein gut 600.000 € neue Schulden machen. Wir werden fast 350.000 € an Zinsen zu zahlen haben. Dies alles nur während der Diskussion am heutigen Vormittag. Das sei allen Parlamentariern, aber auch den Menschen im Lande einmal gesagt.

Es macht deutlich, dass die Sanierung der Finanzen allein durch Einsparungen nicht mehr zu erreichen ist. Wir werden uns bei jeder Ausgabe und bei jedem Euro, den wir gemeinsam zu verantworten haben, die Frage stellen: Ist es verantwortbar, diesen Euro, durch den neue Zinsen und neue **Schuldenlasten** entstehen, auszugeben und damit unseren Kindern und Kindeskindern neue Schulden zuzumuten? Das werden im Laufe der nächsten Jahre verantwortungsvolle und schwierige Diskussionen im Land werden.

Es hat sich in den Koalitionsverhandlungen für uns herausgestellt, dass die finanzielle Situation Schles-

(Dr. Johann Wadephul)

wig-Holsteins noch dramatischer ist, als wir befürchten mussten. Das Ergebnis der Steuerschätzung hat die Situation weiter verschärft. Um es mit den Worten des Kollegen Kubicki zu sagen: Diese Koalition hat ein Erbe angetreten, das man normalerweise ausschlagen würde. Man muss es so unumwunden formulieren, wie es auch der Finanzminister gesagt hat, damit es auch jeder im Land versteht: Das Land ist pleite.

Die besondere verfassungsrechtliche Situation des Landesrechnungshofs ist allen bewusst. Der Herr Präsident sitzt im Hause. Deshalb ist es richtig, dass wir eine Herkulesaufgabe vor uns haben. Ich sage für meine Fraktion ganz deutlich: Wir haben einen Koalitionsvertrag, aber wir werden dennoch jeden einzelnen Vorschlag des Landesrechnungshofs sorgsam prüfen, abwägen und uns große Gedanken darüber machen, ob wir ihn verwerfen können oder ob wir ihn übernehmen müssen. Herr Präsident des Landesrechnungshofs, wir wissen Sie in wichtigen Diskussionen an der Seite des Parlaments. Wir werden Ihre Vorschläge sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung und unterstützen den von unserem Ministerpräsidenten eingeschlagenen Weg einer umfassenden **Verwaltungsmodernisierung**. Herr Kollege Hentschel, dabei ist für die Union wichtig, dass die einmal angedachte Gebietsreform von oben vom Tisch ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage Ihnen dazu: Man kann die **kommunale Gliederung** dieses Landes nicht vom Reißbrett in Kiel aus machen. Wo sind eigentlich die Grünen mit ihren ehemals basisdemokratischen Vorstellungen geblieben, wenn Sie jetzt meinen, solche Geschichten von oben verordnen zu können? Sie müssen sich an dieser Stelle von der CDU belehren lassen. Wir sind an dieser Stelle für mehr Basisdemokratie. Wir wollen das Ehrenamt beteiligen und wir wollen die Kommunalpolitiker beteiligen. Sie sollen entscheiden!

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben noch nicht begriffen, wie die Lage ist!)

- Ich habe die Lage sehr wohl begriffen. In den Reihen der Union sind viele ehrenamtliche Kommunalpolitiker tätig. Ich habe hier ein paar Gesprächspartner mehr als Sie. Ich lade Sie aber herzlich ein, einmal zu unserer kommunalpolitischen Vereinigung zu kommen. Überlegen Sie sich einmal im Ernst, welche

ehrenamtliche Kommunalpolitik noch in den von Ihnen am Reißbrett entworfenen Großkreisen möglich wäre! Welche Identifikation mit den Problemen vor Ort wäre dort überhaupt noch gegeben? Da können Sie das Ehrenamt, das in Sonntagsreden immer wieder beschworen wird, praktisch abschreiben. Diesen Weg werden wir nicht mitgehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dennoch müssen die Leistungen der Selbstverwaltung und die Leistungen der Verwaltung insgesamt professionell, kostengünstig und bürgernah erbracht werden. Die Koalitionspartner haben die feste Absicht, hierfür geeignete schlankere Strukturen der **öffentlichen Verwaltung** in Schleswig-Holstein zu schaffen. Herr Kollege Hentschel, auch das ist ein Geburtsfehler Ihrer vorherigen Überlegungen. Dabei wollen wir zunächst einmal mit einer grundlegenden Aufgabenkritik beginnen. Alle öffentlich zu erfüllenden Aufgaben müssen auf den Prüfstand. Erst anschließend muss das Parlament nach Abstimmung mit den Kommunen die Aufgaben definieren, die auch aufgrund der ungenügenden Finanzausstattung des Landes und der Kommunen nicht mehr erfüllt werden können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie fangen ja früh damit an!)

Es muss eine Konzentration des **Staates** auf seine **Kernaufgaben** geben. Doppelzuständigkeiten müssen vollständig aufgehoben, Aufgabenbündelungen dagegen so weit wie möglich eingeführt werden. Dies ist eine Kernaufgabe der Verwaltungsreform. Wenn wir bei der Aufgabenkritik und bei der Abschaffung staatlicher Aufgaben keinen Erfolg haben, dann werden wir versagt haben. Hier müssen wir radikal handeln, sonst haben wir überhaupt keine Chance, die Finanzprobleme unseres Landes in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Wir haben die Absicht, in der Trägerschaft der **Kreise und kreisfreien Städte** vier bis fünf **Dienstleistungszentren** zu bilden, die die staatlichen Aufgaben der aufgelösten Landesämter sowie die damit im Zusammenhang stehenden, den Kreisen obliegenden Aufgaben übernehmen.

Herr Kollege Hentschel, ich möchte auf Ihren Zuruf von eben eingehen. Sie sagten, wir würden früh beginnen. Ich weise auf Folgendes hin: Der Bericht der **Enquetekommission zur Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung** stammt bereits

(Dr. Johann Wadephul)

aus dem Jahr 1994. Wenn Sie nachrechnen können, dann ist er über zehn Jahre alt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben, ich hatte den schon gelesen!)

- Herr Kollege Hentschel, darf ich Sie freundlich daran erinnern, dass Sie seit 1996 - ich betone leider - an der Regierung beteiligt und Regierungsfraktion waren? Sie haben an dieser Stelle überhaupt nichts erreicht. Wenn ich es einmal so sagen darf, dann waren Sie es, die an dieser Stelle behindert und blockiert haben. Jetzt kommt im Land endlich Bewegung in die Sache. Dafür werden wir gemeinsam sorgen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Seitdem liegen nämlich auf 200 Seiten konkrete Vorschläge zur Aufgabenreduzierung, zur Privatisierung und zur Verwaltungsstrukturreform vor. Eine der Kernaussagen dieses Berichts ist die Empfehlung, von der Verwaltung selbst zu erfüllende Aufgaben grundsätzlich auf zwei Ebenen zu verteilen. 1996 haben CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils eigene Konzepte zum Thema Entbürokratisierung, Verwaltungsstrukturreform und Aufgabenabbau vorgelegt. Gemeinsam haben wir in diesem hohen Haus das Kostenausgleichsprinzip in die Landesverfassung aufgenommen. Das war eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass auf kommunaler Ebene auch Vertrauen da ist, dass wir eine **Funktionalreform** durchführen können, die nicht zulasten der kommunalen Ebene geht.

Eigentlich waren bereits zu diesem Zeitpunkt - spätestens seit 1996 - alle Voraussetzungen dafür geschaffen, um daranzugehen, unseren Verwaltungsaufbau schlank und effektiv zu gestalten. Ich wiederhole: Der Enquetebericht stammt aus dem Jahr 1994. Die Konzepte der Fraktionen stammen aus dem Jahr 1996. Jetzt wird endlich mit der Arbeit begonnen. Die Verantwortlichen auf kommunaler Ebene - Sie können hier mit Hauptamtlern und mit Ehrenamtlern quer durch alle Parteien sprechen - erwarten endlich entschlossenes Handeln der Landesebene. Dieses Handeln wird jetzt kommen!

(Beifall bei der CDU)

Für die Union war und ist die Verbesserung der **Bildungschancen** junger Menschen ein zentrales Vorhaben für die Legislaturperiode. Wir haben im Wahlkampf versprochen, die Grundschule aufzuwerten und die Unterrichtsversorgung an dieser Stelle zu verbessern. Genau das wird jetzt auch geschehen. Ein ganz besonderer Erfolg ist daher für uns, dass neben der flächendeckenden Einführung der Verlässlichen

Grundschule bis zum Schuljahr 2007/2008 auch der Englischunterricht in der Grundschule ab dem Schuljahr 2006/2007 begonnen wird. Diese Maßnahmen kosten Geld. Sie sind aber optimale Zukunftsinvestitionen. Bessere kann man nicht machen. Wir investieren in unsere Jüngsten. Wir investieren in unsere Kinder. Wir leisten zugleich einen großen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier werden wir klotzen und nicht kleckern.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten
Jutta Schümann [SPD])

CDU und SPD gehen im Koalitionsvertrag von der Beibehaltung und Weiterentwicklung des **gegliederten Schulsystems** aus, wobei die Durchlässigkeit des gegliederten Schulsystems verbessert wird, indem nach der sechsten Klasse der Aufstieg in eine andere Schulart erleichtert und rechtlich abgesichert werden soll. Ich verhehle nicht, dass die Koalitionspartner hier sehr um einen Kompromiss gerungen haben. Wir, die Union, sind nach wie vor von der Leistungsfähigkeit des gegliederten Schulsystems überzeugt und werden auch in der kommenden Legislaturperiode für dessen Erhalt sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Gemeinschaftsschulen kann es nur geben, wenn Eltern und Träger es wollen. Ich sage dazu aber auch ganz deutlich: Wenn Eltern und Träger es wollen, dann wird es auch Gemeinschaftsschulen geben. Auch das ist Vertragstreue und auch das werden wir an dieser Stelle politisch mit unterstützen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Von besonderer Bedeutung im Bereich der Bildungspolitik ist für uns, dass wir landesweit die **Schulzeit** bis zum Abitur an den **Gymnasien** auf zwölf Jahre verringern, ohne dass die Qualität des Abiturs gemindert wird. Auch sollen die Kinder früher eingeschult werden, indem die Einschulung schrittweise auf den 31. Dezember vorgezogen wird.

Für diese Neuerungen ist es höchste Zeit - der Herr Ministerpräsident hat es gesagt -, weil unsere Kinder gegenüber denen anderer Bundesländern nicht benachteiligt werden dürfen. Auch sie sollen ihre Ausbildung schnell beenden können.

(Beifall bei der CDU)

Zur landesweiten Qualitätssicherung an den Schulen wird es **zentrale Abschlussprüfungen** an allen weiterführenden Schulen geben. Im Rahmen einer vorgezogenen Schuleingangsuntersuchung - das ist eine neue und, ich glaube, sozial- und gesellschaftspolitisch eine der wichtigsten Maßnahmen, die diese Koa-

(Dr. Johann Wadephul)

lition ergreifen wird - sollen zukünftig Sprachstandsuntersuchungen und gegebenenfalls Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder, die keinen Kindergarten besucht haben, durchgeführt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Unserem Ziel, dass alle Kinder bei ihrer Einschulung ausreichende Deutschkenntnisse aufweisen, werden wir hiermit ein gutes Stück näher kommen. Machen wir uns nichts vor: Wir vermuten diese Probleme weitestgehend in dem Bereich, in dem es einen Migrationshintergrund gibt. Aber sie kommen auch in anderen Bereichen vor. Hier müssen wir gemeinsam handeln. Dafür nehmen wir eine Menge Geld in die Hand. Das ist Geld, das sehr gut in die Zukunft gerade von sozial benachteiligten Kindern investiert ist. Dieses Geld werden wir ausgeben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Im **Hochschulbereich** ist von Bedeutung, dass wir den **Bologna-Prozess** konsequent umsetzen werden. So werden zum Beispiel die Bachelor-/Master-Strukturen bis 2010 im Rahmen der jeweiligen KMK-Vereinbarungen vollständig eingeführt werden. Sie gestatten, dass auch ich an der Stelle das unterstreiche, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat: Wir als Union begrüßen ausdrücklich die Übernahme des Hochschulressorts in das Wirtschaftsministerium. Dadurch können Wissenschaft und Wirtschaft in einer Art und Weise zusammengeführt werden, wie es immer wieder gefordert worden ist. Wir erhoffen uns von dieser Zusammenarbeit weitere Fortschritte im Wirtschafts-, aber auch im Wissenschaftsbereich unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Schleswig-Holstein muss wieder zurück in die Gruppe der wachstumsstarken Bundesländer kommen. Daher haben die Verbesserungen der Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein für uns höchste Priorität.

Die Bündelung der **investiven Mittel** des Landes in einem **Schleswig-Holstein-Fonds** ist genau der richtige Weg. Entscheidend ist, dass Handwerk und Mittelstand in den Mittelpunkt gerückt werden. Hier - und nur hier - werden in Schleswig-Holstein Arbeitsplätze geschaffen. Hier müssen wir die Struktur langfristig verbessern.

Die derzeitige **Verkehrsinfrastruktur** in Schleswig-Holstein und die Marktferne erschweren wirtschaftliches Handeln. Das wichtigste Verkehrsprojekt für die

Zukunft unseres Landes ist daher der beschleunigte Ausbau der A 20 mit einer festen Elbquerung bei Glückstadt und einer Anbindung an das niedersächsische Fernstraßennetz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die in der vergangenen Legislaturperiode gerade die letzten beiden Landtags-sitzungen miterlebt haben, werden nachvollziehen können, wenn ich sage: Endlich kommt hier Bewegung hinein. Endlich sind die grünen Bremsklötze beseitigt. Endlich wird konkrete und energische Standortpolitik für Schleswig-Holstein gemacht. Herr Wirtschaftsminister Austermann, Sie haben die volle Unterstützung der CDU-Fraktion dafür, dass sich im Fernstraßennetz in Schleswig-Holstein endlich etwas bewegt.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Eine Kernaufgabe des Staates ist es, die **Sicherheit** der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Dies gilt, Frau Kollegin Lütkes, für den Bereich, den Sie angesprochen haben, nämlich den des Strafvollzuges. Ein paar Bemerkungen zur Sicherheit von Haftanstalten hätte ich von Ihnen an dieser Stelle ganz gern gehört. Aber auch das ist ein Problembereich, den wir gemeinsam mit dem neuen Justizminister Döring und seinem versierten Staatssekretär aufarbeiten werden. Wir werden dafür sorgen, dass die **Haftanstalten** in Schleswig-Holstein in Zukunft sicher sind und dass derartige Pannen wie in Lübeck nicht noch einmal vorkommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Natürlich werden wir uns - dies gehört zu den unangenehmen Aufgaben - die **Gerichtsstruktur** angucken müssen. Sie haben zwar darüber nachgedacht, aber im Kreis Herzogtum Lauenburg nicht gehandelt. Wir haben in den westlichen Kreisen ein Amtsgericht pro Kreis. In Lauenburg haben wir vier, wenn Sie das Amtsgericht Lübeck hinzuzählen, viereinhalb. Das ist keine moderne Struktur. Eine Änderung wird nicht mit Begeisterung aufgenommen werden. Aber wenn wir über eine Konsolidierung der Finanzen reden, dann darf es auch keine alten Zöpfe in der Gerichtsstruktur geben; dann müssen wir auch an dieser Stelle handeln.

(Beifall bei CDU und SPD)

Mit der neuen Landesregierung werden auch die Themen der **inneren Sicherheit**, die manch interessante Debatte in den vorangegangenen Legislaturperioden hervorgebracht hat, aus einem Dornröschenschlaf erwachen. Viele Projekte, die die CDU in Oppositionszeiten bereits angeregt hat, werden nun in

(Dr. Johann Wadephul)

Angriff genommen: die erweiterte Anwendungsmöglichkeit der DNA-Analyse, die Video-Überwachung polizeilicher Brennpunkte im öffentlichen Raum, die Einführung der Schleierfahndung, die Verlängerung der Rasterfahndung, die Einstufung von Graffiti-Schmierereien als Sachbeschädigung und nicht zuletzt die Anpassung der Eingriffsbefugnisse des Verfassungsschutzes des Landes an die des Bundes. Wir werden darüber in den Einzeldebatten sicherlich miteinander streiten. Wir werden klare, enge rechtsstaatliche Maßstäbe anlegen, die sich an unserem Verfassungsrecht orientieren. Aber es gilt auch: Keine Freiheit ohne Sicherheit. Wir wollen an der Stelle zur Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in diesem Land handeln.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin davon überzeugt: Wenn die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erst einmal die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten in Schleswig-Holstein haben, dann wird es gelingen, die im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hohe Kriminalitätshäufigkeit zu verringern und die **Aufklärungsquote** weiter zu steigern. Kiel und Lübeck als Viert- und Fünftplatzierte im Jahre 2003 beim Vergleich der Kriminalitätshäufigkeit in Großstädten dürfen diesen Platz nicht länger behalten. Dafür steht unsere Politik. Dabei werden wir den Innenminister Dr. Stegner unterstützen.

Natürlich gibt es auch Dinge im **Polizeibereich**, die wir nicht wie geplant umsetzen können. Die finanzielle Situation fordert dies von uns. Wir haben uns immer für eine leistungsgerechte Bezahlung und eine moderne und verbindliche Laufbahnstruktur der Polizeibeamten eingesetzt. Wir müssen - das ist ein Gebot der Stunde - wahr und offen sagen, wie die Lage ist. Wir werden die Realisierung der **zweigeteilten Laufbahn** bei der Polizei in dieser Legislaturperiode aussetzen müssen. Aber wir werden ein zukunftsfähiges Personalkonzept für die Landespolizei auflegen, mit dem die personelle Ausstattung auch in den nächsten Jahren verstetigt wird.

Teil des **Personalkonzepts** wird auch eine Stellenstrukturverbesserung mit dem Ziel einer Neufestsetzung der Planstellenstruktur im mittleren und gehobenen Dienst sein, insbesondere zugunsten der Beamtinnen und Beamten, die im operativen Bereich tätig sind. Wir wissen um einen zum Teil gravierenden Beförderungsstau, an dem wir arbeiten werden. Auf der anderen Seite bietet dieser Weg auch die Möglichkeit - das halte ich für sehr wichtig -, junge Menschen mit Haupt- oder Realschulabschluss in den mittleren Polizeivollzugsdienst aufzunehmen. Dies ist

für die Struktur unserer Polizei langfristig eine gute und richtige Maßnahme.

Darüber hinaus werden wir das gesamte im Rahmen der Reformkommission III erkannte Umsteuerungspotenzial im Polizeibereich erhalten und in vollem Umfang zur Stärkung des Polizeivollzuges einsetzen.

Im Bereich des digitalen Funks werden wir eine Menge Geld investieren und dafür sorgen, dass es moderne Kommunikationsmöglichkeiten für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste in Schleswig-Holstein gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genauso wie der Herr Ministerpräsident begrüßt die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich, dass es eine Stärkung des Landwirtschaftsressorts und wieder einen klassischen Landwirtschaftsminister gibt.

Philosophie unserer **Landwirtschaftspolitik** ist es, unsere Landwirte gegenüber denjenigen aus den Nachbarländern nicht zu benachteiligen, sondern sie, so weit es möglich ist, gleichzustellen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit einem **Kulturlandschaftsprogramm** und der **LSE** werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die ländlichen Regionen unseres Landes weiterentwickeln. Wir stärken die regionale Identität und das Heimatgefühl, indem alle Belange von Naturschutz, Tourismus, Kultur, Landwirtschaft und Wirtschaft dabei beachtet werden. Wir setzen uns für ein Gesamtkonzept für die **ländlichen Räume** ein. Die Aufgabe, gleiche Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes zu schaffen, ist eine Verpflichtung für die CDU-Landtagsfraktion. Wir freuen darüber, dass wir eine Einigung dahingehend haben erzielen können, dass die bereits gemeldeten FFH- und Vogelschutzgebiete überprüft werden können. Bei der Auswahl und bei der Benennung von Gebieten für das gemeinschaftliche **NATURA-2000-Netz** werden wir die Gebietskulisse anhand der vom EU-Gesetzgeber geforderten Kriterien überprüfen und möglicherweise vorhandene naturschutzfachliche Beurteilungsspielräume nutzen. Dies gilt auch für bereits gemeldete Gebiete, soweit es das EU-Recht zulässt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies alles zeigt: Koalition und Landesregierung wollen Politik mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger unseres Heimatlandes machen. Wir wissen, dass wir vor großen Aufgaben stehen. Wir brauchen alle, um diese Aufgaben bewältigen zu können. Insofern fordere ich die Opposition zu einer konstruktiven und aktiven Mitarbeit auf.

(Dr. Johann Wadephul)

Wir sind uns unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein bewusst und wissen, dass wir in schwierigen Zeiten die Regierungsverantwortung übernommen haben. Wir wollen eine aktive und verantwortungsvolle Politik für Schleswig-Holstein machen. Ich nehme für meine Fraktion die Aufforderung des Ministerpräsidenten an. Wir packen alle mit an.

(Anhaltender Beifall bei CDU, SPD, FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Wir begrüßen herzlich Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer von der Realschule Altenholz sowie einige Kolleginnen und Kollegen aus früheren Legislaturperioden, die auf der Tribüne Platz genommen haben.

(Beifall)

Nunmehr hat der Vorsitzende der Fraktion der SPD, der Kollege Lothar Hay, das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Regierungserklärung wird der offizielle Startschuss für die gemeinsame Arbeit von SPD und CDU in den nächsten fünf Jahren gegeben. Die ersten Schritte waren Schritte, die deutlich machen, dass es vieles anzupacken gilt. Es geht um die Vorbereitung des Nachtragshaushalts und des Haushalts 2006.

Lassen Sie mich am Anfang meiner Ausführungen einige wenige Bemerkungen zu dem machen, was sich am Sonntag ereignet hat. Der Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen war nach den Umfragen der letzten Wochen an sich nicht überraschend. Der Abstand zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten war deutlich. Das Wahlergebnis vom letzten Sonntag ist eine bittere Niederlage für meine Partei.

Völlig überrascht hat uns alle das Vorhaben von Gerhard Schröder und Franz Müntefering, bereits für den Herbst Neuwahlen anzustreben. Die Pattsituation zwischen Bundesrat und Bundestag hätte sicherlich zu einem dauerhaften Stillstand geführt. Auf Bundesebene heißt es jetzt: Schröder oder Merkel? Bleibt es bei dem angedachten Fahrplan, so werden auch wir in Schleswig-Holstein einen kurzen Bundestagswahlkampf um zentrale Fragen führen müssen. Die beiden großen hier im Landtag vertretenen Parteien werden öffentlich um die besseren Konzepte streiten. Gleichzeitig muss die Arbeit in der Koalition konzentriert weiterlaufen, um den Nachtragshaushalt 2005 und

den Haushalt 2006 zeitgerecht auf den Weg zu bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich freue mich auf die Debatten, die wir im Wahlkampf zu den großen Themen führen werden, für die wir in unserem Land eine Lösung brauchen. Das sind die Themen Steuerreform, Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, Sicherung der Arbeitnehmerrechte sowie viele weitere Themen, die bundespolitisch von erheblicher Bedeutung sind. Hier im Haus, im Landtag, geht es allerdings um die volle Konzentration auf die gemeinsame Sacharbeit - diese darf ich Ihnen für die Sozialdemokraten ausdrücklich zusichern - zum Wohle des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Spätestens nach den Zahlen der **Steuerschätzung** vom Mai weiß jeder Abgeordnete der großen Koalition, auf welchem schwierigen Weg wir uns gemeinsam begeben. Natürlich muss die Sanierung des Haushaltes in dieser Legislaturperiode einen herausragenden Stellenwert haben. Gleichzeitig haben wir uns aber auch das Ziel gesetzt, im Bereich von Wirtschaft und Arbeit die Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung weiter zu verbessern. Dazu gibt es auch gar keine Alternative. Wir müssen mehr **Arbeitsplätze** schaffen. Dann wird es uns auch gelingen, mehr **Steuereinnahmen** zu erzielen. Das ist der richtige Weg für den Beginn der Sanierung des Haushalts unseres Landes.

(Beifall bei SPD und CDU)

Den Bereich der **Bildung** sehen wir als denjenigen an, der für die Lebenschancen der Menschen in der Zukunft mitentscheidend sein wird. So werden wir trotz der angespannten Haushaltslage zusätzlich in diesen Bereich investieren, was bedeutet, dass die Gelder effizient eingesetzt werden müssen. Diese Effizienz müssen wir auch überprüfen. Gleichzeitig wollen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Verwaltung sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene preiswerter, leistungsstärker und noch bürgernäher zu machen. Dies wird im Rahmen einer umfassenden **Verwaltungsstrukturreform** geschehen.

Wir Sozialdemokraten haben uns trotz eines deutlichen Ergebnisses auf dem Landesparteitag die Entscheidung für diese große Koalition nicht leicht gemacht. Sie ist uns auch nicht leicht gefallen. Wir haben mit unserem Koalitionspartner Arbeitsstrukturen verabredet, die eine verantwortungsvolle Kooperation der beiden Partner sicherstellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist für niemanden hier im Ple-

(Lothar Hay)

narsaal überraschend, dass die große Koalition nicht unbedingt eine Liebesheirat ist. Der 17. März war der bitterste Tag seit Jahren für die SPD in Schleswig-Holstein, für die SPD-Fraktion, für die Mitglieder und vor allem für Heide Simonis. Die Erinnerung daran und an die Tage danach ist noch zu frisch, sodass ich darauf verzichte, weiter darauf einzugehen. Wir haben den Blick nach vorn zu richten und das tun wir auch. Mittlerweile hat die SPD-Landtagsfraktion zu einer ordentlichen Tagesarbeit zurückgefunden. Es wird aber sicherlich noch einige Zeit dauern, bis wir alle den 17. März verarbeitet haben, wenn dies überhaupt möglich ist.

Nachdem wir die Sondierungsgespräche mit allen im Landtag vertretenen Parteien geführt haben, gab es Koalitionsverhandlungen mit der CDU auf Augenhöhe. Wir haben diese Verhandlungen selbstbewusst geführt und unser Landesparteitag hat den Ergebnissen mit mehr als 80 % zugestimmt. Ebenso wie die CDU sind wir in der Bewertung zu dem Ergebnis gekommen, dass wir deutlich über 50 % unseres Programms umsetzen konnten,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zusammen ergibt das 100 %?)

was abgesehen von der rechnerischen Unmöglichkeit auf eine deutliche Akzeptanz auf beiden Seiten hindeutet.

(Beifall bei SPD und CDU)

Man sollte natürlich auch offen sagen - das hat der Ministerpräsident getan; auch wir Sozialdemokraten tun dies -, wo es Unterschiede in unseren Positionen gibt. Am Ende konnte aber festgestellt werden, dass wir so viele politische Schnittmengen haben, dass es sich nicht nur lohnt, sondern dass es sogar eine politische Notwendigkeit war, in der gegebenen Situation eine große Koalition einzugehen. Dissens gibt es eindeutig noch bezüglich der **Gesamtschule in Pansdorf**. Diesen Dissens muss man benennen. Ebenso sind noch grundlegende Punkte in der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik sowie die Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie umstritten.

Der zahlenmäßig kleinen Opposition aus FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW haben wir gemeinsam umfangreiche Rechte eingeräumt, sodass ihre Arbeitsmöglichkeiten bezüglich aller wichtigen parlamentarischen Abläufe gewährleistet sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wünsche den drei Oppositionsparteien, dass sie ihre Rolle nach den ersten Trockenübungen mit der

Vorlage schon einmal gestellter Anträge finden und zu einer angemessenen Arbeitsweise kommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Lütkes, lassen Sie mich an dieser Stelle auf Ihre Forderung nach einer Enquetekommission Nordstaat eingehen. Auch in dem Koalitionsvertrag von Rot-Grün war eindeutig festgehalten, dass es einen Nordstaat mit uns nicht gegeben hätte. Wir sind für **norddeutsche Kooperationen**. Das ist der richtige Weg. So viel Kooperation mit Hamburg wie möglich - das ist die Antwort von uns auf eine unsägliche Nordstaatsdiskussion, die die Menschen im Land nur weiter verunsichern würde.

(Beifall)

Lassen Sie mich nun kurz auf Herrn Kubicki eingehen. Er wäre traurig, wenn ich ihn heute gar nicht erwähnen würde.

(Heiterkeit)

Herr Kubicki ist in einem Interview mit der viel gelesenen „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ so weit gegangen, dass er für seine Person einen völligen Charakterwandel in Erwägung gezogen hat, gewissermaßen vom Kühlschranks zum Kuscheltier.

(Erneute Heiterkeit)

Ich weiß gar nicht, ob wir uns das wünschen sollten. Ich hoffe, dass Wolfgang Kubicki so wie er ist, bleibt. Dann können wir wunderbar mit ihm zum Wohle des Landes streiten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wichtig erscheint mir eine Opposition, die inhaltliche Alternativen formuliert und damit hoffentlich zu einer Auseinandersetzung hier im Landtag beitragen wird, die uns insgesamt voranbringt. Vernünftige Vorschläge sind nicht nur den Regierungsfractionen vorbehalten.

Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass bei allen anstehenden Entscheidungen, so bitter sie sein müssen, die **soziale Balance** eingehalten wird. Soziale Gerechtigkeit stand bei uns vornan und sie wird nach wie vor ein Markenzeichen unserer Politik in Schleswig-Holstein sein. Soziale Gerechtigkeit muss die Richtschnur allen politischen Handelns sein.

(Beifall bei SPD, FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Die aktuelle **Steuerschätzung** hat die ohnehin schwierige Finanzlage unseres Landes weiter verschärft. Aufgrund der neuen Zahlen ergibt sich für dieses Jahr ein Fehlbetrag von etwas mehr als

(Lothar Hay)

1,7 Milliarden €. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um das jährliche **Defizit** in den kommenden Jahren nicht noch anwachsen zu lassen. Die kurzfristig von der Regierung ergriffenen Maßnahmen sind richtig und ohne Alternative. Wir werden uns alle darauf einstellen müssen, dass neben den Maßnahmen in den Schwerpunktbereichen Arbeit und Bildung schmerzhaft, aber notwendige Kürzungen auf allen politischen Feldern gemeinsam von uns getragen werden müssen.

Damit ist völlig klar: Einen **verfassungskonformen Haushalt** in dieser Legislaturperiode aufzustellen, ist ein nur äußerst schwer zu erreichendes Ziel. Aber lassen Sie mich dazu mit einem Zitat von Hermann Hesse sagen: Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.

Natürlich hat unser Land ein Ausgabenproblem und selbstkritisch muss man wohl für die SPD-Seite des Parlamentes einräumen, dass es Jahre gab - die sind allerdings in den 90ern schon weit nach hinten gerutscht -, in denen tiefgreifendere und mutigere Kürzungen durchaus hätten stattfinden können. Aber wir haben auch ein Problem auf der Seite der Einnahmen und deshalb können wir gemeinsam Steuerentlastungen ohne Gegenfinanzierung zur Entlastung der Länder in keinem Fall zustimmen. Das gilt auch für die anstehende Steuerreform im Bereich der Erbschaftsteuer. Sie muss kostenneutral für das Land Schleswig-Holstein sein, sonst ist dieses aufgrund der Haushaltssituation für uns nicht zu tragen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Im Zusammenhang mit den aktuellen Maßnahmen hat Finanzminister Wiegard schon darauf hingewiesen, dass auch diese nicht ausreichen, um die gegenwärtige **Deckungslücke** zu schließen. Wir sind uns einig, die Aufgaben müssen reduziert, die Personalkosten gesenkt und die Investitionen verstärkt werden. Die Priorität des Bildungs- und besonders des Schulbereiches ist politisch nicht strittig. Der Koalitionsvertrag weist eine Vielzahl von Vorhaben aus, die nicht zum Nulltarif zu haben sind. Wir werden in den nächsten Jahren zusätzlich 154 Millionen € für die Bildung aufbringen. Sie werden unter anderem - Kollege Wadephul ist dankenswerterweise schon intensiv darauf eingegangen - für die Notwendigkeit einer verstärkten vorschulischen Sprachförderung und zusätzliche Fördermaßnahmen genutzt.

Da in der Bildungspolitik die Vorstellungen von CDU und SPD am weitesten auseinander liegen, war die allgemeine Erwartung, wenn die Koalitionsverhandlungen scheitern würden, dann am ehesten im **Bildungsbereich**. Dazu ist es nicht gekommen, weil wir

den Willen hatten, gemeinsam etwas zustande zu bringen. Natürlich heben die Kompromisse, die wir gefunden haben, die grundsätzliche Überzeugung beider Parteien nicht auf. Die unterschiedlichen Standpunkte bleiben bestehen und es wird Aufgabe der Parteien selbst sein, um Mehrheiten für ihre Inhalte zu werben.

Der wichtigste schulpolitische Dissenspunkt ist zweifelsfrei die Überzeugung der SPD, das schleswig-holsteinische und das deutsche **Schulsystem** von Grund auf umzugestalten. Dabei ist uns klar, dass der von uns geforderte Umbau hin zur Gemeinschaftsschule kein Projekt für eine Legislaturperiode sein kann, sondern dass dies ein Prozess für drei Legislaturperioden sein muss. Dieses war auch in dem nicht zustande gekommenen Koalitionsvertrag so angelegt. Insofern ist hier eine Position nur fortgeschrieben worden und gleichzeitig - das muss man hinzusagen - eine Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens, zu der wir aufgrund des Koalitionsvertrages selbstverständlich stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Schulen, und zwar nicht nur die bisherigen **Gesamtschulen**, haben die Option - und ich bedanke mich, dass Sie das noch einmal ausdrücklich gesagt haben, Herr Kollege Wadephul -, sich auf Antrag des Schulträgers in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, deren pädagogisches Konzept längeres gemeinsames Lernen über Klasse 6 hinaus und den Verzicht des Wiederholens verankert. Der Streit, ob die Integrierte Gesamtschule in Pansdorf fortgeführt werden soll, bleibt bestehen. Die Schüler, Eltern und Lehrer müssen zumindest mittelfristige Gewissheit haben, wie es mit ihrer Schule weitergeht. Wir haben uns deshalb darauf geeinigt, das Urteil des Verwaltungsgerichts abzuwarten und zu akzeptieren.

In der Frage der **Studiengebühren** gehen die Auffassungen von CDU und SPD ebenfalls auseinander. Wir haben uns darauf geeinigt, dass Schleswig-Holstein in dieser Frage keine Vorreiterrolle einnehmen wird, aber eine Orientierung auf die Entwicklung in Norddeutschland stattfindet. Das ist auch norddeutsche Kooperation, bei der nicht ausgeschlossen werden kann, dass wir uns mittelfristig anders orientieren müssen. Solange es kein schlüssiges Förderkonzept für Studierende gibt, wird durch die Studiengebühr nach meiner persönlichen Auffassung nur die soziale Selektion verstärkt. Dies ist mit den Grundüberzeugungen der SPD nicht in Einklang zu bringen. Wir brauchen für die Weiterentwicklung des Standortes

(Lothar Hay)

Deutschland mehr Studenten und nicht weniger Studenten.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ansiedlung der **Kulturpolitik** in der Staatskanzlei hat bei vielen Kulturschaffenden Bedenken ausgelöst. Wir haben diese Zuordnung im Koalitionsvertrag akzeptiert. Ich hoffe, dass der Ministerpräsident trotz der erheblichen Anforderungen des Amtes der Kulturpolitik den Stellenwert wird geben können, den er ihr gern geben möchte, wie er in seinen Ausführungen angekündigt hat. Wir werden Sie dabei ausdrücklich unterstützen. Kultur hat aus verschiedensten Gründen für Schleswig-Holstein eine hohe Bedeutung. Hier gilt es, noch mehr Vernetzungen hinzubekommen, damit noch mehr Menschen aufgrund des hervorragenden Kulturangebotes in unserem Land nach Schleswig-Holstein kommen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die **Minderheitenpolitik** unseres Landes ist nicht nur bundesweit, sondern europaweit ein Leuchtturm und hat Vorbildcharakter. Wir müssen und werden sie erhalten. Das Bekenntnis des Koalitionsvertrags zur Umsetzung des Abschlusskommuniqués zwischen der Landesregierung und Dansk Skoleforening ist eine wichtige und richtige Entscheidung.

Wie von den kommunalen Landesverbänden mehrfach gefordert, steht im Mittelpunkt einer **Funktionalreform** zunächst eine Überprüfung der Aufgaben des Landes mit dem Ziel, festzuhalten, welche Aufgaben wegfallen können, welche Aufgaben deutlich reduziert werden können. Bei den Aufgaben, die verbleiben, müssen die Verfahren vereinfacht, doppelte Zuständigkeiten abgeschafft und mehr Handlungsspielräume geschaffen werden. Dieser Prozess soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein und die Grundlage für weitere Entscheidungen bilden. Nicht verzichtbare Aufgaben sollen nach Möglichkeit der kommunalen Ebene als Selbstverwaltungsaufgaben übertragen werden. Damit werden gerade in den Kommunen vor Ort die Entscheidungsspielräume gestärkt, erweitert und das ist aus Sicht der SPD-Fraktion auch die dringend notwendige Stärkung des kommunalen Ehrenamtes. Mehr Entscheidungen auf dieser Ebene sind auch wichtig für unser Land.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Dieses Ziel lässt sich aber mit den vorhandenen Verwaltungsstrukturen - da muss man ehrlich zu sich selbst sein - der Kommunen nicht erreichen, da sie auf die Übernahme komplexerer Aufgaben zurzeit nicht ausgerichtet sind. Dies wollen wir mit einer

Verwaltungsstrukturreform erreichen. Damit werden wir neue Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen die politische Eigenständigkeit der Gemeinden erhalten. Daran hat es mit uns auch nie einen Zweifel gegeben. Eine **Gemeindegebietsreform** wird es mit Sozialdemokraten wegen der hohen Identifikation der Menschen in diesem Land mit ihren Gemeinden nicht geben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir wollen aber die Verwaltungen in die Lage versetzen, mehr Aufgaben zu übernehmen und diese gut, effizient und effektiv zu bewältigen. Hinsichtlich der **Kreisgebietsstrukturen** ist die SPD-Landtagsfraktion angesichts einer notwendigen Überprüfung und Neuverteilung staatlicher Aufgaben der Auffassung, dass anstelle der jetzt bestehenden elf Kreise - ich komme aus einer kreisfreien Stadt, davon gibt es vier - neue und leistungsfähige Strukturen treten müssen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einrichtung von vier bis fünf Dienstleistungszentren in Trägerschaft der Kreise ist ein wichtiger Schritt hinsichtlich der Verwaltungsstrukturreform. Mit großem Interesse habe ich die Debatte im Süden des Landes über den Zusammenschluss von Kreisen zur Kenntnis genommen. Allerdings muss ich dazu sagen, diese Entscheidung, welche Veränderung es geben wird, wird nach festgelegten Kriterien und nicht im Windhundverfahren getroffen, sonst bekommen wir im Norden des Landes vielleicht Strukturen, die nicht einer leistungsfähigen Verwaltung eines leistungsfähigen Landes entsprechen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

In der **Innen- und Rechtspolitik** haben wir einschließlich der eingeschränkten Schleierfahndung tragfähige Kompromisse gefunden. Was die zukünftige Ausgestaltung und Arbeit der Polizei angeht, gibt es außer Nuancen bei der DNA-Analyse keine echten Konflikte. Die Polizeireform III wird weiter fortgeführt und wir werden gemeinsam das Ziel verfolgen, die Bürokratie auch bei der Polizei zu verringern, um möglichst viele Polizisten bürgernah einzusetzen.

In der **Arbeitsmarktpolitik** werden wir auch in Zukunft nur begrenzte Möglichkeiten haben, entscheidenden Einfluss auf den Abbau der hohen andauernden Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein zu nehmen. Wir werden aber gemeinsam versuchen, die Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Aber machen wir uns nichts vor, Vollbeschäftigung wird es auf absehbare Zeit nicht mehr geben. Verabschieden wir uns doch endlich von der Illusion, wir würden fast alle zurzeit Arbeitsuchenden in den ersten Arbeitsmarkt vermit-

(Lothar Hay)

teln können. Die Wirklichkeit, der sich unsere Koalition genauso wie die Gewerkschaften und Unternehmen stellen müssen, sieht so aus, dass wir auf Dauer ein Angebot für diejenigen brauchen, die aus den verschiedensten Gründen nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind. Auch die haben ein Recht darauf, unter menschenwürdigen Bedingungen mit einem staatlichen Lohnzuschuss in welcher Form auch immer zu arbeiten, damit sie selbst dazu beitragen können, ihre Alterssicherung aufzubauen, damit sie einen Wert als Mitglieder der Gesellschaft in Schleswig-Holstein haben. Daran wird Hartz IV auch nichts ändern können.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Besondere Aufmerksamkeit werden wir auch in Zukunft darauf richten, Ausbildungsplätze für junge Menschen zur Verfügung zu stellen. Ich bin Ihnen dankbar, Herr Ministerpräsident, dass Sie ausdrücklich noch einmal das **Bündnis für Ausbildung** genannt haben. Das ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Politik, Gewerkschaften und Unternehmen sowie die Kammern in Schleswig-Holstein gemeinsam auch in Zukunft erreichen können, dass möglichst vielen jungen Menschen in Schleswig-Holstein ein Ausbildungsangebot gemacht werden kann.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

In der **Wirtschaftspolitik** geht es in unserem Land vor allem um die Stärkung des Mittelstandes. Wir haben in der Vergangenheit durch das Tarifreuegesetz und durch die Erweiterung der Möglichkeiten für Bürgschaftsbank und mittelständische Beteiligungsgesellschaft versucht zu helfen. Schon allein aus der Interessenlage des Mittelstandes heraus muss die Rolle der Sparkassen im Land stabil gehalten werden. Das sage ich - wie so oft - an dieser Stelle. Allerdings muss man dann auch von den Sparkassen mit aller Deutlichkeit verlangen, dass sie ihrer Rolle als Kreditgeber des Mittelstandes nicht nur gerecht werden, sondern noch deutlicher gerecht werden als im Augenblick und in der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Was die Wirtschaftspolitik im Land betrifft, so gibt es einige Punkte, die man sehr begrüßen kann, aktuelle Entscheidungen, beispielsweise der Norddeutschen Affinerie, zukünftig ihre Rohstoffe über Brunsbüttel anzulanden, nachdem man sich mit der Hansestadt Hamburg offensichtlich nicht - obwohl von der CDU regiert - auf unbürokratische und für die Affinerie zeitlich akzeptable Abfolgen hat einigen können.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt ist die Ansiedlung der Firma REpower in Schleswig-Holstein. Auch das wird unseren Wirtschaftsstandort stärken.

Von einem Sozialdemokraten muss an dieser Stelle erwartet werden, dass er mit einem Wort auf das eingeht, was der Vorsitzende Franz Müntefering mit seiner **Kapitalismuskritik** angestoßen hat. Ich habe sie mit Interesse verfolgt und habe auch mit Interesse gelesen, dass es für seine Kritik an bestimmten Unternehmen und Unternehmern von den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen Unterstützung gab. Aber mir scheint wichtig, dass man mit der Kritik auch diejenigen benennt, die wirklich gemeint sind, und in der Argumentation genug und genau differenziert. Mit einer Pauschalkritik ist überhaupt nicht geholfen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir müssen in Deutschland auch eine Diskussion hinsichtlich der ethischen Verantwortung des Eigenkapitals führen. Das ist eine Diskussion, die federführend von den Kirchen vorangetragen werden könnte. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Auf der Suche nach einer verantwortungsvollen Haltung, die von einem Unternehmer vertreten wird, bin ich auf den Chef der Porsche AG, Wendelin Wiedeking, gestoßen. Bezogen auf Unternehmer-Kollegen - gemeint sein könnte damit vielleicht Herr Ackermann von der Deutschen Bank -, „denen nichts anderes einfällt, als Menschen zu entlassen“, sagt Wiedeking:

„Ja sicher, auch wir haben schon vom Shareholder-Value gehört. Das ändert nichts daran, dass bei uns der Kunde an erster Stelle steht, dann kommen die Mitarbeiter, dann die Geschäftspartner, Lieferanten, Händler und danach die Shareholder. Völlig unangebracht ist es, den Shareholder an die erste Stelle zu setzen. Damit wird die Kraft im Unternehmen beschränkt, man erreicht das Gegenteil und man bewegt die Spirale nach unten.“

Dies sagt der Chef eines der derzeit erfolgreichsten deutschen Unternehmen. Ich glaube, daran sollten wir uns alle orientieren, all diejenigen, die in der Wirtschaft arbeiten. Ich glaube, dann sind wir auf dem richtigen Weg und können auch wieder die Wachstumsraten erzielen, die Sie angesprochen haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

(Lothar Hay)

Der Schutz der Natur, der Umwelt und des Klimas sind gerade für uns im Norden zentrale Aufgaben einer zukunftsfähigen Politik. Die hohe Qualität von Landschaft, Wasser und Luft in unserem Lande ist nicht nur ein weiter auszubauender Standortvorteil, sondern auch die unverzichtbare Lebensgrundlage aller Menschen in Schleswig-Holstein.

Natur- und Umweltschutz bilden die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg, insbesondere für Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und vor allem für den Tourismus. Wer eine dauerhaft positive Entwicklung in diesem so wichtigen Wirtschaftszweig will, der muss Umweltschutz nicht nur praktizieren, sondern auch positiv nach außen darstellen. Auch das ist beste Werbung für unser Land Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist für uns Querschnittsaufgabe und Richtschnur für die Weiterentwicklung der Umweltpolitik. Eine Enquetekommission soll ein Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schleswig-Holstein“ vorlegen.

Es ist aber auch grundsätzlich nicht zu bestreiten, dass es unterschiedliche Bewertungen bezüglich der Umwelt- und Naturschutzpolitik zwischen CDU und SPD gibt. Mit unserer Umweltpolitik hat sich Schleswig-Holstein bundesweit einen guten Namen gemacht, der aus dem Interesse des Landes und seiner Menschen dem Grundsatz nach auch erhalten werden sollte.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden versuchen, die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion in der Diskussion zu überzeugen, dass es ein Rollback in die Zeit vor 1988 mit uns nicht geben wird.

Auch zur Bestandsregulierung von Tierarten, die gravierende Schäden verursachen, werden wir unter Berücksichtigung des Artenschutzes Vorschläge erarbeiten müssen. Dabei sind wir uns unserer Verantwortung für unsere Mitgeschöpfe bewusst, ein unkontrolliertes „Feuer frei“ dürfen wir gemeinsam nicht zulassen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Bei der Politik für die **ländlichen Räume** ist die strukturpolitische Seite zu berücksichtigen. Das heißt, um dem ländlichen Raum eine Zukunft zu geben,

müssen Angebote vor Ort, wie zukunftsfähige kommunale Verwaltung, Postangebote, Einkaufsmöglichkeiten und Sparkassen, auch in der Fläche erhalten bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Hierzu haben auch die Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet.

Gleichzeitig unterstützen wir die Neuorientierung der **europäischen Agrarpolitik** mit der Abkehr von mengenbezogenen Subventionen und der Einführung von entkoppelten Prämien. Wir müssen gemeinsam in der Koalition unseren Beitrag leisten, um den gut ausgebildeten, leistungsfähigen Landwirten in Schleswig-Holstein Standortvorteile zu erhalten und auszubauen. Auch in der Zukunft ist die Landwirtschaft - auch wenn sie mengenmäßig zurückgegangen ist - ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Schleswig-Holstein, den es nicht nur zu erhalten, sondern noch leistungsstärker auszubauen gilt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Bei der **Gleichstellung** von Frauen und Männern sind wir zwar in allen Bereichen vorangekommen, es muss aber auch für die Landespolitik in Zukunft ein wichtiges Thema bleiben. Das ist ein wichtiges Anliegen. Wir wollen die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöhen und ihnen den Zugang zu besser bezahlten und verantwortungsvolleren Positionen ermöglichen. Und wir wollen Männern ermöglichen, mehr Gewicht auf die Familie zu legen. Daher werden wir gemeinsam weiterhin intensiv an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf arbeiten, an umfassender bedarfsgerechter Kinderbetreuung, an Hilfsmöglichkeiten für Familien in Schwierigkeiten und an der sozialen und wirtschaftlichen Absicherung von Alleinerziehenden. Das werden die Ziele sein, mit denen wir uns in diesem Bereich zu beschäftigen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

Und da dies alles nicht selbstverständlich ist, legen wir Sozialdemokraten auch in Zukunft Wert darauf, dass in den größeren Städten und Gemeinden des Landes hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte tätig sind, die sich für die Interessen der Frauen gerade im öffentlichen Bereich einsetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

An einer guten **Betreuung und Pflege** beweist sich die gesellschaftliche Solidarität mit alten, kranken

(Lothar Hay)

und behinderten Menschen. Zu den unabdingbaren Maßnahmen gehören die schrittweise zu verbesserten Leistungen aus der Pflegeversicherung, die nach unserer Meinung wie die Krankenversicherung im Sinne einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickelt werden muss.

Wir werden die ambulante Pflege stärken und den Schutz alter Menschen in Einrichtungen vor mangelhafter Pflege weiter erhöhen. Gerade das, was wir in der Vergangenheit erlebt haben - ich will nun nicht die Namen nennen -, macht deutlich, dass es ein wichtiges Anliegen der Landespolitik sein muss, dass Menschen, die pflegebedürftig sind, diese Pflege fach- und sachgerecht erhalten und dass es nicht weiter zu Mängeln in der Pflege kommt. Das ist eine humane Gesellschaft, das müssen wir erreichen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt bietet unsere Koalitionsvereinbarung eine gute Grundlage für eine sinnvolle, kooperative Zusammenarbeit, die unser Land voranbringen kann. Wenn ich auf grundlegend unterschiedliche Auffassungen hingewiesen habe, so bleiben doch große Bereiche, in denen es fast durchweg eine Übereinstimmung gibt, soweit die Landespolitik betroffen ist. Das macht deutlich, warum wir diese große Koalition eingegangen sind. Diese großen Schnittmengen gibt es im Bereich der Sozialpolitik ebenso wie im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, das gilt für die Wirtschafts- und für die Verkehrspolitik. Deshalb bin ich auf diese Bereiche nicht näher eingegangen.

All diese Dinge, die Sie hier zu den **Verkehrsvorhaben** vorgetragen haben, Herr Ministerpräsident, treffen ausdrücklich auf die Unterstützung der SPD-Fraktion. Das ist immer unser Anliegen gewesen. Wir wissen, dass wichtige verkehrliche Infrastrukturmaßnahmen die Grundlage für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes bilden.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Wir sollten gemeinsam mutig genug sein, um als große Koalition mehr zu versuchen, als nur auf der Ebene des Minimalkonsenses voranzugehen. Viele Menschen im Land haben überzogene Erwartungen an eine große Koalition. Aber sie können zu Recht erwarten, dass wir uns am Riemen reißen, dass wir nicht nur Gremien und Arbeitsgruppen bilden, dass wir nicht Gutachten in großer Zahl erstellen lassen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut! - Beifall der Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU] und Frauke Tengler [CDU])

sondern dass wir nach konkreter Analyse der politischen Situation Vorschläge machen und dann Entscheidungen treffen, die in überschaubarer Zeit positive Veränderungen für das Land bringen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Soll dies alles gelingen, dann müssen die Menschen bereit sein, aufgrund unserer haushaltspolitischen Situation weitere Einschränkungen hinzunehmen. Ich bin mir sicher, sie werden dazu bereit sein, wenn wir ihnen dies mit Offenheit und Deutlichkeit erklären. Zu den weiteren Einschränkungen wird es keine Alternative geben. Das lassen die Zahlen einfach nicht zu.

Die Menschen müssen aber auch selbst mit anpacken. Nur mit Unterstützung der Menschen im Land und einer gemeinsamen Aufbruchstimmung kann es klappen. Wir brauchen Impulse für die Wirtschaft, Impulse für den Arbeitsmarkt und eine positive Grundhaltung bei dem gemeinsamen Projekt „Wir bringen Schleswig-Holstein nach vorn“.

Wir können heute nicht sagen, wo wir in 60 Monaten, am Ende dieser Legislaturperiode, stehen werden; aber wir können alle unsere Energien darauf verwenden, dass es für unser Land in 60 Monaten deutlich besser aussieht.

Lassen Sie uns dies gemeinsam anpacken und den Menschen deutlich machen, dass wir uns mit aller Kraft für sie, für ihre Zukunft und für ihre Kinder einsetzen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich erteile nun dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie SPD gesagt? - Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den beeindruckenden Reden der Kollegen Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD

(Beifall bei CDU und SPD)

kann man als Liberaler nur mit einem großen Wort eines großen Sozialdemokraten antworten: Man hat das Gefühl, hier wächst zusammen, was zusammen gehört.

(Heiterkeit und Beifall)

(Wolfgang Kubicki)

In seiner **Regierungserklärung** stellte der **Ministerpräsident** fest, dass sich die wirtschaftlichen Strukturen weltweit rasant ändern, dass aber unser Land nur unzureichend auf die Herausforderungen dieses Wandels vorbereitet ist. Die Zukunftsmärkte Schleswig-Holsteins sind nicht genügend erschlossen. Schulen, Hochschulen und die Infrastruktur sind vernachlässigt worden. Die Schulden sind, die Kreditaufnahme ist schrecklich hoch, bedrückend hoch. Der geltende Haushalt ist weder klar noch wahr. Es gibt kaum noch finanzielle Spielräume; bei dieser desolaten Finanzlage ist es auch bei äußerster Sparsamkeit längere Zeit nicht möglich, den Haushalt zu konsolidieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, was das Bedrückendste an dieser Feststellung ist? Dies ist die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Björn Engholm vor 17 Jahren in diesem Haus.

Leider ist die Ausgangslage heute schlechter als vor 17 Jahren. Denn im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern ist Schleswig-Holstein unter den sozialdemokratisch geführten Regierungen seitdem stetig zurückgefallen.

Vielleicht kündigte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen heute Morgen gerade deshalb große Taten der großen Koalition an, mit denen Schleswig-Holstein wieder auf Kurs gebracht werden soll, auf den Kurs nach oben weg vom Tabellenende der westdeutschen Bundesländer.

Unser schönes Land hat dabei keine Zeit mehr zu verlieren, sagte er uns. Und jetzt geht sie doch verloren, diese wichtige Zeit für Schleswig-Holstein. Denn es scheint ausgemacht, dass im Herbst der **Deutsche Bundestag** neu gewählt wird. Trotz aller Vorwärtsmarsch-Rhetorik der Landesregierung wird sich bis zur Bundestagswahl gar nichts tun, weil CDU und SPD darum kämpfen werden, gewählt zu werden. Selbstverständlich werden sie nicht miteinander darum kämpfen, sondern gegeneinander.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bundeskanzler hat beschlossen, das Ende der rot-grünen Tragödie um ein Jahr vorzuziehen. Anstatt dieses Ende bis zum Herbst 2006 zu durchleiden, will er mit Rot-Grün lieber kurzen Prozess machen. Dem langen Schrecken zieht er das frühe Ende vor. Denn er will von der SPD retten, was er glaubt, noch retten zu können. Dafür opfert der Kanzler gern die rot-grüne Koalition, wie man heute allenthalben in den Medien lesen kann. Deswegen hat er gestern schon einmal auf eine Koalitionsaussage zugunsten der Grünen verzichtet. Wer will ihm dies verdenken? Schließlich macht sich die wahre Partei der Besserverdienenden bei allen

schmerzhaften Reformen einen schlanken Fuß, denn die grüne Klientel ist nicht betroffen.

Rot-Grün hat schwach angefangen, dann stark nachgelassen und implodiert jetzt. Der Marsch der 68er durch die Institutionen geht zu Ende und endet in einer Sackgasse vor dem Müllhaufen der Geschichte.

(Beifall bei der FDP)

Das herrliche Schauspiel dieser Implosion vollzieht sich in drei Akten und Schleswig-Holstein hat dabei eine ganz herausragende Bedeutung.

Der erste Akt endete am 20. Februar: Die Menschen in Schleswig-Holstein wählten **Rot-Grün** ab. Selbstverständlich wollten die Sozialdemokraten das damals und die Grünen wollen das bis heute nicht einsehen. Sie versuchten ihre Spielzeit zu überziehen, aber eine mutige Seele hat ihnen am 17. März einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Der zweite Akt des rot-grünen Unterganges endete am vergangenen Sonntag um sechs Uhr abends: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen hatten die letzte rot-grüne Landesregierung abgewählt.

28 Minuten später öffnete Franz Müntefering den Vorhang zum Beginn des dritten und letzten Aktes. Enden wird die Implosion von Rot-Grün mit der vorgezogenen Bundestagswahl. Denn wenn der Wahltag geht und Johnny Walker kommt, dann wird Rot-Grün endgültig weg sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum geht das so schnell? Claus Christian Malzahn antwortete hierauf in „SPIEGEL ONLINE“ so - ich zitiere -:

„Wir erleben nichts weniger als den politischen Selbstmord eines deutschen Bundeskanzlers aus Angst vor dem Tod.“

Drastischer - wie immer - formulierte es der Innenminister Schleswig-Holsteins, Dr. Ralf Stegner: Neuwahlen seien Harakiri. Statt in Tom Cruise sieht Herr Dr. Stegner anscheinend in Gerhard Schröder den letzten Samurai. Denn Samurais töteten sich in aussichtslosen Lagen selbst, um der Schmach des Untergangs zu entgehen.

Was hat das alles mit Schleswig-Holstein und der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu tun? Ganz einfach: Bis auf weiteres wird die **Sachpolitik** zum Wohl des Landes vom **Bundestagswahlkampf** verdrängt.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden dies selbstverständlich scharf zurückweisen und mit treuen Augen das Gegenteil behaupten. Wahr bleibt es trotzdem: Der Versuch des Beginns

(Wolfgang Kubicki)

der Sanierung unseres Landes wird erst einmal aufgeschoben. Denn glauben wir Franz Müntefering, dann naht jetzt die Mutter aller Richtungswahlkämpfe und die SPD droht offensichtlich, den Weg in Richtung des 19. Jahrhunderts einzuschlagen.

Rot und Schwarz werden im Land in Deckung gehen, damit die große Koalition nicht von den Querschlägern des Wahlkampfes um die Macht im Bund erschlagen wird. Schwarz-Rot in Kiel wird alles vermeiden, was den Koalitionsfrieden gefährden könnte, zum Beispiel alles, worüber Union und SPD auf Bundesebene im Wahlkampf trefflich streiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen wir das Positive daran: Rot-Grün hat Schleswig-Holstein an den Abgrund regiert und am Abgrund ist schwarz-roter Stillstand immernoch besser als rot-grüner Fortschritt.

(Beifall bei der FDP)

„Besser“ bedeutet aber nicht „gut“. Gut für Schleswig-Holstein wäre ein politischer Kurswechsel, weg vom Abgrund. Allerdings wäre es auch ohne vorgezogene Bundestagswahlen unwahrscheinlich gewesen, dass die **große Koalition** dies erreicht hätte. Erlauben Sie mir, dass ich dieser Skepsis Ausdruck verleihe. Sie wird den **politischen Stillstand** bewahren und verwalten, mehr nicht. Das ist das Wesen großer Koalitionen. Mögen ihre Mitglieder das auch noch so oft verneinen, wahr bleibt es doch. Jede politische Koalition ist ein Zweckbündnis, das einen gemeinsamen Nenner finden muss. Je größer die Mehrheit desto weniger diszipliniert sind die eigenen Reihen. Deshalb ist bei großen Koalitionen der gemeinsame Nenner ein ganz kleiner, denn zu viele koalitionsinterne Interessengruppen müssen befriedigt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Alle wissen das, aber die Mitglieder großer Koalitionen verneinen es immer wieder, um nicht als Nestbeschmutzer dazustehen. Das ist menschlich verständlich, Kollege Stritzl. Wer möchte schon gerne als Nestbeschmutzer gelten? Wahr ist es trotzdem. Große Koalitionen verwalten regelmäßig den Status quo; denn das folgt logisch aus den Umständen ihrer Geburt. Sie sind die Folge eines unentschiedenen Kampfes um die politische Macht. Herr Ministerpräsident, wir hoffen darauf, dass aus den Ankündigungen in Schleswig-Holstein große Taten werden.

Wo steht Schleswig-Holstein am Beginn dieser Zukunft nach 17 Jahren sozialdemokratisch geführter Regierungen?

Wirtschaftskraft und Wohlstand in Schleswig-Holstein sind unter Rot-Grün immer weiter hinter den westdeutschen Flächenländern zurückgefallen. Zusätzlich stagniert der Wohlstand der Menschen.

Schleswig-Holstein hat die höchste Sozialhilfequote der westdeutschen Flächenländer, die zweithöchste Arbeitslosenquote nach Nordrhein-Westfalen und die höchsten öffentlichen Schulden pro Einwohner.

Im **Landeshaushalt** klafft ein Loch von 1,7 Milliarden €, über 20 % der geplanten Nettoausgaben werden auf Pump finanziert, zulasten der kommenden Generationen, allerdings ohne dass diese kommenden Generationen dafür Gegenwerte bekommen. Denn Rot-Grün bezahlte mit den immer größeren Schulden immer weniger Investitionen. Das Geld wurde für den Staatskonsum verbraucht.

Diesem Raubbau fiel auch das Meiste des handelbaren Landesvermögens zum Opfer. Nur die Anteile Schleswig-Holsteins an der HSH Nordbank sind geblieben.

Auferstehend aus diesen rot-grünen Ruinen wendet sich Schleswig-Holstein deshalb nun der schwarz-roten Zukunft zu. Die Sache hat nur einen Haken: Viele der Verantwortlichen des rot-grünen Desasters sitzen eben immer noch an den Schalthebeln der Macht; zum Beispiel Frau Erdsiek-Rave, Frau Dr. Trauernicht-Jordan, Herr Döring und Herr Dr. Stegner. Und viele der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion haben die Hand gehoben für eine Politik, mit der Schleswig-Holstein an den Abgrund regiert wurde, und die Meisten von ihnen aus Überzeugung. - Letzte Woche in der Kabinettspresskonferenz sagte Ute Erdsiek-Rave, die stellvertretende Ministerpräsidentin, zu den Ergebnissen der Steuer-schätzung, den Koalitionären sei „das Landeshemd näher als der Parteirock“. Gerade ihr habe ich das schon letzte Woche nicht geglaubt. - Und mit deren Hilfe soll jetzt angeblich so vieles anders und sogar besser und irgendwann vielleicht auch einmal gut werden, aber nicht in dieser Wahlperiode. Denn in den nächsten fünf Jahren reicht die Kraft der großen Koalition offensichtlich noch nicht einmal für verfassungsgemäße Haushaltspläne.

Das umschreibt der Ministerpräsident beschönigend mit „neuer Offenheit“, es rechtfertigt aber nicht den vorsätzlichen Verfassungsbruch für eine ganze Legislaturperiode, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP)

Ich gebe allerdings zu: Die neue Offenheit ist ein politischer Fortschritt gegenüber Rot-Grün. Der Finanzminister redet die finanzielle Lage des Landes

(Wolfgang Kubicki)

nicht mehr schön. Getreu Machiavellis Ratschlag für die Regierungsübernahme - sei grausam in den ersten Tagen - stellte er als Finanzminister fest: Das Land ist pleite. Recht hat er! Deshalb steht ja auch alles, was der Ministerpräsident heute angekündigt hat, unter einem generellen **Haushaltsvorbehalt**. Wir wollen hoffen, dass es dem Ministerpräsidenten mit seinen Plänen nicht schon bald so ergehen wird wie dem Monarchen in der Geschichte von des Kaisers neuen Kleidern.

Weil das Land kein Geld für teure Programme hat, halten wir es für umso wichtiger, dass die Landesregierung zügig preiswerte, kostenneutrale Signale für einen Politikwechsel in Richtung Aufschwung ins Land sendet, glaubwürdige Signale.

Wir begrüßen deshalb, dass die Landesregierung alle einschlägigen Vorschriften des **Landesrechts** daraufhin überprüfen wird, ob sie über bundes- und europarechtliche Anforderungen hinausgehen, und sie dort zurückstutzen will, wo dies so ist. Gleichzeitig erwarten wir von der Landesregierung, dass sie im Bundesrat dafür eintritt, dass sich der Bund bei der Übernahme von Europarecht genauso verhält, zum Beispiel beim Antidiskriminierungsgesetz.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen, dass die Landesregierung **Genehmigungsverfahren** entschlacken und beschleunigen will, insbesondere durch Beschneidung der Eingriffs- und Verhinderungsrechte der Umweltverwaltung. Wir erwarten allerdings, dass sie ihren Willen auch verwirklicht, Herr Ministerpräsident, und das nicht erst im Jahr 2007, sondern zeitnah, weil die Bürger und Unternehmen des Landes auf ein solches Signal warten.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie bis auf Weiteres auf Doppelhaushalte verzichtet. Denn erstens ist das Hauptargument gegen Doppelhaushalte von CDU und FDP aus der letzten Wahlperiode immer noch richtig: Je schwieriger zukünftige Entwicklungen vorherzusagen sind, desto vorsichtiger sollte man mit langfristigen Bindungen sein. Die Ergebnisse der letzten Steuerschätzung bestätigen die Kritik von CDU - Kollege Wiegard, das ist erst ein paar Wochen her - und FDP am Finanzgebaren von Dr. Stegner.

Zweitens glauben wir zwar dem Kollegen Wiegard, dass er als Finanzminister - anders als Dr. Stegner - bei künftigen Doppelhaushalten gern rechtzeitig nachsteuern möchte, wenn sie aus dem Ruder zu laufen drohen. Aber allein die Ungewissheit, ob er das auch darf, wenn es so weit kommt, wird Investoren verunsichern. Genau das muss die Landesregierung

auf jeden Fall verhindern, wo immer sie es gegenwärtig kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das größte und dringendste Problem in Schleswig-Holstein bleibt die hohe strukturelle **Arbeitslosigkeit**. Im April waren immer noch über 165.000 Menschen offiziell arbeitslos. Die Arbeitslosenquote betrug fast 12 %.

Was will die neue Landesregierung dagegen tun? Im Koalitionsvertrag heißt es dazu unter der Überschrift „Investitionen in die Zukunft Schleswig-Holsteins“:

„Im Schwerpunktbereich Arbeitsplätze und Wirtschaft werden die Mittel auf Schwerpunkte konzentriert, die für das Land von zentraler Bedeutung sind, und auf Anschubfinanzierungen beschränkt.“

Ich sehe die Falten in der Stirn des Kollegen Wadephul. Sprache ist verräterisch und die Erfahrung lehrt uns, dass ungenaue Formulierungen ungenauem Denken entspringen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das sind Lachfalten!)

Von solch gedanklicher Ungenauigkeit der politischen Führung wurde Schleswig-Holstein schon viel zu lange heimgesucht. Ich hätte mir heute gewünscht, dass die Schwerpunkte benannt worden wären, statt nur allgemein, abstrakt im Raum zu stehen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Anscheinend hat Minister Döring das auch gemerkt und ist deshalb mit zwei bereits durchdachten und ausformulierten Vorschlägen in die Öffentlichkeit getreten: Erstens will er die Kompetenzen der **Bundesagentur für Arbeit** radikal beschneiden und zweitens **Kombilöhne** zum zentralen Instrument seiner Arbeitsmarktpolitik machen.

Beides fordern wir seit Jahren. Selbst die Grünen begrüßen, dass sich Minister Döring seine Pläne bei uns sucht. Nur bei der Urheberschaft haben Sie sich leider vertan, Frau Kollegin Heinold: Den Plan, den Bürokratiedrachen BA zu erlegen, hat nicht Guido Westerwelle aus der Taufe gehoben, sondern Heiner Garg mit seinem Antrag vom 6. Februar 2002 hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der übrigens damals von der SPD mit vollmundigen Erklärungen zur Bedeutung der Bundesagentur für Arbeit abgelehnt worden ist. Unabhängig davon be-

(Wolfgang Kubicki)

grüßen wir diese Pläne und den Versuch der Umsetzung.

Die Bundesanstalt für Arbeit ist auf die Verwaltung der Arbeitslosigkeit ausgelegt, senken kann sie sie kaum, besonders weil Nürnberg von den meisten Brennpunkten des Arbeitsmarktes weit weg ist und nur schwerfällig auf regionale Besonderheiten reagieren kann. Mehr Erfolg verspricht deshalb, die Verantwortung für das Fordern und Fördern der Arbeitslosen vom fernen Nürnberg zu uns zu holen. Herr Minister, wir unterstützen Sie hier ausdrücklich.

Kombilöhne begrüßen wir, weil wir es schon lange für sinnvoll halten, statt Arbeitslosigkeit Arbeit zu bezahlen. Denn einer der Hauptgründe für die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland ist der Mindestlohn, der mit den herkömmlichen Lohnersatzleistungen für Langzeitarbeitslose gesetzt wird. Deshalb müssen wir weg vom Lohnersatz und hin zur Lohnergänzung, um Langzeitarbeitslosen wieder ins Erwerbsleben zu helfen.

(Beifall bei der FDP)

Dafür sind Kombilöhne ein geeignetes Instrument, denn mit ihnen werden die Arbeitskosten der Unternehmen gesenkt, während gleichzeitig die Nettoeinkommen der Wiedereinsteiger ein erträgliches, ein auskömmliches Niveau behalten.

Man braucht nicht nur nach Magdeburg zu gucken; das gibt es seit geraumer Zeit auch in Rheinland-Pfalz, übrigens sozialliberal regiert.

Allerdings werden effizientere Vermittlung und Kombilöhne allein das Problem der Massenarbeitslosigkeit höchstens lindern, aber niemals zufrieden stellend lösen. Das wird nur gelingen, wenn mehr Unternehmen mehr investieren und neue Arbeitsplätze schaffen, Arbeitsplätze, die ihren Preis wert sind - patriotische Erklärungen helfen überhaupt nicht weiter -, Arbeitsplätze, die ohne staatliche Förderung bestehen können und die nicht auf Appelle an die Unternehmensverantwortung ausgerichtet sind.

Dafür brauchen wir mehr Wachstum. Der Ministerpräsident hat es vorhin richtigerweise gesagt. **Wirtschaftliches Wachstum** entsteht dort, wo mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt werden. Soll unsere Wirtschaft dauerhaft schneller wachsen, müssen hier bei uns mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt werden. Damit das geschieht, muss es sich für die Hersteller lohnen, hier zu bleiben oder hierher zu kommen, und zwar in Euro und Cent, nicht nur im Verteilen von Orden und Ehrenzeichen. Die Verzinsung des Kapitals, mit dem die Arbeitsplätze für die

Menschen hier geschaffen werden, muss stimmen. Sonst entstehen die Arbeitsplätze hier nicht.

Das Streben nach angemessener Verzinsung, das Streben nach Gewinn zu verteuern, ist diesem Ziel - gelinde gesagt - abträglich. Genau da liegt das zentrale Problem der Kapitalismusdebatte, die Müntefering für die SPD angestoßen hat. Gerade die mangelnde Differenzierung, gerade die Verächtlichmachung von Investoren, die Gewinn für ihr eingesetztes Investment haben wollen, hat dazu geführt, dass sich nicht nur Ackermann und andere angesprochen fühlen - die fühlen sich nicht einmal angesprochen, weil die weltweit agieren und ihnen das, was wir ihnen hier erzählen, relativ gleichgültig ist -, sondern dass viele Handwerksbetriebe, Mittelständler, Unternehmer in kleinen Bereichen, Selbstständige, Freiberufler das Gefühl gehabt haben, sie seien damit gemeint, weil ihr Streben nach Gewinn genauso diskreditiert worden ist, was Müntefering so möglicherweise nicht gemeint hat, was aber so angekommen ist. Das führt zum genauen Gegenteil dessen, was wir brauchen: nicht zu einer Aufbruchstimmung im Land, sondern zu einer Aufbruchstimmung aus dem Land. Das müssen wir verhindern, dem müssen wir begegnen.

(Beifall bei der FDP)

Eine wichtige Rahmenbedingung für mehr private Investitionen in gewinnträchtige Arbeitsplätze ist eine gute, umfangreiche **öffentliche Infrastruktur**. Deshalb begrüßen wir die Pläne der Landesregierung, das nachholen zu wollen, was in den letzten Jahren versäumt wurde. Herr Ministerpräsident, ich hätte mir allerdings gewünscht, dass Sie auch darauf eingegangen wären, dass das Verbreitern von Straßen wichtiger ist als das Verbreitern von Rehbrücken oder Krötentunneln.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Auch hier haben wir in der Vergangenheit erlebt, dass bestimmte Infrastrukturmaßnahmen auf die Bank geschoben wurden, weil zum vermeintlichen Umweltschutz Maßnahmen erforderlich wurden, die die Sache nicht nur verteuert, sondern verzögert haben. Um das an einem konkreten Beispiel zu belegen, frage ich mich, welcher Schwachmat in welcher Behörde auf die Idee gekommen ist, eine Riesenbetonbrücke über die künftige A 21 zwischen Wankendorf und Trappenkamp zu bauen. Hätte es nicht auch eine Holzbrücke getan, vielleicht nicht ganz so breit? Ich frage mich wirklich, ob wir keine anderen Probleme haben, als das Geld für solche Maßnahmen auszugeben!

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wollen allein reicht nicht, großen Plänen müssen auch große Taten folgen, trotz der miserablen Finanzlage. Helfen soll dabei der **Schleswig-Holstein-Fonds**, in dem Mittel für zukunftssträchtige Ausgaben bereitgestellt werden sollen. Das klingt verdächtig nach einem Placebo à la „ziel“ und „Zip“. Wollen wir hoffen, dass die Landesregierung in der neuen Verpackung auch das bietet, was sie verspricht: nicht nur größere Investitionspläne, sondern auch höhere Investitionen. Denn gedachte Straßen bringen keine neuen Arbeitsplätze nach Schleswig-Holstein, dazu können nur gebaute Straßen beitragen.

Die **Wettbewerbsfähigkeit** des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein hängt auch von der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn ab. Wir erwarten daher von der Landesregierung, dass sie nicht nur die Kontakte zu ihnen pflegt, sondern auch zum Wohle des Landes mit ihnen zusammenarbeitet. Diese **Zusammenarbeit** sollte anders aussehen als beim Ferien- und Wellness-Center Nordseeland. Das sollte für mehrere 100 Millionen € bei Husum entstehen und mit ihm bis zu 500 Arbeitsplätze, zusätzlich weitere 700 Arbeitsplätze bei Zulieferern. Aber den Investoren wurden von der Verwaltung offensichtlich immer neue Steine in den Weg gelegt, sodass sie den Standort nach Dänemark verlegt haben, so nah an die deutsche Grenze, dass die Gäste kaum weiter fahren müssen als bis nach Husum. Die Arbeitsplätze entstehen jetzt in Dänemark und die Steuern werden auch dort eingenommen. Diese Art der Zusammenarbeit gegen die Interessen Schleswig-Holsteins sollte die Landesregierung schleunigst beenden.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Deutschland sich entwickeln wird, wird auch ganz entscheidend davon abhängen, wie gut es den Kindern bei uns geht und wie viel sie hier lernen können. **PISA** hat uns gezeigt, wie sehr Rot-Grün sich auch in diesem Politikfeld an der Zukunft Schleswig-Holsteins versündigt hat. Wir begrüßen es daher sehr, dass die Landesregierung alle in dieser Wahlperiode frei werdenden Lehrerstellen wieder besetzen und darüber hinaus zusätzliche Lehrer einstellen will. Das sage ich ausdrücklich.

Angesichts des vielfältigen Nachholbedarfs im schleswig-holsteinischen Bildungswesen einerseits und der knappen Mittel hierfür andererseits halten wir es aber für völlig verfehlt, dass die Landesregierung das bewährte dreigliedrige Schulsystem nun durch Ganztageseinheitsschulen schwächen will; denn das Geld, das dafür verschwendet werden soll, könnte

nutzbringend für mehr und noch besseren Unterricht an leistungsfähigen Schulen ausgegeben werden. Wir können uns in unserem Flächenland auf Dauer doch nicht drei verschiedene Systeme nebeneinander leisten. Es muss hier entschieden werden, mit welcher **Struktur** die **Bildung** bei uns organisiert werden soll.

Das müssten eigentlich auch die Sozialdemokraten wollen, Herr Kollege Hay; denn die PISA-Ergebnisse für Deutschland haben gezeigt, dass Kinder aus ärmeren Familien gerade an den Gesamtschulen überproportional benachteiligt sind. Das ist etwas, was auch uns überrascht hat. Alle Schularten des dreigliedrigen Schulsystems mildern den Einfluss der Herkunft der Kinder viel stärker ab. Am stärksten gelingt das übrigens bei den Gymnasien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion, jetzt, da Sie nicht mehr an den grünen Verhinderer gekettet sind, könnten Sie sich doch einen Ruck geben und den grünen Schulideologieballast abwerfen. Den Kindern in Schleswig-Holstein täten Sie damit einen großen Gefallen.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Ankündigungen des Ministerpräsidenten zur Forschungs- und Hochschulpolitik möchte ich nur zwei Fragen stellen, Peter Harry Carstensen.

Erstens, Herr Ministerpräsident, stellen Sie vorhin fest, dass in Schleswig-Holstein in der Bio- und Gentechnik auf höchstem Niveau geforscht wird. Das unterstreichen wir. Wie wollen Sie aber dazu beitragen, dass diese schleswig-holsteinische **Spitzenforschung** auch in Schleswig-Holstein angewendet werden darf, sodass sie hier die Wertschöpfung steigert und bei uns neue Arbeitsplätze schafft.

Zweitens fragt man sich, warum Eltern aller Einkommensklassen 700 € bis 800 € Kindergartenbeitrag pro Semester zahlen müssen, während Studenten gebührenfrei studieren dürfen, obwohl Studenten überdurchschnittliche Einkommenserwartungen haben. Wir alle wissen, dass gerade auch wegen dieser Unausgewogenheit Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen an den öffentlichen Hochschulen stark unterrepräsentiert sind. Das ist übrigens anders als an privaten, gebührenfinanzierten Hochschulen. Warum also zögern Sie mit der Einführung von **Studiengebühren**? Warum wollen Sie nicht wenigstens Studiengebühren für Langzeitstudenten einführen?

Zur **inneren Sicherheit**! Zu Beginn sagte der Ministerpräsident, er setze auf Freiheit. Davon ist bei der Innenpolitik nicht viel zu spüren. Regelmäßige DNA-Analysen, flächendeckendes, automatisches Überwachen von Kraftfahrzeugkennzeichen - wo sonst sollte

(Wolfgang Kubicki)

man Gesuchte erkennen können? -, verdachtsunabhängige Fahndung, Ausweitung der Video- und Telefonüberwachung: Wo bleibt die Freiheit, die Sie meinen, Herr Ministerpräsident? Den Bürgern immer mehr Rechte nehmen zu wollen, um ihre Bürgerrechte zu schützen, ist widersinnig.

(Beifall bei der FDP)

Um die Bürger noch besser zu schützen, brauchen wir nicht mehr und schärfere Gesetze, wir brauchen mehr und besser bezahlte Polizisten; denn dann könnten die vorhandenen Gesetze angemessener durchgesetzt werden. Das brächte tatsächlich mehr Sicherheit.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Jetzt kommen wir zur Verfassungswidrigkeit!)

Deshalb wäre es besser, endlich die **zweigeteilte Laufbahn** bei der Polizei voranzutreiben, wie es die CDU gemeinsam mit der FDP im Wahlkampf gefordert und für den Fall des Wahlsieges auch versprochen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Kollege Wadephul, auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet, weil der Ministerpräsident, der Kollege Schlie und ich gemeinsam bei mehr als einem Dutzend Veranstaltungen in Kenntnis der Haushaltslage darüber gesprochen haben. Niemand von uns ist ernsthaft überrascht worden. Der Ministerpräsident hat bei seinen Wahlkampfreden von einer **Nettoneuverschuldung** von 1,5 Milliarden € geredet, ich habe von 1,7 Milliarden € mit einer steigenden Tendenz gesprochen. Kollege Schlie und Herr Carstensen, trotz dieser Erkenntnis haben wir auf Wahlkampfveranstaltungen versprochen, man könne sich bei einem Wahlsieg auf uns und unser Wort verlassen, dass innerhalb von zehn Jahren die zweigeteilte Laufbahn umgesetzt und der Beförderungsstau aufgelöst wird.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Zehn Jahre haben Sie gesagt!)

- Kollege Wadephul, wir sitzen - aus unserer Sicht bedauerlicherweise - jetzt nicht in der Regierung. Gleichwohl ist die Frage des Vertrauens in die politische Führung und in das Wort, das gegeben worden ist, zentral. Sie harrt auch hier weiter ihrer Beantwortung. Anscheinend ist die Freiheit, auf die der Ministerpräsident in diesem Fall setzt, die freundliche Umschreibung dafür, dass er seine Wahlversprechen gegenüber denen brechen will, die im Zweifel ihre Haut für die Sicherheit unserer Freiheit zu Markte tragen sollen. Ich finde das schade.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neue Landesregierung ist erst einen Monat im Amt. Sie hatte noch keine Chance zu beweisen, wie ernst sie ihre eigenen Ankündigungen nimmt. Vieles, was der Ministerpräsident angekündigt hat, haben wir selbst in unserem Wahlprogramm vorgeschlagen, besonders in den Bereichen Bildung, Investitionen und Arbeit. Zu diesen Vorschlägen stehen wir. Dass die neue Landesregierung besser für Schleswig-Holstein ist als die alte, steht außer Frage. Am Abgrund wäre rot-grünes Fortschreiten auf jeden Fall schlechter als schwarz-roter Stillstand. Ich habe es bereits gesagt.

Gut ist das aber noch lange nicht. Ebenfalls außer Frage steht nämlich, dass schwarz-roter Stillstand viel zu wenig ist, um die Lage der Menschen in Schleswig-Holstein zu verbessern. Die große Koalition, die erste in der Geschichte unseres Landes, sieht sich großen Erwartungen gegenüber: mehr Arbeitsplätze, mehr Wachstum, mehr Bildung für unsere Kinder und weniger Schulden. Wir haben das lange für Schleswig-Holstein gefordert. Jetzt steht es so im Koalitionsvertrag geschrieben und der Ministerpräsident hat es in seiner Regierungserklärung wiederholt. Deshalb wünschen wir uns, dass er seine Ankündigungen wahr macht und für die Menschen im Land etwas bewegt. Wir wünschen dem Ministerpräsidenten den Erfolg, den die Menschen hier in Schleswig-Holstein so dringend brauchen, damit das Land lebensfähig bleibt und wir hier im Norden nicht schon bald das Licht ausknipsen müssen.

Wir als FDP-Fraktion haben in den vier Wahlgängen an jenem denkwürdigen 17. März dieses Jahres Peter Harry Carstensen den Weg ins Amt geebnet. Unter den gegebenen Umständen werden wir einen Teufel tun, die neue Regierung aus der Opposition heraus nur deshalb zu kritisieren, weil die Opposition diese Regierung kritisieren muss. Wir haben keine Zeit mehr für diese Rituale. Jeder Tag, der vergeht, ohne dass die Regierung das Richtige tut, ist ein verlorener Tag. Wir werden die große Koalition an ihren Taten und nicht an dem, was sie ankündigt, messen, Kollege Wadephul. Wir werden die Dinge tun, von denen wir meinen, dass sie getan werden müssen. Dies ist in der Rolle der Opposition in dieser Wahlperiode ungleich schwieriger, zumal sich einer der Mitverantwortlichen für das festgestellte Desaster nunmehr ebenfalls in der Opposition befindet. Ein weiteres Highlight meines Lebens: Ich hätte nie zu träumen gewagt, dass sich bei der Rede der Kollegin Lütkes eine Sehnsucht nach Karl-Martin Hentschel in mir entwickelt.

(Heiterkeit bei FDP, SPD, CDU und SSW)

Haben Sie Vertrauen zu uns. Wir sind bisher noch mit allem fertig geworden.

(Wolfgang Kubicki)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, wir wünschen Ihnen und vor allen Dingen Ihnen, sehr verehrter Herr Finanzminister Wiegard, in den nächsten Wochen und Monaten die notwendige Kraft zur Durchsetzung der wichtigen Entscheidungen für unser Land.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich erteile der Vorsitzenden des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die fetten Jahre sind vorbei“ - so heißt ein aktueller deutscher Film. In der Tat scheint dieser Filmtitel auszudrücken, was viele Menschen auch in Schleswig-Holstein im Jahre 2005 befürchten, wenn sie an ihre Zukunftsaussichten denken.

Es hat sich das dumpfe Gefühl breit gemacht, dass die Bundesrepublik den großen Herausforderungen in den Zeiten einer globalisierten Weltwirtschaft immer weniger genügt. Dabei hat viele Mitbürgerinnen und Mitbürger am meisten verunsichert, dass die Arbeitslosenzahl im Januar 2005 zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik auf über 5 Millionen angestiegen ist. Die Menschen haben schlichtweg Angst um ihre Zukunft. Wer will es ihnen verdenken?

Es ist ja kein Zufall, dass die Kapitalismuskritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering den Nerv vieler Bürger trifft, auch wenn der Anspruch der Regierungspartei SPD und das Regierungshandeln der SPD-geführten Bundesregierung dabei weit auseinander klaffen. Viele Arbeitnehmer fühlen sich angesichts der massiven Arbeitsplatzverluste machtlos und im Stich gelassen.

So sehen große Teile der Mittelschicht die Einführung von **Hartz IV** nicht als Teil der notwendigen Modernisierung des Staates, sondern als Vorboten des sozialen Abstiegs an. Der Glaube daran, dass die Politik diese Probleme in einer globalisierten Welt in den Griff bekommt, ist vielen Menschen leider abhanden gekommen. Zu oft haben Politikerinnen und Politiker jedweder Parteifarbe sie enttäuscht. Darüber können auch die letzten Wahlerfolge von CDU und FDP nicht wirklich hinwegtäuschen. Denn den Umfragen nach glauben die Menschen nicht, dass diese Parteien die dringenden Zukunftsfragen lösen können. Dabei wissen die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl, dass Reformen notwendig sind, um das Land wieder auf die Beine zu bringen. Sie wollen aber gerechte Reformen, die nicht nur auf dem Rücken der sozial Schwachen ausgetragen werden. Sie wollen funktio-

nierende Reformen, die kein Stückwerk sind oder im politischen Kampf zwischen Bundestag und Bundesrat bis zur Unkenntlichkeit zerrieben werden.

Vor diesem bundespolitischen Hintergrund und auch wegen der vielen hausgemachten Probleme kann es am Ende trotz der großen Beliebtheit von Heide Simonis nicht überraschen, dass auch die rot-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl im Februar mit starken Stimmenverlusten abgestraft wurde. Allerdings bekam keiner der beiden politischen Blöcke im Landtag eine eigene Mehrheit. In dieser Situation war es für den SSW selbstverständlich, das Land nicht unregierbar zu machen und auf der Grundlage seiner Wahlziele Verantwortung zu übernehmen.

Es gab deshalb nach dem 20. Februar mit der Tolerierung einer Minderheitsregierung durch den SSW eine Alternative, die das Parlament gestärkt und für Schleswig-Holstein eine neue politische Kultur bedeutet hätte. Dazu steht der SSW weiterhin.

Es hat dann nicht sollen sein. Die Gründe sind bekannt und hinreichend debattiert worden. Auch aus unserer Sicht gab es nach der gescheiterten Wahl der Ministerpräsidentin am 17. März nur noch die Möglichkeit, eine große Koalition von CDU und SPD zu bilden, wenn man denn nicht Neuwahlen wollte. Das heißt aber im Umkehrschluss nicht, das wir eine große Koalition kritiklos unterstützen werden. Der SSW wird die neue Landesregierung an ihren eigenen Ansprüchen und Taten messen: Wir werden etwaige Schwächen und Ungereimtheiten klar ansprechen, wann immer es nötig ist. Wir werden aber auch - als kritische und konstruktive Oppositionspartei - wie in der Vergangenheit versuchen, mit eigenen Vorschlägen und Initiativen die Mehrheit dieses Hauses von unserer Politik zu überzeugen. Das entspricht unserem skandinavischen Politikverständnis und wird unserer Verantwortung dem Land und den Wählerinnen und Wählern gegenüber gerecht.

Dennoch ist die Ausgangslage eine andere als bei früheren Landesregierungen. Denn mit der Bildung einer großen Koalition betritt Schleswig-Holstein absolutes Neuland. Die beiden Koalitionspartner waren sich bisher nur in ihrer politischen Ablehnung herzlich einig. Man wird sehen, ob diese Koalition wirklich vernünftig regieren kann oder ob es eine Notlösung bleibt, die sich nur auf einem Minimalkonsens einigen kann.

„Große Koalitionen sind immer großer Stillstand“ - so äußerte sich erst jüngst der neue Generalsekretär der FDP mit Verweis auf die Bonner Erfahrungen aus den 60er-Jahren. Auf Landesebene gibt es vielleicht

(Anke Spoorendonk)

in dem einem oder anderen Bundesland bessere Erfahrungen. Aber auch für den SSW gilt: Die große Koalition in Schleswig-Holstein muss ihren Wert erst beweisen.

Der neue Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung sehr deutlich gemacht, dass Schleswig-Holstein vor enormen Herausforderungen steht. Er hat in seiner Regierungserklärung schonungslos die Probleme des Landes angesprochen. Schleswig-Holstein hat mit fast 165.000 **Arbeitslosen** den höchsten Stand seit Anfang der 50er-Jahre zu verzeichnen. Auch das **Wirtschaftswachstum** in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren sehr mäßig entwickelt und die **Investitionsquote** ist viel zu niedrig.

Die größten Herausforderungen sind die leeren Kassen und der Schuldenberg des Landes. Die neue Steuerschätzung mit ihrem Milliardenloch für Schleswig-Holstein ist katastrophal, aber nicht überraschend und zeigt, dass wir in der **Finanzpolitik** einen sehr langen Atem brauchen. Deshalb ist klar, dass eine der zentralen Aufgaben dieser Legislaturperiode ist, eine solide und nachhaltige Finanzpolitik zu machen.

Aus Sicht des SSW ist es dabei positiv, dass auch die CDU eingesehen hat, dass das Land mit Sparen allein nicht aus der Krise herauskommt. Es bleibt also dabei: Wir können das Land nicht kaputtsparen, weil wir für politische Akzente einen finanziellen Spielraum beibehalten müssen. Das Land braucht weiterhin Geld für Investitionen in Bildung, in Infrastruktur und in Technologie.

Der SSW fordert die Landesregierung dazu auf, verbindliche und transparente Kriterien für die Sanierung des Haushalts aufzustellen. Es muss klar gesagt werden, wo man sparen will und welche **Strukturänderungen** - zum Beispiel in den Verwaltungen des Landes - durchgeführt werden sollen. Aus der Regierungserklärung geht dies noch nicht ausreichend hervor. Eine Sparpolitik nach dem Rasenmäherprinzip lehnen wir jedenfalls weiter ab. Es muss deutlich werden, wohin die Reise geht und welche Ziele mit den Sparmaßnahmen verwirklicht werden sollen. Diejenigen, die behaupten, dass Schleswig-Holstein allein durch eine massive Senkung der Ausgaben seinen Haushalt sanieren könne, streuen der Öffentlichkeit Sand in die Augen. Wir brauchen auch höhere Einnahmen. Finanzminister Wiegard hat im **Finanzausschuss** darauf hingewiesen, dass die Steuereinnahmen in diesem Jahr nur noch auf dem Niveau von vor 1998 sind.

Deshalb muss sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Politik einsetzen, die zum wirtschaftli-

chen Aufschwung, zum Abbau der Arbeitslosigkeit und somit zu höheren Steuereinnahmen führt. Alles dies kündigt der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung an. Allerdings kann man sich über den richtigen Weg dahin streiten. Aus Sicht des SSW kann sich Schleswig-Holstein nämlich weitere Steuersenkungen nicht leisten. In dieser Situation würden weitere Steuergeschenke für Unternehmen und Spitzenverdiener nur noch größere Löcher in die Kassen der Gemeinschaft reißen. Die Bundesregierung hat der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern mit ihrer Steuerreform über 50 Milliarden € steuerliche Entlastungen beschert. Bisher sind diese Steuerentlastungen fast ohne jede Wirkung verpufft. Deshalb ist es schon verwunderlich, dass man dem kranken Patienten weiterhin genau diese Medizin verpassen will.

Um das Wirtschaftswachstum voranzubringen, die Arbeitslosigkeit zu senken und somit die Steuereinnahmen zu erhöhen, muss auch der Umbau der **Sozialsysteme** vorangebracht werden. Dabei unterstützt der SSW eine Senkung der Lohnnebenkosten durch die schrittweise Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wichtig ist, dass die Erhöhung der **Mehrwertsteuer** nicht für die Haushaltsanierung benutzt werden darf. Sie könnte die öffentlichen Finanzen dennoch positiv beeinflussen. So hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Frühjahr Berechnungen darüber vorgelegt, welche Auswirkungen so eine Initiative für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft hätte. Bei einem schrittweisen Vorgehen über mehrere Jahre könnten bis zu einer Million neuer Arbeitsplätze entstehen. Gleichzeitig würde die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte und der Sozialkassen stark verbessert werden.

Die alte Landesregierung hatte entsprechende Initiativen im Bundesrat angekündigt. Wir hoffen, dass sich die neue Regierung dem anschließen wird. Denn es sind nicht nur die üblichen Verdächtigen, die diese Forderung unterstützen. Auch der Präsident der Handwerkskammer Flensburg, Carsten Jensen, befürwortet dieses Modell nach skandinavischem Vorbild. Darum geht es. Denn gerade in den **lohnintensiven Bereichen** wie Handwerk, Bau und Dienstleistung könnten dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. Das in der Regierungserklärung erwähnte **Magdeburger Modell** zur Senkung der Lohnnebenkosten bei den untersten Lohngruppen ist zwar ein vernünftiger Anfang, greift aber aus unserer Sicht zu kurz.

Kurzfristig geht es jedoch auch darum, Einnahmeverbesserungen der öffentlichen Hand über eine bessere **Binnenkonjunktur** zu erreichen. Deshalb müssen das Land und der Bund alles unternehmen, um die Binnennachfrage zu stärken. Dazu sollten wir in

(Anke Spoorendonk)

Schleswig-Holstein vor allem die Investitionen im Straßenbau, im Wohnungsbau, für die Werften oder für regionale Projekte auf so hohem Niveau wie möglich fortführen. Das stärkt die heimische Wirtschaft, insbesondere die Bauwirtschaft, die in den letzten Jahren schwer gelitten hat. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Ministerpräsident dies in seiner Rede angesprochen hat.

Auch bei den Investitionen muss man Prioritäten setzen. Der SSW fordert deshalb die Landesregierung auf, den Ausbau des **Flughafens Kiel-Holtenau** endlich ad acta zu legen. Angesichts der katastrophalen Lage der Landesfinanzen muss die Landesregierung verantwortungsvoll handeln und das Geld stattdessen in zukunftssträchtige Projekte stecken.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einführung des **Tariftreuegesetzes** bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen hat sich für die schleswig-holsteinische Wirtschaft zu einem wichtigen Faktor entwickelt. Das Gesetz trägt nämlich zu einem fairen Wettbewerb bei, indem es Lohndumping - insbesondere von ausländischen Unternehmen - verhindert. Der SSW fordert daher, dass das Tariftreuegesetz nicht - wie geplant - in dieser Legislaturperiode ausläuft, sondern verlängert wird.

Der SSW will die **soziale Verantwortung** für die Wirtschaft und einen aktiven Staat, der vernünftige Rahmenbedingungen schafft. Die Forderung der Regierungserklärung nach einer „Vorfahrtsregel für Wirtschaft und Arbeit“ hört sich zwar im ersten Moment gut an, es kommt aber sehr auf die praktische Umsetzung an. Erst einmal trägt die Landesregierung mit ihrer Ankündigung, die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Landesdienst deutlich zu senken, zu einer höheren Arbeitslosigkeit bei.

Der Ministerpräsident hat Recht, wenn er sagt, dass Schleswig-Holstein ein guter **Standort** für die **Wirtschaft** ist. Dies war übrigens schon vor dem 20. Februar so. Das belegen auch Zahlen der Wirtschafts- und Technologietransferzentrale Schleswig-Holstein, die besagen, dass Schleswig-Holstein seinen Anteil an den Unternehmensansiedlungen 2004 mit 29 % nochmals steigern konnte. Diese positive Entwicklung muss die Landesregierung weiterhin aktiv mit gezielter Förderung begleiten. Dabei unterstützen wir, dass die einzelbetriebliche Förderung wieder eine wichtigere Rolle bei der Wirtschaftsförderung des Landes bekommen soll.

Gerade die **Ostseekooperation** ist eine große Chance zur weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins. Wir begrüßen daher, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung auf die verstärkte Ostseekooperation mit den neuen EU-Mitgliedern hinweist. Wir hoffen, dass die Ankündigungen, die Ostseekooperation auszubauen und zu vertiefen, auch in die praktische Regierungsarbeit einfließen. In den letzten Jahren hat man sich zu wenig um diesen wichtigen Teil der schleswig-holsteinischen Landespolitik gekümmert.

Diese Kritik gilt in gewisser Weise auch für die **deutsch-dänische Zusammenarbeit**. Mit anderen Worten: Der SSW vermisst weiterhin entscheidende Perspektiven für die deutsch-dänische Zusammenarbeit. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit spielt in der Regierungserklärung leider kaum eine Rolle. Auch über die Kooperation der Flensburger Hochschulen mit der Syddansk Universität wird keine Silbe verloren. Eine stärkere deutsch-dänische Zusammenarbeit ist aber eine wichtige Zukunftsperspektive, und zwar nicht allein für die nördliche Region, sondern für Schleswig-Holstein insgesamt. Deshalb muss endlich ein Leitbild für die deutsch-dänische Zusammenarbeit entwickelt werden. Wenn sich die dänischen Ämter ab 2007 zur Region Syddanmark zusammenschließen, wird die Landesregierung als direkter Partner der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wieder wichtiger werden.

Regionalpolitisch befürchtet der SSW, dass der **Norden des Landes** im Vergleich zur Achse Kiel-Lübeck-Hamburg vernachlässigt wird. Ich weiß, der Ministerpräsident hat uns in seiner Rede beruhigen können. Ich glaube ihm auch, ich möchte aber trotzdem darauf hinweisen, dass wir genau hingucken werden, lieber Kollege Hay. Der Eindruck bleibt bestehen, dass die große Koalition doch sehr gebannt auf die Metropolregion Hamburg schaut und dass wir aufpassen müssen, dass man nicht mit dem falschen Ende des Fernrohrs auf den Norden guckt.

(Beifall beim SSW)

Wenn sich der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zum **ländlichen Raum** bekennt, dann muss seine Regierung ihr Augenmerk gerade auf den strukturschwachen Landesteil Schleswig richten. Es ist richtig, das hat er gesagt. Dabei geht es uns aber auch darum, dass in dieser Region nicht nur die Landwirtschaft und der Tourismus gefördert werden. Der SSW fordert, dass sich auch andere zukunftsfähige Branchen im Norden entwickeln können. Wir erwarten daher, dass sich die Landesregierung klar zur Förderung der wirtschaftspolitischen Cluster in Flensburg und Husum bekennt. Dazu gehört auch,

(Anke Spoorendonk)

dass der Ausbau der Windenergie weiterhin hohe Priorität genießt, damit das wirtschaftliche Potenzial des Nordens voll ausgeschöpft werden kann.

(Beifall beim SSW)

Für den nördlichen Landesteil mit seinen über 300 Kommunen wäre auch eine **Verwaltungs- und Gebietsreform** zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wichtig. Die bisherigen Vorschläge der Landesregierung für eine Verwaltungsstrukturreform ohne Gebietsreform sind aber weder wirkungsvoll noch sehr mutig. Wir meinen, dass die Reformen am schwächsten Glied, das heißt bei den Kommunen, anfangen müssen. Dabei haben 30 Jahre Freiwilligkeit gezeigt, dass wir so nicht weiterkommen. Wir brauchen eine Kommunalreform, die größere und stärkere Kommunen schafft, und nicht nur eine Reform der Verwaltungen, wie sie in der Regierungserklärung angekündigt wird. Deshalb muss die Landesregierung Druck machen und bis zur nächsten Kommunalwahl auf gesetzlichem Weg die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Wichtig ist aber auch, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine kommunale Finanzreform einsetzt, denn die Kommunen stecken nicht zuletzt wegen der zusätzlichen Kosten durch die **Hartz-IV-Reform** in einer schweren Finanzkrise. Im Übrigen ist es in diesem Zusammenhang ziemlich dreist, wenn die Bundesregierung im Herbst wegen der explosiven Kostenentwicklung bei Hartz IV Nachforderungen an die Kommunen stellen will. Ausgangspunkt war einmal, dass die Kommunen durch Hartz IV finanzielle Entlastungen bekommen sollten. Die Arbeitsmarktreform Hartz IV erweist sich unserer Meinung nach immer mehr als eine katastrophale Fehlleistung der Bundesregierung.

(Beifall beim SSW)

Es muss endlich darum gehen, dass die Bundesagentur die Arbeitslosen vermittelt und nicht nur verwaltet. Zu einer modernen **Arbeitsmarktpolitik** gehören also nicht nur Pflichten für Arbeitslose, sondern auch Rechte. Der SSW will weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die den arbeitslosen Menschen das Recht zusichert, spätestens nach einem Jahr ein Jobangebot, ein Weiterbildungsangebot, ein Qualifizierungsangebot oder ein Ausbildungsangebot zu erhalten. Mit so einem Angebot entgehen wir der Gefahr, dass die Menschen überhaupt erst in die Langzeitarbeitslosigkeit kommen, aus der es so schwer ist herauszukommen. Alle Statistiken belegen, dass wir dort ein massives Problem haben.

Auch wenn der Ministerpräsident neue arbeitsmarktpolitische Konzepte ankündigt, haben wir die Be-

fürchtung, dass die neue Regierung diese aktive Arbeitsmarktpolitik nicht wirklich will oder meint, sie sich nicht leisten zu können. Die Maßnahmen, die allgemein mit dem zweiten Arbeitsmarkt umschrieben werden, müssen aber aus unserer Sicht unbedingt erhalten bleiben. Das hat auch etwas mit der Situation von Langzeitarbeitslosen und mit den Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt insgesamt zu tun.

(Beifall beim SSW)

Bei der zu erwartenden harten Sparpolitik werden wir darauf achten, dass die soziale Balance im Land nicht gefährdet wird. Bereits heute stehen viele sinnvolle soziale Einrichtungen unter starkem Umstrukturierungsdruck oder sind in Gefahr, geschlossen zu werden. So droht zum Beispiel die Infrastruktur der **Jugendaufbauwerke** in Schleswig-Holstein zusammenzubrechen. Die Jugendaufbauwerke leisten aber seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit für die berufliche Zukunft der Jugendlichen in unserem Land.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Einrichtungen durch eine widersinnige Ausschreibungspraxis zerstört werden. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich auf Bundesebene für den Erhalt solcher Strukturen einsetzt.

(Beifall bei SSW und SPD)

Der SSW wird die Landesregierung auch an ihr Versprechen erinnern, dass bei den **Kindertagesstätten** nicht gespart werden soll. Das, was zu den niedrigen Geburtenraten gesagt worden ist, hat natürlich weiterhin seine Richtigkeit. Wer meint, dass wir diese Geburtenraten nur ändern können, wenn wir eine verbesserte Betreuung hinbekommen, hat natürlich auch Recht, denn solche Infrastrukturmaßnahmen der Kinderbetreuung gehören ganz einfach zu einem modernen und zukunftsfähigen Gemeinwesen.

Der Ministerpräsident hat gesagt, dass Schleswig-Holstein seine Braut ist. Wir hoffen deshalb, dass er seine neue Braut ordentlich behandelt und dass er nicht der letzte Ministerpräsident Schleswig-Holsteins sein wird. Er hat das heute noch einmal bestätigt.

Ich wiederhole also: Der SSW will keinen Nordstaat. Wir wollen ihn auch nicht durch die Hintertür. Wir brauchen aber eine **Föderalismusreform**, damit die Bundesländer lebensfähig bleiben. Es müssen endlich klare Zuständigkeiten, weniger zustimmungspflichtige Gesetze und im Gegenzug in wichtigen Politikfeldern mehr Handlungsspielräume für die Länder geschaffen werden.

(Beifall beim SSW)

(Anke Spoorendonk)

Die Landesregierung und der Landtag müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, damit wir endlich eine echte Reform unseres Föderalismus bekommen.

Manche Versprechungen aus dem Wahlkampf müsste die CDU-geführte Landesregierung bereits angesichts der realen Faktenlage wieder einsammeln. Wir werden uns zu einem späteren Zeitpunkt noch um diese Punkte streiten. Als Stichwort nenne ich die **Umweltpolitik** und die Aussage der Landesregierung, dass die gemeldeten NATURA-2000-Gebiete zurückgenommen werden sollen, dass man das im Wahlkampf so versprochen habe. Die angekündigte Überprüfung der Vogelschutzgebietskulisse auf Eiderstedt und in der Eider-Treene-Sorge-Region begrüßt der SSW auf jeden Fall. Wir halten es aber für einen Fehler, dass die Landesregierung die Option zur Anhebung der Grünlandprämie rückgängig machen will. Damit schadet sie gerade den Bauern auf Eiderstedt, denen eine Erhöhung der Grünlandprämie in Aussicht gestellt worden ist.

(Beifall beim SSW)

In der Regierungserklärung geht der Ministerpräsident verständlicherweise nur zaghaft auf das Thema **Gemeinschaftsschule** ein. Man kann sich daher auch kaum vorstellen, dass die Landesregierung in diesem Bereich wirklich weiterkommt. Der SSW vermisst im Schulbereich den großen Sprung nach vorn, wie es nach PISA eigentlich angemessen wäre. Es wird also in den nächsten Jahren eher darum gehen, Eltern, Lehrer und Schüler davon zu überzeugen, dass Schulstrukturänderungen notwendig sind, wenn man international mithalten will.

Auch die Weiterentwicklung der **Hochschullandschaft** muss in Schleswig-Holstein weiterhin Priorität haben. Aber die notwendige Finanzierung darf nicht auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen werden. Die Studiengebührenkompromisse zwischen CDU und SPD, auf die auch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung hinweist, sind aus unserer Sicht völlig unzureichend. Indem man den Landesparlamenten in Hamburg, Hannover, Schwerin und Bremen die Entscheidung überlässt, verabschiedet man sich praktisch aus der Debatte und gibt den Studiengebührenbefürwortern nach. Die Einführung von Studiengebühren löst aber nicht die Finanzierungsprobleme der Hochschulen. Sie verkürzt kein Studium, schreckt aber dafür Studierwillige ab.

Für den SSW ist es von überragender Bedeutung, dass die erfolgreiche **Minderheitenpolitik** der letzten 20 Jahre auch von der neuen Landesregierung fortgesetzt wird. Der Ministerpräsident hat bereits erklärt, dass die Minderheitenpolitik für die Landesregierung

weiterhin einen hohen Stellenwert hat. Das begrüßt der SSW ausdrücklich. Dazu gehört auch, dass Peter Harry Carstensen mit Caroline Schwarz als Minderheitenbeauftragte eine gute Wahl getroffen hat.

(Beifall beim SSW)

Dennoch gilt unser Dank auch der bisherigen Minderheitenbeauftragten Renate Schnack, die in den letzten fünf Jahren viel für das positive Miteinander von Mehrheit und Minderheit erreicht hat.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen wird am Sonntag zusammen mit dem dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen am traditionellen Jahrestreffen der dänischen Minderheit in Flensburg teilnehmen. - „Hjertlig velkommen, herr ministerpräsident!“, sagen wir. Wir werten Ihren ersten Besuch bei der dänischen Minderheit als ein Signal der Landesregierung, den Dialog mit den Minderheiten in bewährter Weise fortzusetzen.

Dennoch gilt für die Minderheitenpolitik der Landesregierung das Gleiche wie für die übrige Politik: Der SSW wird sie an den konkreten Taten und nicht an den Sonntagsreden messen. Daher muss ich an dieser Stelle deutlich sagen, dass der SSW über die Ankündigung der großen Koalition enttäuscht war, dass das so genannten Abschluss-Kommuniqué, erarbeitet in einer Arbeitsgruppe im Bildungsministerium unter Mitwirkung des Danske Skoleforening, erst 2008 umgesetzt werden soll. Damit rückt die Gleichstellung der Schulen der dänischen Minderheit in weite Ferne, nicht zuletzt, weil die Finanzierung der Schülerbeförderung der dänischen Schulen weiterhin ungeklärt ist, obwohl schon Kurt Schulz als Minderheitenbeauftragter 1997 eine gesetzliche Regelung forderte. Übrigens ist dies auch eine Forderung der CDU-geführten Kreise des nördlichen Landesteils.

Der SSW wird diese Themen natürlich bei den Haushaltsberatungen erneut aufgreifen. Minderheitenpolitik - das sage ich auch noch einmal ganz deutlich - hat nichts mit der Verteilung von Wohltaten zu tun. Es geht um Gleichstellung und damit auch um die gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen. Denn die Angehörigen der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe sind Bürger dieses Landes. Schleswig-Holstein sieht sich selbst - so steht es zumindest in der Landesverfassung - als ein Land mit drei Kulturen: einer deutschen, einer dänischen und einer friesischen Kultur.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

(Anke Spoorendonk)

Die **Bonn/Kopenhagener Erklärungen** sind in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder angesprochen worden. Gefeierte wurden sie am 29. März im Schloss Sonderburg. Anders Fogh Rasmussen sagte bei der Gelegenheit - ich zitiere -:

„Schloss Sonderburg ist ein schöner und zugleich historischer Ort, um den 50. Jahrestag der Bonn/Kopenhagener Erklärungen zu feiern. Die Geschichte des Schlosses ist auch die Geschichte des Grenzlandes. Schloss Sonderburg wurde von einem dänischen König, Valdemar dem Großen, um 1160 als Schutz gegen wendische Angriffe errichtet. Seitdem hat das Schloss als königliches Gefängnis, als Lazarett und als deutsche Kaserne gedient. All das ist heute Geschichte. Die Konflikte im Grenzland sind ins Museum gewandert - dort, wo sie hingehören.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ereignisse nach der Landtagswahl am 20. Februar könnten aber darauf hindeuten, dass es uns noch nicht gelungen ist, alles Gestrige ins Museum zu verfrachten. Wir vom SSW mussten uns vieles anhören, was eigentlich dorthin gehört, auch gesagt von Menschen, von denen wir dies nicht erwartet hätten. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir - sozusagen als versöhnlicher Abschluss der Feierlichkeiten zu den Bonn/Kopenhagener Erklärungen -, dass der ehemalige dänische Außenminister Niels Helweg Petersen heute im Landtag eine Rede halten wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Im Namen des SSW möchte ich mich bei all denen ausdrücklich bedanken, die dieses ermöglicht haben, nicht zuletzt bei Landtagspräsident Martin Kayenburg.

(Beifall beim SSW sowie Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Es gilt also, nach vorn zu schauen, um gemeinsam die erfolgreiche Minderheitenpolitik des Landes weiterzuführen. Minderheitenpolitik im Sinn der Bonn/Kopenhagener Erklärungen - das ist die europäische Perspektive - ist Friedenspolitik. Nach innen betrachtet, weil keine demokratische Gesellschaft mit sich selbst in Frieden leben kann, wenn sich eine nationale Minderheit nicht als Teil dieser Gesellschaft begreift, und nach außen hin, weil nur so ein friedliches Zusammenleben von Völkern möglich ist. Dafür lohnt es sich, weiter zu streiten und weiter zu kämpfen.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Frau Spoorendonk, Sie haben sich auch ohne Uhr perfekt an die Redezeitbegrenzung gehalten.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 15 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 27 fort.

(Unterbrechung: 13:18 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist wieder eröffnet. Das Präsidium freut sich, Sie alle nach der Mittagspause wieder begrüßen zu können. Besonders freuen wir uns über die Besucher auf der Tribüne. Wir begrüßen die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt aus Eutin. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Resolution zur Ratifizierung des Vertrages über eine Verfassung für Europa

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/84 (neu)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/95

Änderungsantrag der Fraktion der FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/96

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich eröffne damit die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Europäische Verfassung ist heute hervorragend in die beiden dominierenden Ereignisse der Debatte eingebettet, nämlich in die Regierungserklärung und die heute Abend stattfindende Feierstunde zur Würdigung des 50. Jahrestages der Bonn/Kopenhagener Erklärung. Darüber freue ich mich. Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass die Präsenz im hohen Haus etwas größer wäre. Das bekommen wir aber vielleicht auch irgendwann noch hin.

Meine Damen und Herren, in der Resolution haben beide Koalitionspartner ein eindeutiges Bekenntnis

(Manfred Ritzek)

zur Ratifizierung des Vertrages über die Verfassung für Europa abgegeben. In der Resolution haben wir die Aussagen begründet, warum wir für diese Verfassung sind, warum diese Verfassung eine so große Bedeutung für Bund, Länder und Gemeinden hat. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wo jedoch bleibt die Begeisterung für die Verfassung? Das Ja für die Europäische Verfassung im Bundestag erfolgte ohne glühende europäische Leidenschaft. Auch die Medien - Sie haben es gelesen - haben verhalten über dieses Ereignis berichtet.

Die Europäische Verfassung ist ein Werk von fast 500 Seiten mit 465 Artikeln, geschrieben in vier Teilen, beinhaltend Werte, Ziele, Organisation, Zuständigkeiten, Grundrechte, Arbeitsweise in den Politikfeldern und Schlussbestimmungen. Wer von Ihnen hat diese fast 500 Seiten gelesen? Nach Teil IV folgt eine Vielzahl von Protokollen als Anhang, so auch das - auch für die Landesparlamente - enorm wichtige Protokoll über die Grundsätze der Subsidiarität. Dieses Protokoll ergänzt noch einmal die bereits in Teil III Artikel 9 der Verfassung beschriebenen Grundsätze. In der Bundestagsdebatte über die EU-Verfassung wurde über die Sorgen und Ängste der Menschen nicht oder kaum debattiert. Die Debatte wurde staatsmännisch geführt. Fast jeder Redner von jeder Partei glaubte in diesem Sinne etwas sagen zu müssen. Dieser staatsmännische Tenor wird auch nicht wesentlich durch die 23 abgegebenen Neinstimmen und die 80 zu Protokoll gegebenen persönlichen Erklärungen geschmälert. Die 23 Neinstimmen basieren auf der Befürchtung der ständig steigenden Machtkonzentration in Brüssel. Die persönlichen Erklärungen bemängeln insbesondere die Nichtaufnahme des Gottesbezuges in die Verfassung, was auch wir bedauern. Wir alle hier im Parlament müssen den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen, dass die Verfassung für die umfassende Handlungsfähigkeit der Europäischen Union von größter Bedeutung ist und damit auch ihren Interessen dient. Das ist nicht einfach. Einige Beispiele sollen das erklären.

Können wir die Menschen überzeugen, warum die Erweiterung der EU unaufhaltsam fortgeführt wird, jetzt auch mit der Zusage an Bulgarien und Rumänien für die Aufnahme im Jahre 2007, obwohl diese Länder die Beitrittsbedingungen zur Aufnahme bei weitem nicht erfüllen? Während das Territorium der Union wächst, stößt die Akzeptanz des **Integrationsprozesses** an seine Grenzen. Können die Menschen es verstehen, wenn EU-Gelder aus dem Strukturfonds Anreize für Unternehmensgründungen in anderen EU-Ländern schaffen, die zu Standortverlagerungen in jene geförderten Länder bei gleichzeitigem Arbeitsplatzabbau in Deutschland führen? Warum müs-

sen EU-Richtlinien im Nachhinein geändert werden, zum Beispiel die Dienstleistungsrichtlinie und die Chemikalienrichtlinie? Klappt unser Informationssystem nicht? Können wir einem Markthändler erklären, dass er auf dem Wochenmarkt eine neunseitige EU-Konfitürenverordnung beachten muss, in der erklärt wird, was eine Konfitüre extra beziehungsweise eine Konfitüre, ein Gelee extra beziehungsweise ein Gelee, eine Marmelade extra beziehungsweise eine Marmelade ist? Bemühen wir uns wirklich mit aller Intensität, das uns in der Verfassung ausdrücklich zugestandene Subsidiaritätsprinzip umzusetzen?

Unser Land muss die **Rechte** unseres **Parlaments** wesentlich stärker verteidigen. Wir müssen früher und umfangreicher über den Prozess der die Länder betreffenden Rechtsakte informiert werden, bevor daraus ein europäisches Gesetz oder ein europäisches Rahmengesetz wird. Wir können die Menschen nur dann mitnehmen, wenn wir uns intensiv um die Gestaltung unserer Belange in der Europäischen Verfassung bemühen. Ich bitte um Zustimmung zur Resolution.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Ritzek und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Ritzek, ich will versuchen, ein wenig von der europäischen Leidenschaft, die Sie hier gerade vermisst haben, hineinzubringen. Ich will deutlich sagen, dass die große Herausforderung, vor der wir stehen, doch die ist, dass wir durch diese Europäische Verfassung den Weg von der Wirtschaftsunion, den Weg von einem Europa des Binnenmarktes und der wirtschaftlichen Vereinigung hin zu einer europäischen **Wertegemeinschaft** öffnen. Ich glaube, das ist die große politische Chance, die diese Europäische Verfassung uns bietet. Gemeinsame Werte - dafür sind wir alle - bedürfen der Festschreibung. Es gilt der Satz: So wie eine Sprache eine Grammatik braucht, um lebendig zu sein, so benötigen Werte eine Verfassung.

Deshalb ist dieser Vertrag über eine Verfassung für Europa von so enormer politischer Bedeutung. Er schafft ein demokratisches Europa, das nicht nur jeden einzelnen von uns zu mündigen Unionsbürgerinnen und -bürgern macht, die mitreden und mitent-

(Rolf Fischer)

scheiden können, sondern dieses neu verfasste Europa wird international eine bedeutende Rolle übernehmen können, wenn es darum geht, Menschen- und Bürgerrechte einzufordern und durchzusetzen, oder wenn es darum geht, Solidarität, Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent, aber auch weltweit zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das sagen darf: 60 Jahre nach Kriegsende ist das eine gar nicht hoch genug einzuschätzende Perspektive.

(Beifall bei der SPD)

Der im europäischen Kontext manchmal ein wenig vergessene und viel zu selten zitierte Carlo Schmid, an den ich gern erinnere, traf den politischen Punkt schon 1952, als er schrieb: „Die Aufteilung der Macht in Europa ist noch nicht die Einigung Europas; sie entsteht nur aus einer gemeinsamen Anstrengung, aus einer gemeinsamen Verfassung.“ - Der Verfassungsvertrag wird diesem Anspruch gerecht und deshalb sollten wir ihn mit Leben erfüllen.

Lieber Manfred Ritzek, du hast ein paar Sätze zum Umfang gesagt. Ich kann nur sagen, wer die knappe Eleganz der zehn Gebote erhofft, ist sicherlich enttäuscht. Wer aber in den alten Verträgen blättert, der ist sicherlich erleichtert.

Regionale und lokale Selbstverwaltung sind gewährleistet und das Prinzip der **Subsidiarität** muss realisiert werden. Das so genannte Frühwarnsystem, das die Beteiligung der nationalen Parlamente und auch des Bundesrates festschreibt, ist neu und sicherlich nicht ganz leicht zu handhaben. Ich möchte an dieser Stelle aber auch darauf hinweisen, das Frühwarnsystem bevorzugt im Augenblick, wie ich es sehe, eher die Regierungen. Ich würde gern darum bitten, dass auch die Parlamente - ich sage das als Parlamentarier - in diesen Prozess einbezogen werden und nicht nachher die letzten in dieser Reihe sind, wenn es darum geht, das Frühwarnsystem erfolgreich anzuwenden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Frühwarnsystem, Klagemöglichkeiten gegen zu weit gehende EU-Vorhaben sind mehr **Mitwirkungsmöglichkeiten** bei europäischen Entscheidungen und nicht weniger und das ist fortschrittlich und sinnvoll, wenn es um den Aufbau europäischer Identität geht.

Ich weise darauf hin, dass die Verfassung das neue europäische Bürgerbegehren enthält. Das heißt, die Menschen können damit aktiv mitgestalten. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Anmerkung. Wir haben auch im Antrag von SSW und FDP den Hinweis auf den Volksentscheid, den man gern gesehen hätte. Ich denke, wer dieses plebiszitäre Instru-

ment will, der sollte eine Volksentscheidsdebatte grundsätzlich führen, nicht nur bezogen auf diesen einen Punkt. Die aber würde sehr viel länger dauern, als wir Zeit haben, diese Verfassung zu verabschieden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Ich habe darauf hingewiesen, es gibt eine neu festgelegte europäische **Kompetenzordnung**. Die Bürger können erkennen, wer die Verantwortung für Entscheidungen trägt und wer nicht. Diese Kompetenzordnung zieht auch eine weitere positive Reaktion nach sich. Es mindert vielleicht ein bisschen die Lust des einen oder anderen Staates, der eine Sonderregelung zu Hause als Erfolg über Brüssel feiert, die Sonderregelungen der anderen aber als ausschweifende Bürokratie von Brüssel anklagt. Ganz kurz gesagt, die europäische Schalenform des Treckersitzes hat durchaus nationale Ursachen.

Die Verfassung stärkt das **Europäische Parlament** im Haushalt und in der Gesetzgebung und durch die Möglichkeit, den Kommissionspräsidenten zu wählen. Es ist noch nicht ein Parlament nach unserem Vorbild, vergleichbar mit uns in Demokratie und Legitimation, aber es ist ein großer Fortschritt hin zu einer legitimierten demokratischen Repräsentation auf europäischer Ebene. Wir haben Fortschritte in der Justiz- und Innenpolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik und wir - ich darf das für die Sozialdemokraten sagen - setzen auf das soziale Europa. Das ist unser erklärtes Ziel europäischer Politik.

Viel bleibt noch zu tun. Wir sind am Anfang einer Debatte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Verfassungsentwurf steht am Beginn einer europäischen Debatte und nicht am Ende. Das heißt, wir werden auch in Zukunft über die weitere Entwicklung Europas diskutieren müssen. Wir werden die Chancen für Schleswig-Holstein ausloten müssen. Diese Verfassung so, wie sie vorliegt, bietet uns eine Menge Chancen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion sieht den Vertrag über eine Verfassung für Europa nach Abwägung aller Vor- und Nachteile als einen Fortschritt an. Gleichwohl ist es nach unserer Ansicht nicht angemessen, darüber nun

(Dr. Ekkehard Klug)

solche Jubelarien erklingen zu lassen, wie sie im gemeinsamen Antrag der beiden Koalitionsfraktionen komponiert worden sind, auch wenn das, was Manfred Ritzek in seinem Redebeitrag hierzu gesagt hat, schon deutlich kritischer geklungen hat. Ich denke, die Ausblendung der Misstöne, die wir in der Europapolitik haben und die ursächlich sind für den Unmut, den wir allenthalben in der Bevölkerung spüren, ist kein richtiger Weg, um für diese Verfassung zu werben. Man muss das Pro und Kontra nüchtern abwägen.

(Beifall bei der FDP)

Zum einen sagen wir, dass in Deutschland die Chance verpasst worden ist, dem Verfassungsvertrag durch eine **Volksabstimmung** eine größere Legitimation zu verleihen, ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei der FDP)

Der Verweis auf allgemeine plebiszitäre Regelungen im Grundgesetz ist natürlich im Grunde eine Beerdigung erster Klasse. Das muss jeder wissen. Das geht so schnell nicht. Man hätte sich aber sehr wohl einigen können, zu diesem Verfassungsvertrag angesichts seiner Bedeutung ein Referendum wie in anderen europäischen Mitgliedstaaten durchzuführen. Ein Referendum hätte die Europapolitik endlich aus der abgehobenen Sphäre der Expertendebatten herausgehoben und zu einer Sache der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger gemacht. So wie die Dinge jetzt stehen, wird die **Öffentlichkeit** kaum von Beratungen Notiz nehmen, wie zum Beispiel auch der heutigen Landtagsdebatte, ganz zu schweigen davon, dass kaum jemand vom Inhalt dieses Verfassungsvertrages Notiz nimmt. Auch das ist eigentlich ein Negativum. Vor einer Volksabstimmung wäre es notwendigerweise zu einer breiten Informationskampagne der Bundesregierung, der EU, der großen gesellschaftlichen Kräfte gekommen. Auch die Medien hätten sich natürlich dieses Themas Verfassungsvertrag in ganz anderer Weise zugewendet, als das in unserem Land der Fall ist, ganz anders im Übrigen als in den Staaten, in denen ein Referendum stattfindet.

Es bleibt also im Verhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, jedenfalls sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und der europäischen Ebene auf der anderen Seite weiterhin ein hohes Maß an Unkenntnis und auch Fremdheit bestehen und das ist eigentlich angesichts der wachsenden Bedeutung, die Europa für unsere Entwicklung in unserem Land hat, ein sehr gravierendes politisches Problem, das eigentlich auch alle diejenigen, die überzeugt sind von der Idee der europäischen Integration, alarmieren

müsste. Dem entgegenzuwirken wäre auch die Chance eines Referendums gewesen.

Meine Damen und Herren, Beschwörungsformeln und Jubelgesänge helfen in dieser Lage nicht weiter. Wir sollten den Bürgern offen sagen, der Verfassungsvertrag ist ein Kompromiss, er fixiert das zurzeit Erreichbare und bringt in manchen Punkten Fortschritte. Deshalb sollte er unsere Zustimmung erhalten.

Es gibt aber auch eine ganze Reihe von kritischen Punkten. Der Vertrag enthält vieles, was in einem Verfassungstext eigentlich nichts zu suchen hat, etwa Artikel III Ziffer 229, die dort verankerten Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs bestimmter Erzeugnisse. Meine Damen und Herren, nicht alles, was zurzeit politisch gewollt ist - wie etwa die Absatzförderung für französische Kolonialbananen - gehört neben der Grundrechtecharta und Aussagen zur institutionellen Ordnung der EU in ein solches europäisches Verfassungsdokument hinein.

(Beifall bei FDP und SSW)

Ein zweiter Punkt. Ein Wesensmerkmal jeder Demokratie besteht darin, dass die Bürger in regelmäßigen Abständen die da oben loswerden können, und zwar in unblutiger Weise, wenn sie mit den Leistungen der Obrigkeit nicht einverstanden sind. In Deutschland wird diese Entscheidung in ein paar Wochen wieder einmal, wenn auch in einem außergewöhnlichen Turnus, anstehen. Auf europäischer Ebene besteht aber insoweit weiterhin ein Demokratiedefizit. Umso ärgerlicher ist die mangelnde Bereitschaft zur Selbstbeschränkung in Brüssel, wo ständig 3.000 Arbeitsgruppen über neue Empfehlungen, Entwürfe und Richtlinien diskutieren.

Meine Damen und Herren, sicherlich eröffnet der Verfassungsvertrag mit seinen Bestimmungen zur Subsidiarität und zur Einrichtung eines Frühwarnsystems bei **europäischen Gesetzgebungsvorhaben** eine Chance, solchen Fehlentwicklungen in Zukunft besser gegensteuern zu können. Wir sind aber der Meinung, dass es noch besser gewesen wäre, hätte der Verfassungsvertrag auch Ansätze zum Abbau der europäischen Regelungsdichte und zur Rückverlagerung von Kompetenzen auf die **nationale** und **regionale Ebene** mit sich gebracht - im Sinne einer Selbstbeschränkung der EU auf Wesentliches statt ausufernder Zugriffe im Detail.

Zum Schluss noch ein konkretes Beispiel: Ob zum Beispiel geschossenes Wild unverzüglich in Kühltruhen zu verfrachten ist, darüber besteht vielleicht in Sizilien in anderer Form ein Regelungsbedarf als zum Beispiel in weiten Teilen des Jahres in nordeuropäi-

(Dr. Ekkehard Klug)

schen Regionen. Es gibt einfach vieles, das nicht EU-einheitlich normiert werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Die Akzeptanz, die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger, wird auf Dauer nur dann weiter gewährleistet sein, Kollege Fischer, wenn man in dieser Hinsicht eine nachhaltige Reform der Europapolitik durchführt. Das ist jedenfalls unsere Überzeugung. Das wird die Aufgabe sein, ganz gleich wie die Referenden, die demnächst anstehen, ausgehen. Wenn sie - was wir hoffen - positiv sind, dann bleibt diese Aufgabe nach wie vor zu lösen. Die EU-Verfassung ist hierzu noch kein hinreichender Schritt. Aber auch, wenn es schief geht, ist eine solche Reform, eine solche grundlegende Reform der Ausrichtung, der Stoßrichtung der EU-Politik die einzige Möglichkeit, die Akzeptanz für die Europapolitik bei den Bürgern der Europäischen Union in Zukunft wieder deutlich zu steigern.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und der Präsidentin für ihre fast grenzenlose Geduld: minus eine Minute und 30 Sekunden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzenden, Frau Abgeordneter Anne Lütkes, das Wort.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die erste gesamteuropäische Verfassung stärkt das demokratische und bürgerrechtliche Fundament der Europäischen Union. Sie wird dazu beitragen, sowohl Identifikation nach innen zu schaffen als auch die Rolle Europas in der Welt zu stärken. Voraussetzung für eine stärkere Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Projekt Europa ist ein nachvollziehbares Grundlagendokument. Dieses muss die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten in der EU stärken und hier markiert die Verfassung zwei erhebliche Fortschritte. Zum Ersten wird die bislang unverbindliche Grundrechtecharta zu einem Grundrechtskatalog mit Verfassungsrang. Zum Zweiten bewirkt die Auf-

wertung des Europäischen Parlaments als gleichberechtigte Gesetzgebungskammer eine verbesserte **demokratische Kontrolle**.

Allerdings wurde ein wesentliches Reformelement nicht verwirklicht. Anstelle einer echten Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament bleibt es zunächst beim Letztentscheidungsrecht der Staats- und Regierungschefs.

Diese Verfassung ist aber dennoch ein Meilenstein für die Rechte der Menschen in Europa.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rolf Fischer [SPD])

Umso bedauerlicher ist es auch aus unserer Sicht, dass es in Deutschland kein Referendum gegeben hat. Wenn man an die Menschen in Europa die Erwartung richtet, sich mit Europa zu identifizieren, es als das ihre zu begreifen, dann sollte es selbstverständlich sein, dass sie ihr Votum dazu abgeben können und dürfen. Das hat aber in Deutschland nicht sein sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Ich war eine von denen, die das sehr frühzeitig gefordert haben, auch in diesem hohen Haus. Noch vor 15 Monaten hat es hierzu keine umfassende Zustimmung gegeben. Allerdings wäre es auch eine gesamtverfassungsrechtliche Debatte für Deutschland gewesen, die nicht geführt werden sollte.

Für die Zukunft gilt es, das undurchschaubare Gestrüpp der Zuständigkeitsverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten zu verbessern und zu lichten. Die Verfassung hat hier zwar etwas beigetragen, aber es wurde nicht vollständig genug gelichtet. Es bleibt die Aufgabe, eine trennscharfe Neuordnung zu finden.

Und wir haben in den letzten Jahren **europäische Staatsgewalten** geschaffen - Legislative, Exekutive und Judikative -, aber nach wie vor fehlt das demokratische Element der **Öffentlichkeit**. Dies wird eine der wichtigsten Aufgaben der Europapolitik in der nächsten Zeit nach dem Erlass der Verfassung sein: eine gesamteuropäische, eine demokratische Auseinandersetzung darüber, wie die Entwicklung Europas sein soll, wo sich Europa hin entwickeln kann und nach ihrer Werteordnung soll. Damit wird die Diskussion über die Aufnahme von neuen Staaten, wie zum Beispiel die der Türkei, versachlicht und dem Populismus entzogen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute zunächst die alte Drucksache 15/84 noch einmal unter unserem

(Anne Lütkes)

Namen neu vorgelegt, das ist die ursprüngliche Drucksache von der großen Koalition. Wir haben dies getan, weil sich in der neuen Vorlage ausdrücklich zum Gottesbezug geäußert und das Fehlen des Gottesbezuges in der Verfassung ausdrücklich bedauert wird. Das ist ein Satz, den die grüne Fraktion in ihrer Gesamtheit nicht mittragen kann. Da wir aber ein Interesse daran haben, hier gemeinsam keine Jubelerklärung - meine Herren von der FDP - abzugeben, aber wenige Tage vor dieser entscheidenden Abstimmung zur Europäischen Verfassung - beispielsweise in Frankreich - eine gemeinsame Kompromissformulierung auch nicht verhindern, sondern eine möglichst breite Mehrheit erreichen wollen, haben wir wörtlich den alten Beschluss als Entwurf neu vorgelegt.

Der Landtag hat die Frage des **Gottesbezugs** in der letzten Legislaturperiode bereits schon einmal diskutiert. Die Beschlussmehrheit ging durch alle politischen Lager. Nun soll erneut darüber befasst werden.

Europa ist zum großen Teil christlich geprägt. Viele Leute bezeichnen sich explizit als Christen, sind Mitglied einer der Kirchen. Viele leben eine christlich geprägte eigene Religiosität und viele lehnen nicht nur Kirche und Christentum, sondern jede monotheistische Gottesreligion ab. Daneben gibt es eine alte jüdische Tradition und eine alte, aber auch eine neue muslimische. Darüber hinaus haben wir Bevölkerungsgruppen, beispielsweise in Großbritannien, die einen ähnlichen Migrationshintergrund und eine andere Religion haben. Diese Multikulturalität wird von den Europäerinnen und Europäern nicht als zu überwindender Makel, sondern als Wesen der Europäischen Union gesehen. Das Motto „Einheit in Vielfalt“ meint genau diese kulturelle Unterschiedlichkeit, aber auch Gemeinsamkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vor diesem Hintergrund empfinden wir es als schwierig, einen Gottesbezug in der Verfassung zu formulieren. Das würde auch dem Ziel der Integration hinderlich sein. Der Bezug auf die humanistische Tradition wird der Tatsache gerecht, dass die Europäerinnen und Europäer ihre Werte aus unterschiedlichen Quellen herleiten. Insofern hätte der Ursprungsantrag der großen Koalition zu einem Konsens führen können. Wir bedauern, dass durch die spätere Aufnahme des Gottesbezuges dieser Konsens verhindert worden ist.

Nun wollen wir heute - wenn es um die Einheit Europas geht - dem hohen Haus eine Abstimmung über drei Anträge, die in der Tendenz dasselbe möchten, nicht zumuten. Wir ziehen deshalb unseren eigenen

Antrag zurück und werden uns - aus den von Ihnen, Herr Dr. Klug, eben geschilderten grundsätzlichen Erwägungen, insbesondere zur Volksabstimmung über die Verfassung - dem Antrag Drucksache 16/96 anschließen. Wir ziehen also unseren Antrag zurück und werden den Antrag Drucksache 16/96 unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile das Wort für den SSW der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Osterweiterung ist der Beschluss des Europäischen Rates über die Europäische Verfassung ein weiterer historischer Schritt der Europäischen Union. Die Notwendigkeit einer Neugestaltung der Rahmenbedingungen ergibt sich allein aus der Tatsache, dass ein Europa von 25 oder zukünftig gar 27 Mitgliedstaaten mit den bisherigen Spielregeln der EU nach dem so genannten Nizza-Vertrag im Grunde unregierbar ist. Gleichzeitig ist ein Grundrechtekatalog in die Verfassung integriert worden, wobei wir - in Klammern bemerkt - weiterhin die Aufnahme eines Gottesbezuges in die Verfassung ablehnen.

(Beifall beim SSW - Jürgen Weber [SPD]:
Das steht hier auch nicht drin!)

Zwar fehlt aus Sicht des SSW ein konkreter Passus über die Rechte der vielen **nationalen Minderheiten** in Europa, aber immerhin wurde in der Charta der Grundrechte - ich zitiere - die „Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas“ und ein Diskriminierungsverbot wegen „der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit“ aufgenommen.

Für Schleswig-Holstein als Bundesland war es wichtig, dass die Rolle der **Regionen Europas** mit der Annahme der Verfassung gestärkt wird. Dies ist mit einer Verbesserung der Kompetenzordnung, dem Frühwarnsystem bei der Subsidiaritätskontrolle und den Klagerechten erreicht worden. Gleichwohl vermissen wir, dass kein Mechanismus zur **Rückverlagerung** von **Kompetenzen** auf die Mitgliedstaaten und Regionen vorgesehen ist. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei SSW und FDP)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass diese Verfassung nur der Überbau oder der Rahmen eines

(Anke Spoorendonk)

Europas der Nationen sein kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Um die konkrete Ausgestaltung und um die Inhalte der zukünftigen EU müssen die verschiedenen Regierungen, Parteien, Interessengruppen und die Bevölkerungen Europas weiterhin miteinander ringen.

Es gibt einen erheblichen Klärungsbedarf, welches Europa man dann nun will. Will man ein Europa des ökonomischen Liberalismus oder will man ein soziales Europa, wo auch der Sozialstaatsgedanke weiterhin eine entscheidende Rolle spielt? Gerade aus der ungeklärten Frage, wohin die Reise der EU in Zukunft gehen soll, speist sich ja das Unbehagen vieler Bürgerinnen und Bürger, die zum Beispiel ihre sozialen Errungenschaften in Gefahr sehen. Ob es stimmt oder nicht, ist eine andere Frage, aber man muss die Ängste der Menschen ernst nehmen.

Dabei ist es aus Sicht des SSW ein entscheidender Fehler, dass die Mitsprache der Bevölkerung bei wichtigen EU-Vertragsänderungen in der Bundesrepublik außer Acht gelassen wird. Deshalb hat der SSW von Anfang an einen Volksentscheid über die europäische Verfassung gefordert, denn die wichtigen Fragen der Europapolitik werden in Deutschland von jeher fernab der Bevölkerung entschieden.

Bei der Forderung nach einem **Volksentscheid** geht es uns also nicht darum, die Verfassung in Bausch und Bogen abzulehnen, sondern um die demokratische Mitsprache der Bevölkerung bei einem so weit reichenden Projekt. Ein Volksentscheid hätte dem Verfassungsvertrag ein größeres Maß an politischer Legitimation verliehen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Natürlich ist eine solche Volksabstimmung ein Risiko für die Regierungen, die diesen Vertrag unterschrieben haben. Das zeigt das Beispiel Frankreich, wo man leidenschaftlich über das Für und Wider der Europäischen Verfassung diskutiert und wo ein großer Teil der Bevölkerung dem Vertragswerk auch heute noch ablehnend gegenübersteht. Die gleiche Skepsis gibt es in großen Teilen der Bevölkerung von Ländern wie Holland, Dänemark oder Großbritannien, wo auch Volksabstimmungen durchgeführt werden.

Aber nur, wenn man die EU-Verfassung offensiv mit den Bürgern diskutiert, kann man sie auch überzeugen.

(Rolf Fischer [SPD]: Wer hindert uns daran?)

In Frankreich hat sogar jeder Haushalt den Vertragstext der Verfassung per Post zugeschickt bekommen. Es ist zwar nicht unerheblich, ob die Bürgerinnen und Bürger Frankreichs nun Ja oder Nein zu dieser Verfassung sagen, aber aus unserer Sicht ist es noch wichtiger, dass es eine demokratische Auseinandersetzung über die Zukunft der Europäischen Union gibt. Nichts ist schlimmer als ein allgemeines Desinteresse.

Eine Auseinandersetzung über Ziele und Zukunft der EU gibt es bei uns so gut wie gar nicht. Die Bürgerinnen und Bürger müssen aber mitreden können. Ansonsten bleibt Europa für sie ein Projekt der Mächtigen und der politischen Eliten und nicht ein Projekt der Völker.

Ich fasse zusammen: Um in der Frage über die Zukunft der Europäischen Union überhaupt weiterzukommen, müssen wir auch unsere Debatten über Europa anders gestalten. Allmählich ist es ein Selbstgänger, dass wir mit der EU ein Projekt des Friedens, der Freiheit und der Demokratie haben. Das ist mittlerweile kein Diskussionspunkt mehr. Das heißt: Die Zeit der feierlichen Reden sollte eigentlich vorbei sein. Es gilt, die Ärmel hochzukrempeln; denn es gibt noch sehr viel zu tun, wenn wir uns wirklich ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, wohin die Reise der Europäischen Union weiterhin gehen soll.

Deshalb bitte ich darum, dass wir im Europaausschuss künftig auch wirklich diese Diskussion führen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Abgeordneten Anke Spoorendonk.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Wir sollten zunächst der Regierung Gelegenheit geben, sich zu äußern. Ich erteile dem Europaminister Uwe Döring das Wort.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade erlebt, dass ein gemeinsamer Antrag gestellt wird. Es ist ein interessanter Tag heute. Irgendjemand hat heute Morgen gesagt: Es wächst zusammen, was zusammengehört. Offensichtlich formiert sich auch die Opposition. Dass das gerade beim Thema Europa der Fall ist, ist das eine.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

(Minister Uwe Döring)

Ich möchte kurz auf das Thema zurückkommen und beide Aspekte ansprechen, die in den bisherigen Redebeiträgen genannt worden sind. Einmal war dies der Jubel. Ich denke, der Jubel gehört auch dazu; denn es ist ein gewaltiger Schritt, den wir hier vorangehen. Anzusprechen ist aber auch die Kritik, die teilweise zu Recht geäußert wurde.

Aber zunächst zum Positiven. Wer hätte noch vor wenigen Jahren gedacht, dass wir tatsächlich einmal an einen Punkt kommen, an dem wir über eine gemeinsame Europäische Verfassung abstimmen. - In Wirklichkeit ist es nur ein Verfassungsvertrag; deswegen ist er auch so dick. - Dies ist ein gewaltiger Fortschritt, den sich jene, die Anfang der 50er-Jahre die europäische Entwicklung in Gang gebracht haben, so haben gar nicht vorstellen können.

Allerdings muss man dazu sagen: Es gibt das Sprichwort: Erfolg ist eine Folgeerscheinung und darf niemals zum Ziel allein werden. Ich denke, dieses Zitat passt hier sehr gut, denn die Ratifizierung der Europäischen Verfassung spiegelt genau dies wider. Wir haben es an dieser Stelle geschafft, wir sind bis hierher gekommen. Dies war eine Folge vieler positiver Entwicklungen. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Sicherung von Frieden, wirtschaftlichem Nutzen, auch die Vermehrung der Durchschlagskraft gemeinsamer europäischer Interessen. Aber, meine Damen und Herren, wir haben das Ziel beileibe noch nicht erreicht. Das Ziel heißt: Wir müssen tatsächlich die Menschen in Europa von Europa überzeugen. Denn machen wir uns nichts vor: Auch die Debatte, die wir heute führen, ist - um es einmal klar auszudrücken - eine Debatte der politischen Kaste, sie ist keine Debatte, die in der Bevölkerung ernsthaft geführt wird.

(Vereinzelter Beifall)

So ist ja auch die Entwicklung gewesen. Europa war eine Angelegenheit von Idealisten, die in der Folge des Zweiten Weltkrieges bewegt waren. Danach kam eine Phase, zu der man sagen kann: Wir haben uns um die wirtschaftliche Entwicklung gekümmert, es gab den Aufschwung. Dann kam eine Phase, in der Europapolitik sozusagen etwas für einige wenige gewesen ist, die sich damit identifizierten, beziehungsweise, es war Teil eines politischen Kabaretts, zu dem entsprechende Beiträge geliefert wurden, wie sie auch der Kollege Klug geliefert hat, indem man auf bestimmte Maßnahmen hinweist. Herr Klug, der Reiz ist groß. Das kann ich gut nachvollziehen. Jeder hat ein Beispiel in petto. Wir sind dann in den 90er-Jahren angekommen, in denen es relativ irrelevant war. Wir hatten andere Sorgen.

Jetzt allerdings, meine Damen und Herren, befinden wir uns in einer Situation, die man, etwas flapsig ausgedrückt, etwa so beschreiben könnte: Europa ist aus der verkehrsberuhigten Zone der Studienräte auf der Ebene der Fliesenleger angekommen. Das heißt ganz konkret: Die Menschen empfinden einen Eingriff in das tägliche Leben.

Wir werden in zwei Tagen noch über die Entsende-richtlinie diskutieren und wir werden über die **Anti-diskriminierungsrichtlinie** diskutieren. Wenn Sie heute in einer Zeitung ein Foto von rumänischen Arbeitern sehen, die sich freuen, dass sie demnächst zu Europa gehören, dann werden Sie nicht erleben, dass die allgemeine Meinung lautet: Schön, dass diese Menschen nach Europa kommen, dass sie in Frieden und Freiheit kommen. Vielmehr wird die Frage gestellt werden: Kostet es meinen Arbeitsplatz? Das heißt, wir sind in der Wirklichkeit angekommen. Deswegen muss meiner Meinung nach auch bei einer solchen Verfassungsdebatte Europa aus Sonntagsreden heraus und in die allgemeine Politik hineingegenommen werden.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Herr Klug, ich komme jetzt zu dem Thema, das Sie angesprochen haben, zum Referendum. Es mag sein, dass ein **Referendum** so etwas unterstützen würde. Nur, ich muss Ihnen auch sagen: Wir hätten mindestens dieselben Probleme, die Frankreich hat. Die Zustimmung der Bevölkerung wäre beileibe nicht sicher. Wir würden wahrscheinlich eine sehr geringe Beteiligung haben und wie es tatsächlich ausginge, weiß keiner von uns. Deswegen sage ich auch ganz deutlich: Wir sollten mit all diesen Beispielen, die - wie gesagt - jeder von uns kennt, vorsichtig sein. Sie kennt jeder von uns. Meistens ist die Regulierungswut Brüssels eine Regulierungswut, die wir selbst hervorgerufen haben.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Auf der einen Seite - auch hierauf werden wir am Freitag zurückkommen - loben wir in Sonntagsreden Europa; auf der anderen Seite wirken wir im Alltag an europäischen Regelungen mit. Wenn es schief gegangen ist, war es keiner. Diese Doppelstrategie der Europapolitik führt zu Europaverdrossenheit. Diese können wir uns überhaupt nicht mehr leisten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Ich hoffe, dass die Diskussionen, die wir jetzt führen, dazu beitragen, mehr Verständnis in der Bevölkerung zu wecken. Ich hoffe, dass wir etwas klarer und ehrlicher mit Europa umgehen. Denn wir sind jetzt an

(Minister Uwe Döring)

einem ganz gefährlichen Punkt: Wir sind an der sozialen Dimension Europas angekommen. Und, meine Damen und Herren, wenn das schief geht, dann geht womöglich das europäische Projekt schief. Dann werden Rechtsradikale und andere Elemente Aufschwung bekommen, die wir alle miteinander nicht wollen.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hoffen, dass die Ratifizierung und das, was wir in den Parlamenten an Debatten geleistet haben, dazu beiträgt, dass wir eine gute Grundlage haben, und ich hoffe, dass wir alle miteinander davon ausgehen und uns wünschen, dass Europa in gute Verfassung kommt.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile jetzt nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Claus Ehlers das Wort.

Claus Ehlers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Döring, herzlichen Dank für Ihren Beitrag, der viele Stichworte enthielt, die uns im täglichen Leben berühren und uns zum Teil auch Angst machen - muss ich ganz ehrlich sagen. Denn die Akzeptanz für Europa ist in der Politik eine ganz andere als in der Bevölkerung. Wie Europa heute in unser tägliches Leben, in unser Wirtschaftsleben eingreift, ist zum Teil unerträglich geworden. Ich nenne einige Beispiele.

Es gibt eine Milchhygieneverordnung. Da schreibt Europa den Meiereien vor, wo die Gummistiefel der Arbeiter zu hängen haben, dass man nicht von der Dienstwohnung in den Betrieb gehen darf, dass die Fliesen nicht eckig sein dürfen, sondern rund sein müssen.

Es gibt eine Fleischhygieneverordnung. Zum Hintergrund: Die Fleischhygieneverordnung ist auf Druck der großen Fleischmultis in Europa zustande gekommen, die genau wussten, dass die kleinen und mittelständischen Betriebe die Bedingungen nicht erfüllen können. Das führt zu einer **Europaverdrossenheit**.

Wenn wir jetzt die Erweiterung in Europa sehen, müssen wir uns gemeinsam die Frage stellen, ob wir uns damit nicht überheben. Ist das noch ein Wirtschaftsraum? Passen wir kulturell noch zusammen? Ist es finanzierbar, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Als Landwirt sage ich Ihnen: Wir hängen am Tropf der Europäischen Gemeinschaft, obwohl wir Bauern es im Grunde nicht wollen. Wenn man die bürokratischen Auswüchse sieht - die sind auf den Höfen unerträglich geworden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Es liegen zwei weitere Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst Herr Abgeordneter Fischer!

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie es mich kurz machen.

Erstens. Ich habe, insbesondere von den Oppositionsfraktionen, viel darüber gehört, was für Europa alles zu tun sei, wie schwierig das alles sei und wo wir stünden. Ich kann Ihnen nur sagen: Machen Sie es, machen Sie Europapolitik, gehen Sie zu den Menschen, sprechen Sie mit den Menschen! Wir brauchen kein Referendum, um die Leute zu informieren. Das können wir jede Woche am Infostand machen. Ein solches Engagement, wie es hier immer eingefordert wird, sollten wir auch nach außen zeigen. All die Kritik, die Sie geäußert haben, richtet sich im Kern an uns selbst. Gehen Sie raus, schreiben Sie Ihre Ortsvereine an, machen Sie Infostände, gehen Sie zu den Menschen hin, sprechen Sie mit Ihnen über die Verfassung! Dafür brauchen Sie überhaupt kein Referendum. Das können Sie schon jetzt machen.

Ich will es einmal als Versprechen werten, dass all die Oppositionsfraktionen und auch die Kollegen aus der Koalition sagen: Das machen wir von nun an; wir sind offensiver in unseren Parteien und Wahlkreisen, um dieses Thema nach vorn zu bringen. Dann hätte die Diskussion hier schon einen guten Schritt nach vorn gebracht. Das fände ich eine gute Sache.

Zweitens. Das wollte ich vorhin nicht so deutlich sagen, weil mir ohnehin immer eine Tendenz zur Harmonisierung unterstellt wird. Man kann mit der Forderung nach einem Volksentscheid natürlich populistisch umgehen. In jeder Veranstaltung zu sagen: „Wir finden es gut, wenn die Bürger mitreden, weil die Identifikation höher ist“, diese Auffassung kenne ich. Ich begrüße auch die Möglichkeiten, die wir mit den plebiszitären Elementen in unserer Landesverfassung haben. Herr Dr. Klug, Sie wissen aber ganz genau, dass das Grundgesetz das im Augenblick nicht hergibt. Das steht nicht darin. Das ist nicht möglich. Mit einer Zweidrittelmehrheit kann man es hinein-

(Rolf Fischer)

schreiben, wenn man es will. Dann erwarte ich Ihre Initiativen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Die FDP-Bundestagsfraktion hat eine Initiative gestartet!)

- Das weiß ich ja. Sie haben aber keine Mehrheit dafür bekommen. Also besteht diese Möglichkeit nicht.

Sie wissen auch, dass es für die Idee Europa und Europäische Verfassung eher kontraproduktiv ist, wenn man das in Form eines möglicherweise nicht verpflichtenden **Referendums**, eines bundesweiten Meinungsbildes - oder wie immer Sie es nennen wollen - macht. Das würde nicht nur dem Instrument Volksentscheid schaden, sondern auch der Idee von Europa.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Dr. Henning Höppner [SPD])

Es mag zwar gut sein, den Leuten das in Veranstaltungen zu sagen, die dann sagen: Das finden wir prima, wir wollen alle mitreden. Aber die Konsequenzen haben Sie dabei noch lange nicht bedacht: Welches Quorum, welche Verbindlichkeit, wie soll das aussehen? Ich verweise auf die Diskussion, die wir zu diesen Fragen bei der Ergänzung der Landesverfassung hatten. So einfach ist das nämlich nicht.

Das europäische Projekt ist zu Recht auch zu kritisieren. Ich habe vorhin gesagt: Wir stehen am Anfang, wir stehen nicht am Ende mit dem Verfassungsvertrag, der noch keine Verfassung ist, sondern ein Verfassungsvertrag, der hingehen soll zu einer richtigen Verfassung. Das europäische Projekt wird nur nach vorn gebracht, wenn wir uns alle damit identifizieren, und zwar richtig, und es nicht nutzen für vordergründige Argumentationen in Wahlkämpfen oder darüber hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält jetzt Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir alle müssen uns überlegen, wie wir als Politiker, die wir alle Ahnung haben sollten, die Debatte über Europa führen. Erstens. Europa hat uns zumindest in den Ländern, die in der Europäischen Union oder vorher in der Europäischen Wirtschafts-

gemeinschaft waren, über 50 Jahre Frieden gebracht. Das hat es in Europa seit 1.000 Jahren nicht gegeben. Seit 1.000 Jahren haben sich die Völker Europas ununterbrochen gegenseitig die Köpfe eingeschlagen. Allein das ist so viel wert, dass ich glaube, dass man das immer wieder bewusst machen muss. Ich tue das in vielen Schülerdiskussionen, die wir auch in der Europawoche geführt haben. Wir müssen das den Leuten immer wieder sagen, sonst vergessen sie es.

Zweitens. Kommen die Rumänen, kommen die Polen? Das typische Argument: Was passiert, wenn wir die Europäische Union erweitern?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Polen sind schon da!)

- Die Polen und die Rumänen sind schon lange da. Wir leben in einer globalisierten Welt und wir werden die Grenzen nicht so abschotten, dass sie nicht kommen werden. Die Frage ist nur: Unter welchen Bedingungen kommen sie?

Als ich ein kleiner Junge war, kamen die Italiener. Da kamen Hunderttausende, ja sogar Millionen Italiener aus Süditalien, aus armen Gegenden hierher, um hier ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Heute kommt niemand mehr aus Italien, weil die Europäische Union dazu geführt hat, dass dort Lebensbedingungen herrschen wie hier auch.

(Unruhe)

Ich bin ganz sicher: Wenn wir die Polen nicht in die Europäische Union geholt hätten, würden wir genau die Probleme, die wir heute haben, auch in 50 Jahren noch haben. Aber da wir die Polen in die Europäische Union geholt haben, werden wir in zehn oder 20 Jahren die Situation haben, dass der Wohlstand in Polen so ist, dass keine Polen mehr nach Deutschland kommen.

Das heißt, die EU ist das wesentliche Instrument, uns gerade in einem großen Wirtschaftsraum uns vor der **Globalisierung** zu schützen. Es ist keine Bedrohung, sondern es ist ein Schutz, es ist eine Chance, weil wir nur so nationale Politik betreiben können, im europäischen Rahmen und nicht im kleinen nationalen, deutschen Rahmen.

Drittens. Es wird viel über die Bürokratie geredet. Dabei wird meistens vergessen, dass die großen Verordnungen, über die wir reden, nicht von der Kommission in Brüssel kommen, sondern von den Ministerräten, von den nationalen Regierungen. Die **Bürokratie** in Brüssel hat weniger Beschäftigte als die Stadtverwaltung von Köln! Dieses Argument muss man immer wieder verbreiten. Weniger Beschäftigte als die Stadtverwaltung von Köln. Das sagt sehr viel

(Karl-Martin Hentschel)

über die Bürokratie in Brüssel aus. Die Bundesregierung, die Landesregierung sind viel größer. Das muss man wissen, wenn man über diese Fragen redet.

(Unruhe)

Es werden Legenden verbreitet, weil man nicht bereit ist, für die Europäische Union zu werben.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege Hentschel, Ihr vierter Punkt muss entfallen, weil Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Letzter Punkt: Ich hätte mir gewünscht, dass wir zu einer gemeinsamen Resolution gekommen wären und die Regierungsfractionen etwas vorgelegt hätten, das akzeptabel ist. Dass Sie nicht bereit sind, hier einen Kompromiss zu finden, finde ich schade. Vielleicht denken Sie noch einmal darüber nach.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Bernd Schröder [SPD]: Vielleicht denken Sie einmal darüber nach!)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für eine Wortmeldung nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es noch einmal klarzustellen: Auch der SSW hat wie alle anderen Parteien hier im Parlament gesagt, dass wir die Verbesserungen, die sich durch den Verfassungsvertrag ergeben, natürlich begrüßen. Da besteht kein Dissens. Es geht nur um die Frage, auf welche Art und Weise wir es schaffen, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger mitnehmen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Da haben wir gesagt: Ein **Volksentscheid** sollte das Idealbild sein, weil das Mitbestimmung ist, Mitbestimmung pur, wie wir sie auch aus anderen Bereichen kennen. Herr Kollege Fischer, wenn meinetwegen auch nur eine Befragung durchgeführt würde, wäre das immer noch besser, als dass die Leute ganz schweigen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Nein, Sie haben gerade eben eine kleine Unterstellung gemacht. Sie haben nämlich gesagt, es wäre etwas ganz Schlimmes, wenn wir eine Befragung machen würden, die bösen Bürger würden das ablehnen und wir würden dann trotzdem zustimmen. Das ist das Bild, das Sie gebracht haben.

(Beifall bei SSW und FDP)

Wenn ich als Politiker meine Bürger frage, mein lieber Herr Kollege Fischer, dann halte ich mich natürlich auch an das, was sie zu mir sagen. Wenn die breite Mehrheit das ablehnt, dann würde ich dem im Parlament auch nicht zustimmen, um das ganz klar zu sagen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege Harms, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Lars Harms [SSW]:

Nein, die erlaube ich nicht. Ich habe nur die drei Minuten Zeit. Er hat vielleicht gleich noch Gelegenheit, ans Rederpult zu gehen. Es gibt ja auch noch genügend andere Sozialdemokraten, die dazu vielleicht etwas sagen wollen.

Mir ist es sehr wichtig, zu sagen, dass ich als überzeugter Europäer - ich kann Ihnen sagen, dass ich wirklich ein richtig großer Europäer bin - natürlich bereit bin, das Risiko einzugehen, eine Ablehnung zu kassieren. Ich sage Ihnen auch, warum. Dieses Projekt Europa ist ein so großes und von den Bürgern so fernes Projekt, dass ich es für unabdingbar halte, Regelungen zu schaffen, um die Bürger mitzunehmen. Mir geht es darum, dass wir es gemeinsam machen. Nicht nur die politische Kaste, sondern auch die Bürger müssen in dieses Projekt mit Begeisterung einsteigen. Nur dann haben wir eine Chance, dass das auch wirklich etwas wird; denn das, was Minister Döring sagte, ist in der Tat ein Problem. Wir haben jetzt das Problem der Umsetzung und nicht so sehr das Problem, ob wir alle ein Europa wollen. Frieden und Freiheit haben wir erhalten; das ist okay.

Herr Kollege Hentschel, mir ist es auch immer wichtig, dass wir darauf hinweisen. Jetzt geht es aber um die Umsetzung. Hierbei geht es um soziale Fragen und um die Fragen, die Herr Kollege Ehlers zum Beispiel aus der Sicht der Landwirtschaft gestellt hat.

Die gleichen Fragen mit einem anderen Vorzeichen beziehen sich dann natürlich auch auf das **Entsendegesetz**, den Mindestlohn und die Tariftreue. Das sind die sozialen Kisten, die wir dann zu bewältigen haben. Wir müssen sie auf europäischer Ebene, wo die

(Lars Harms)

Richtlinien beschlossen werden, und später bei uns in der Umsetzung bewältigen. Das hat etwas mit der Denke in der Breite zu tun. Das hat auch etwas mit der breiten Diskussion in der Bevölkerung und damit zu tun, was die Bevölkerung will und wie sie es will. Hier müssen wir sie mitnehmen. Anders bekommen wir das Ganze nicht gebacken. Das ist für mich sehr wichtig.

Ich bin bereit, dafür zwischendurch auch eine Niederlage zu kassieren, um es danach besser zu machen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Eine letzte Wortmeldung nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung liegt mir von dem Kollegen Ritzek vor.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir alle sind überzeugt, dass die Europäische Verfassung und die Europäische Union eine unwahrscheinliche Bedeutung für unser Land und für alle Mitglieder des Landtags haben. Daran gibt es keinen Zweifel.

Ich finde, das, was Sie, Herr Minister Döring, und die anderen gesagt haben, ist entscheidend. Wie nehmen wir die Menschen mit? Wie kommen wir an die Überzeugung der Menschen heran? Deshalb haben ich und auch die anderen die Gelegenheit genutzt, auf einige Probleme hinzuweisen, die die Menschen bedrücken. Etwa 70 % aller **europäischen Rahmengesetze** und europäischen Verordnungen greifen heute bereits bis in die **Kommunen** hinein. Wir hatten heute in der Mittagspause die Vertreter der Handwerkskammer hier bei uns zu Gast und haben diskutiert. Was meinen Sie, wie wertvoll es gewesen wäre, wenn wir vor der Verabschiedung des Dienstleistungsgesetzes mit diesen Vertretern der Handwerkskammer über das **Entsendegesetz** und die Dienstleistungsrichtlinie gesprochen hätten? Ich meine, das sollten wir entsprechend der Möglichkeiten, die uns die Verfassung gibt, einfordern. Sie gibt uns die Möglichkeit aufgrund des Subsidiaritätsprinzips und des Frühwarnprinzips.

Ich denke in diesem Zusammenhang auch an das Klagerecht vom AdR. Weil ich gerade den AdR anspreche: Eine Vertreterin oder ein Vertreter von uns geht in den AdR. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir nicht nur im Anschluss das Protokoll erhalten, in dem steht, was dort besprochen und entschieden wurde. Wir müssen die Tagesordnung im Vorhinein erhalten, um im Europaausschuss mit unserem AdR-

Mitglied über die Themen zu sprechen und es zu bitten, unsere Empfehlungen zu den Abschlussgesprächen in Brüssel mitzunehmen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Ich stelle fest, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zurückgezogen hat. Die FDP-Fraktion hat eine alternative Abstimmung vorgeschlagen. Ich lasse daher jetzt in der Sache über die Anträge Drucksachen 16/84 (neu) und 16/96 abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/84 (neu), seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dem Antrag der Fraktion der FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/96, dem sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeschlossen hat, seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Damit stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/84 (neu) mehrheitlich angenommen wurde.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/82

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Das Wort für den antragstellenden SSW erhält Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Informationsfreiheitsgesetz des Landes, 1999 vom SSW eingebracht und im Januar 2000 vom Landtag beschlossen, gibt allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht, Einsicht in die Informationen von Behörden zu nehmen. Das Gesetz hat dazu geführt, dass Schleswig-Holstein bundesweit zur Vorreiterin in Sachen Datenschutz und Informationsfreiheit geworden ist. Es stellt somit aus unserer Sicht einen Meilenstein der Bürgerfreundlichkeit dar.

Bereits am Ende der letzten Legislaturperiode hatte der SSW eine Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes in den Landtag eingebracht. Es hatte sich nämlich nach vier Jahren Informationsfreiheit langsam herausgestellt, was noch besser gemacht

(Anke Spoorendonk)

werden kann. Die Diskussion über die Einführung von **Informationszugangsrechten** ist seit der Verabschiedung unseres Gesetzes weitergegangen. Dies betrifft insbesondere das Problem der so genannten Flucht ins Private.

Gemeint ist, dass ein an sich gegebener Anspruch auf Informationen dadurch unterlaufen wird, dass **öffentliche Aufgaben** privatisiert werden. Dieses Problem hat sich im Laufe der letzten Jahre mit den zunehmenden Privatisierungstendenzen in unserer Gesellschaft immer mehr verschärft. Wegen des kurzen Zeitfensters bis zur Landtagswahl gelang es uns in der letzten Legislaturperiode nicht, diesen Gesetzentwurf gemeinsam zu verabschieden. Deswegen haben wir uns dazu entschlossen, einen neuen Versuch zu starten und eine überarbeitete Version unseres damaligen Gesetzentwurfs in den Landtag einzubringen.

Wir haben unter anderem einige Anregungen aus dem Anhörungsverfahren in den neuen Gesetzestext eingebaut. Dies gilt insbesondere für die Bestimmungen des Umweltinformationsrechts. Kernpunkt des Gesetzes ist weiterhin, dass die Bürgerinnen und Bürger auch dort, wo öffentliche Aufgaben durch private Unternehmen erledigt werden, ein **Recht auf Informationen** erhalten. Während das Informationsfreiheitsgesetz heute schon den Informationszugang zu den Behörden eröffnet, sollen künftig auch Daten von privaten Unternehmen zugänglich sein, wenn sie sich einer öffentlichen Aufgabe annehmen.

Leider ist es heute so, dass viele dieser **Unternehmen** ihre Informationen mit der Begründung zurückhalten, dass sie keine Behörden im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes sind. Da immer mehr öffentliche Aufgaben in den halbprivaten und den privaten Bereich verlagert werden, muss die Informationsfreiheit auch dort gelten, wo öffentliche Aufgaben durch private Unternehmen erledigt werden.

(Beifall beim SSW)

Mit anderen Worten: Mit unserer Novellierung wollen wir den Informationszugang jetzt noch bürgerfreundlicher gestalten. Denn der Sinn von Informationsfreiheit ist doch, dass der Staat den Bürgern gegenüber so transparent wie möglich darstellt, welche Aufgaben er für sie erledigt.

Die gesetzlichen Bestimmungen zu den Geschäftsgeheimnissen Privater bleiben davon unberührt. Wichtig ist auch, dass mit unserem Gesetzentwurf die **EU-Umweltinformationsrichtlinie** umgesetzt wird, die eigentlich bis zum 14. Februar 2005 in Landesrecht umgesetzt werden sollte. Mit unserer Gesetzesnovelle würde man die Umsetzung der EU-Richtlinie innerhalb der bestehenden Gesetze regeln, statt ein speziel-

les Umweltinformationsgesetz zu schaffen. Wir sagen also, dass das IFG gleichzeitig den Zugang zu Umweltinformationen regeln soll, damit die Bürger nicht auf zwei verschiedene Gesetze angewiesen sind, um ihr Recht auf Zugang zu **öffentlichen Informationen** geltend zu machen.

Wir hoffen und erwarten, dass sich der Landtag zu einer Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes entschließt, denn nur so kann unser Land weiterhin die Vorreiterrolle bei den Informationsrechten der Bürgerinnen und Bürger beibehalten. Was ich gesagt habe, geht auch schon aus den Protokollen der letzten Landtagstagung vor der Landtagswahl hervor. Ich habe aber gemeint, weil auch neue Kolleginnen und Kollegen im Landtag sind, sei es wichtig, noch einmal deutlich zu machen, worum es uns mit dieser Novellierung geht. Ansonsten hoffe ich auf eine gute Ausschussberatung. Ich hoffe auch, dass es uns gelingen wird, gemeinsam eine Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes herbeizuführen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk. Für die CDU-Fraktion erhält die Parlamentarische Geschäftsführerin Monika Schwalm das Wort.

Monika Schwalm [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Schleswig-Holstein knüpft an eine Vorlage an, die der SSW zum Ende der vergangenen Legislaturperiode in den Landtag eingebracht hat. Die Kollegin Spoorendonk hat dies eben noch einmal deutlich gemacht.

Die CDU hält nach wie vor eine Stärkung der Informationszugangsrechte der Bürgerinnen und Bürger für wünschenswert.

(Beifall beim SSW)

Durch mehr Transparenz lässt sich die Nachvollziehbarkeit von Verwaltungsentscheidungen und damit deren Akzeptanz erhöhen. Gleichzeitig wird den Bürgerinnen und Bürgern die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen auf Landesebene und auch auf kommunaler Ebene wesentlich erleichtert.

Die nunmehr vorgelegte Fassung weist einige Änderungen gegenüber der Ursprungsfassung auf. Dies gilt insbesondere für die neu eingefügten §§ 18 bis 21, die die Unterstützung des Zugangs zu Umweltinformationen und deren Verbreitung unterstützen sollen. Mit

(Monika Schwalm)

diesen Regelungen sollen Anforderungen der EU-Umweltrichtlinie und des Umweltinformationsgesetzes des Bundes erfüllt werden.

Inwieweit diese Regelungen erforderlich sind, werden wir im Innen- und Rechtsausschuss zu erörtern haben. So stellt sich für mich die Frage, ob es wirklich erforderlich ist, das Umweltministerium gesetzlich zu verpflichten, regelmäßig im Abstand von nicht mehr als vier Jahren einen Bericht über den Zustand der Umwelt im Land zu veröffentlichen. Die Absicht, einen Umweltbericht pro Legislaturperiode zu geben, hat es schon früher gegeben. Der neue Umweltminister wird diese gute Absicht sicher auch ohne gesetzlichen Auftrag freiwillig umsetzen.

Allerdings bedürfen auch die Punkte, die unverändert in den Gesetzentwurf übernommen wurden, einer erneuten Beratung im Innen- und Rechtsausschuss, in deren Rahmen die bereits eingegangenen Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer, der kommunalen Landesverbände oder des Landesnaturschutzverbandes - um nur einige zu nennen - Berücksichtigung finden müssen. So haben die kommunalen Landesverbände darauf hingewiesen, dass zum Beispiel nicht ausreichend formuliert ist, was unter öffentlicher Zuständigkeit, öffentlichen Aufgaben oder öffentlichen Dienstleistungen zu verstehen ist. Diese Begriffe werden auch im neuen Gesetzentwurf nicht weiter definiert. Wir werden zu prüfen haben, inwieweit hier Änderungsbedarf besteht.

Aber auch die Stellungnahme des Innenministeriums wird sorgfältig abzuarbeiten sein, denn die Anlage zeigt auf, welche europarechtlichen Lücken das IFG-Änderungsgesetz des SSW noch aufweist, die auch noch nicht in die neue Vorlage eingearbeitet worden sind. So fehlen zum Beispiel die fristgebundene **Mitteilungspflicht** über Ablehnungsgründe hinsichtlich der gewünschten Informationen, die Verpflichtung der Beamtinnen und Beamten zur Unterstützung bei Informationszugang oder aber die Festlegung praktischer Vorkehrungen zur Sicherstellung der Ausübung des Rechts auf Informationszugang.

Diese Punkte sollten aber bei der Novellierung des IFG diskutiert werden, wenn nicht sogar Berücksichtigung finden, um nicht in naher Zukunft eine erneute Novellierung vornehmen zu müssen. Auf der Grundlage des Gesetzentwurfs des SSW werden wir im Innen- und Rechtsausschuss eine sachgerechte Lösung finden.

(Beifall bei CDU und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile jetzt für die Fraktion der SPD dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, der SSW hat uns in etwas veränderter Form seinen Gesetzentwurf vom September 2004 vorgelegt. Der Ansatz zur Veränderung des Informationsfreiheitsgesetzes ist richtig und wird von unserer Fraktion auch unterstützt. Bei oder nach der Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Private ist es zu Problemen bei der Anwendung des Gesetzes gekommen. Die Datenschutzberichte des Unabhängigen Landeszentrums für den **Datenschutz** haben hierzu Anmerkungen enthalten. Auch das Verwaltungsgericht in Schleswig musste sich schon mit dieser Frage befassen.

In § 3 Abs. 4 IFG gibt es eine relativ klare Regelung: Einer **Behörde** im Sinne dieser Vorschrift - das ist jede organisatorisch selbstständige Stelle, die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit ausübt - steht eine natürliche oder juristische Person des **Privatrechts** gleich, soweit eine Behörde sich dieser Person zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben bedient oder dieser Person die Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben übertragen wird. Eigentlich scheint alles klar zu sein, aber eben nur fast, weil es nämlich schwierig wird, wenn es nicht nur um Sachverhalte auf öffentlich-rechtlicher, sondern auch auf privatrechtlicher Basis geht.

Daher ist die Initiative des SSW auch diesmal zu unterstützen, hier für klarere Regelungen zu sorgen. Allerdings werden wir uns über die Formulierungen in den Nummern 2 und 3 der Vorlage im Ausschuss noch etwas intensiver unterhalten müssen, denn diese Formulierungen schaffen nicht die erforderliche Klarheit und weichen vom Behördenbegriff des **Landesverwaltungsgesetzes** ziemlich ab. Hier hat Monika Schwalm Recht. Bei einer neuen Begriffsbestimmung waren wir vor etwa einem halben Jahr - Anfang Januar also - schon ein ganzes Stück weiter. Es ist schade, dass ihr das nicht aufgenommen habt.

Eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf hatten wir sogar schon. Den Entwurf habt ihr letztendlich selbst zurückgezogen. Dass es im Vorwege zu keiner Einigung der Fraktionen kam, hatte auch seine Ursache darin, dass der SSW zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und die Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie der Europäischen Union im gleichen Zuge im selben Gesetz unterbringen wollte. Auch

(Thomas Rother)

jetzt hat der SSW wieder einen entsprechenden Vorschlag gemacht.

Vonseiten der Landesregierung ist darauf hingewiesen worden, dass den Landtag zudem noch im Januar 2005 der Entwurf eines **Umweltinformationsgesetzes** erreicht hat, den dann das Schicksal der Diskontinuität ereilt hat, obwohl wir das eigentlich bis zum Februar hätten umsetzen sollen. Dieser Entwurf hatte allerdings nicht nur das EU-Recht, sondern auch die Neufassung des Umweltinformationsgesetzes des Bundes zur Grundlage. Im Zuge des Beratungsverfahrens ist natürlich auch zu klären, wie der Landwirtschafts- und Umweltminister, der leider nicht im Hause ist, mit diesem Gesetzentwurf, den es einmal gegeben hat, im Weiteren umgehen will.

Gesetzesökonomie kann nicht einfach bedeuten, zwei ähnliche Vorschriften mal eben schnell zusammenzumischen. Eine vernünftige Formulierung braucht Zeit, die wir in der vergangenen Legislaturperiode leider nicht mehr hatten. Den Hinweis im Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz für 2005, den wir in dieser Tagung nicht diskutieren werden, das geplante **Umweltinformationsgesetz** in das **Informationsfreiheitsgesetz** zu integrieren, wollen wir gern abarbeiten. Frau Präsidentin, daher sollten wir uns bei den weiteren Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss, aber auch im Umweltausschuss sorgfältig überlegen, ob und wie eine Zusammenfassung beider Vorschriftenbereiche sinnvoll werden kann. Ich bin sicher, die Verwaltungsspezialisten werden sich über diese Aufgabe sehr freuen.

Unabhängig davon sind die Erfahrungen mit dem Informationsfreiheitsgesetz ganz überwiegend positiv. Die Anträge der Bürgerinnen und Bürger waren zu über 90 % erfolgreich. Dies haben die Ergebnisse einer Großen Anfrage ergeben. Misserfolge liegen im Wesentlichen darin begründet, dass die gewünschten Informationen bei der Behörde gar nicht vorhanden waren. Nachlesen kann man das für das letzte Jahr auf den Seiten 159 bis 165 des Datenschutzberichtes. Wir unterstützen sehr gern alle Vorschläge, dieses gute Gesetz noch zu verbessern, allerdings sollte es auch handhabbar bleiben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit dem Jahr 2000 gibt es in Schleswig-Holstein ein Informationsfreiheitsgesetz, das dem Bürger das Recht gibt, Einsicht in Informationen von Behörden zu nehmen. Mit diesem Gesetz lag Schleswig-Holstein im Jahre 2000 bundesweit an der Spitze. Der Datenschutzbeauftragte berichtet, dass unsere Behörden dem Informationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger überwiegend aufgeschlossen gegenüberstehen und dass das Gesetz recht gut funktioniert. Auch für Firmen gibt es interessante Fragen, zum Beispiel nach welchen Kriterien Aufträge vergeben werden. International wird die Bedeutung von Informationsfreiheit insbesondere als wichtiges Instrument zur **Bekämpfung von Korruption** angesehen. Auch das sollten wir im Auge haben, wenn wir über diese Fragen reden.

Demokratie lebt von Transparenz. Offene Information und Transparenz tragen dazu bei, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen wahrnehmen können, und stärken so die Demokratie.

Besonders positiv an unserem Gesetz ist der voraussetzungslose Zugang. Niemand muss sein Interesse an den Akten begründen, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist, in denen Behörden häufig mit dem Argument, der Bürger müsse erst einmal nachweisen, warum er eine bestimmte Information haben wolle, Informationen im eigenen Interesse zurückhalten. **Behörden** haben immer ein gewisses Eigeninteresse. Das liegt auch in der Logik von Behörden. Daher glaube ich, dass unser Gesetz durchaus Maßstäbe gesetzt hat. Ich bedanke mich auch beim SSW, der damals und auch heute wieder den Anstoß gegeben hat, den wir gerne aufgegriffen haben.

Die Welt ändert sich und nun gibt es erneut Handlungsbedarf, den Anke Spoorendonk sehr gut beschrieben hat: Einerseits werden immer mehr behördliche Aufgaben ausgelagert und an **Private** gegeben. Diese fühlen sich durch das Gesetz nicht verpflichtet. Zum anderen ist das Umweltinformationsgesetz des Bundes und die EU-Umweltinformationsrichtlinie umzusetzen. Ich halte den Ansatz des SSW, das alles in einem Informationsfreiheitsgesetz zusammenzufassen, für einen guten Ansatz. Ich begrüße das. Wir hatten Anfang des Jahres ja mit dem damaligen Umweltminister noch eine Diskussion. Er hat dann Hinweise gegeben, wie man die ganze Sache hinkommen könnte. Ich habe den Eindruck, dass die Dinge eingearbeitet worden sind.

(Karl-Martin Hentschel)

Es gibt sicherlich noch das eine oder andere im Detail zu besprechen - das ist von CDU und SPD angesprochen worden -; das will ich gar nicht bestreiten. So etwas kann man ja auch im Ausschuss klären. Aber ich habe vernommen - ich hoffe, ich habe das richtig vernommen -, dass über die Fraktionen hinweg Einigkeit darin besteht, dass wir diese Weiterentwicklung und Verbesserung des Gesetzes wollen und dass hinsichtlich des Grundgedankens dessen, was vom SSW vorgetragen worden ist, kein Dissens besteht. Habe ich das so richtig verstanden?

(Lars Harms [SSW]: Ja!)

- Das freut mich außerordentlich. Wenn das so ist, dann freue ich mich auf die erfolgreichen Ausschussberatungen.

Ich bringe zum Schluss ein Zitat von einem Herrn Henning Schulte-Noelle, der sagte: „Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie an der falschen Stelle.“

In diesem Sinne glaube ich, dass die Ausschussberatungen erfolgreich sein werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Bevor ich das Wort dem Vertreter der FDP erteile, möchte das Präsidium auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen Technik aus Kiel sowie Justizsekretärsanwärterinnen und -anwärter beim Landgericht Lübeck herzlich begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Informationsfreiheitsgesetz hat sich in den Jahren seit seiner Einführung bewährt. Es hat sich als wirksames Mittel erwiesen, um interessierten oder betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Einblick in Verwaltungsvorgänge zu verschaffen und diese transparent zu machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW, dass Nachbesserungsbedarf besteht, wissen wir spätestens seit der Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts vom Spätsommer des letzten Jahres. Damals hat das Gericht anerkannt, dass ein Anspruch auf Einsicht der Akten für Bürgerinnen und Bürger auch dann besteht, wenn eine Behörde privatrechtlich handelt. Dies war bisher

im Gesetz nicht klar genug geregelt und daher stets umstritten.

Natürlich wirft das im Umkehrschluss aus unserer Sicht auch die Frage auf, ob auch **juristische Personen des Privatrechts** grundsätzlich auskunftspflichtig sein müssten, wenn sie als Beliehene für eine öffentlich-rechtliche Körperschaft handeln oder sich mehrheitlich im Eigentum einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft befinden.

Der SSW hat bereits Ende der letzten Legislaturperiode genau diese Fragen aufgegriffen und eine Initiative ins Parlament eingebracht, die unter anderem die eben angesprochenen Regelungslücken schließen sollte. Diese Initiative scheiterte nicht zuletzt daran, dass die Fraktionen im Rahmen der in der Legislaturperiode noch zur Verfügung stehenden Zeit keine Einigung über Einzelheiten des Gesetzes mehr zustande bekamen, obwohl die grundsätzliche Zielrichtung des damaligen Gesetzentwurfes von allen Fraktionen unterstützt wurde. Ich finde es deswegen gut, dass wir diesen Gesetzentwurf bereits zu Anfang der Legislaturperiode auf dem Tisch liegen haben und ausreichend Zeit haben, ihn umfassend im Ausschuss zu beraten.

Der heute vorgelegte Gesetzentwurf hat einen weiteren Vorteil: In ihm sind bereits vielfältige Änderungen aufgenommen worden, die insbesondere vom Landesdatenschützer gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf des SSW geäußert wurden. So wurde der **Behördenbegriff** des Gesetzes an den Behördenbegriff des Landesverwaltungsgesetzes angepasst und auch der Begriff der informationspflichtigen Stelle wurde grundsätzlich überarbeitet. Das war notwendig.

Dennoch müssen wir in den Ausschussberatungen einige weitere wichtige Punkte klären. Da geht es zunächst um die Ausweitung des Informationsanspruches gegenüber **privaten Unternehmen**. Die Einsichtsmöglichkeiten in die Unterlagen privater Dritter, die **öffentliche Aufgaben** erledigen, dürfen nicht dazu führen, dass Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse ausgespäht werden können. Es darf nicht so weit kommen, dass das Akteneinsichtsrecht dazu missbraucht werden könnte, dass der Antragsteller nur deshalb die Akten einsehen möchte, um sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Ob die hierzu vorgeschlagene Regelung im Gesetzentwurf des SSW ausreichend ist, müssen wir im Ausschuss weiter erörtern. Dazu ist eine Folgenabschätzung der von Ihnen vorgeschlagenen Regelung, glaube ich, sinnvoll und auch notwendig.

Auch die Frage, ob und wie die Umsetzung der EU-Umwelthinformativrichtlinie im Informationsfrei-

(Dr. Heiner Garg)

heitsgesetz erfolgen sollte, ist noch nicht ausreichend geklärt. Der Gesetzentwurf des SSW sieht genau diese Umsetzung vor. Die abgewählte Landesregierung hatte sich hingegen für einen Gesetzentwurf für ein eigenes Umweltinformationsgesetz entschieden. Wir meinen, dass der Ansatz des SSW grundsätzlich richtig ist, beide Regelungsbereiche in ein Gesetz zu fassen, damit für **Umweltbehörden** die gleiche Auskunftspflicht besteht wie für alle anderen Verwaltungen des Landes auch. Ob mit dem konkreten Gesetzentwurf allerdings die EU-Richtlinie optimal umgesetzt wird, müssen wir ebenfalls im Ausschuss klären.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Landesregierung erhält jetzt Herr Innenminister Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Koalitionsvertrag und die heutige Regierungserklärung sind von dem Ziel geprägt, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen und zu stärken. Die Bertelsmann-Stiftung formuliert das folgendermaßen: Die Menschen sollen sich künftig aktiver und verantwortlicher an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Doch dazu müssten sie dann auch in die Lage versetzt werden. Erster Schritt dahin sei die Möglichkeit, sich Meinung und Haltung auf der Grundlage gesicherter und umfassender Informationen bilden zu können. Dies impliziere einen **Rollenwandel** der staatlichen Verwaltung, weg von den Behörden, die Informationen exklusiv für eigene Anliegen verwerten, hin zu proaktiv kommunizierenden Körperschaften, die ihr Wissen allen Bürgern unabhängig von konkreten Anlässen zur Verfügung stellen. - Ein bisschen weniger intellektuell formuliert heißt das: Wir müssen auch im Zusammenhang mit unseren Prozessen bei der Verwaltungsmodernisierung daran arbeiten, dass das bürgernah, effizient und professionell ist, und zwar in der Weise, dass wir uns nicht fragen: „Warum müssen die das wissen?“, sondern indem wir davon ausgehen, dass die Bürger diese Verwaltung schließlich tragen und auch bezahlen. Sie ist für sie da und nicht umgekehrt. Das werden wir in anderem Rahmen ja auch noch diskutieren.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die Abgeordneten des SSW haben heute ihrer Ankündigung vom Januar dieses Jahres Taten folgen lassen und einen neuen Gesetzentwurf zur Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes vorgelegt, der drei

wesentliche Ziele zum Gegenstand hat, über die im Landtag und in den Ausschüssen zu beraten sein wird: Erstens. Die **Europäische Umweltinformationsrichtlinie** 2003/4 EG ist zwingend in Landesrecht umzusetzen. Der Bund ist dieser Verpflichtung fristgemäß im Februar 2005 nachgekommen, allerdings nur für seine Behörden. Die vorherige Landesregierung hatte dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, der jedoch wegen des Ablaufs der Legislaturperiode nicht mehr behandelt werden konnte. Es besteht also Handlungsbedarf.

Zweitens. Wir wollen - da stimme ich zu - durch die Zusammenlegung von Gesetzen deregulierend wirken. In direktem Zusammenhang mit der Verpflichtung zum Erlass eines Landesumweltinformationsgesetzes steht die Frage, wie die Umsetzung gesetzestechnisch erfolgen soll. Möglich wäre dies - wie bereits Anfang des Jahres vorgesehen - durch ein eigenständiges Gesetz. Ich halte es aber für richtig, inhaltlich zusammenhängende **Rechtsbereiche** nicht in verschiedenen Gesetzen, sondern in einem Gesetz zu normieren.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Wir wollen die **Rechtsanwendung** erleichtern. Wir wollen die Verständlichkeit verbessern und wir wollen insgesamt dazu beitragen, dass etwas herauskommt, was auch unserem Anspruch gerecht wird, weniger Gesetzesregelungen zu machen und nicht mehr.

Zurzeit wird in einer Arbeitsgruppe aus dem Landwirtschafts- und Umweltministerium sowie dem Innenministerium daran gearbeitet, die Regelung der EG, die Umweltinformationsrichtlinie, mit dem bestehenden allgemeinen **Informationsanspruch** zusammenzuführen. Diese Zielsetzung entspricht insofern grundsätzlich der Absicht des SSW-Gesetzentwurfs. Allerdings bedarf es noch sorgfältiger Prüfung und einer Vielzahl neuer Formulierungen, wobei ich glaube, dass der Gesetzentwurf des SSW durchaus eine Reihe guter Anregungen enthält.

Drittens. Problematischer bleibt es, den Rechtsanspruch für den Zugang zu allgemeinen Verwaltungsinformationen auf **Private**, die öffentliche Aufgaben erfüllen, auszudehnen. Während dies für den Bereich der Umweltinformationen durch die EG-Umweltinformationsrichtlinie im Interesse einer Stärkung des Umweltbewusstseins und letztlich einer Verbesserung des Umweltschutzes zu erfolgen hat, besteht für den Bereich der allgemeinen Informationen keine derartige Vorgabe und aus meiner Sicht auch kein übergeordneter Bedarf. Damit greifen wir auch die Bedenken auf, die die kommunalen Landesverbände, die die

(Minister Dr. Ralf Stegner)

IHK Kiel und die andere geäußert haben, als sie sich in der schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf des SSW geäußert haben. Alle Beteiligten waren sich stets darüber einig, dass Informationsfreiheit da ihre Grenzen haben muss, wo persönliche Daten, Wirtschaftsgeheimnisse oder das Wohl der Allgemeinheit geschützt werden müssen. Ich denke, dass man dies auch vernünftig regeln kann.

Die Landesregierung schlägt Ihnen vor, die Beratungen über den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW bis zur Einbringung unseres Entwurfes zurückzustellen. Das heißt nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen wollen, liebe Anke Spoorendonk, sondern, dass wir das zügig abarbeiten wollen. Wir werden die **europarechtlichen Vorgaben** so schnell wie möglich, aber auch mit der notwendigen Sorgfalt realisieren.

Lassen Sie mich abschließend meine Haltung zum Thema Informationsfreiheit mit Willy Brandt so formulieren:

„So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann.“

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/82 federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Es ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 16/12

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Für die antragstellende Fraktion erhält der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die dem Landtag auch in der letzten Wahlperiode angehört haben, ist dieser Gesetzentwurf sozusagen ein alter Bekannter. Die FDP-Fraktion hat ihn bereits im letzten Jahr einmal eingebracht. Er konnte dann nach dem Zeitablauf nicht mehr abschließend beraten werden - vor allem, weil die Anhörungen dazu nicht mehr durchgeführt werden konnten.

Im Plenum haben alle Fraktionen in der alten Wahlperiode signalisiert, dass sie inhaltlich mit der Stärkung der **Mitwirkungsrechte der Elternschaft** im Bereich Kindertageseinrichtungen einverstanden sind, unser Anliegen also unterstützen. Ich hatte in der Landtagstagung, die wir Ende Januar durchgeführt haben, angekündigt, dass wir unseren Gesetzentwurf alsbald mit dem Ziel wieder einbringen würden, dieses Anliegen im Landesrecht unter Dach und Fach zu bringen. Der Koalitionsvertrag hat eine entsprechende Formulierung in punkto Stärkung der Elternmitwirkung im Kita-Bereich gebracht. Ich gehe also davon aus, dass auch SPD und CDU bei ihrer angekündigten Unterstützung unseres Anliegens bleiben. Für allfällige Verbesserungsvorschläge, die sich auch aus der Anhörung ergeben könnten, sind wir selbstverständlich offen. Wir meinen aber, die Sache sollte wirklich rasch gesetzlich unter Dach und Fach gebracht werden, weil im Bereich der Kindertageseinrichtungen, im Vorschulbereich insgesamt wichtige Weichenstellungen anstehen, etwa die Entscheidung über die künftige Form der Kita-Finanzierung. Da läuft mit diesem Jahr ja eine Regelung aus.

Auch die allseits angestrebte Stärkung des Bildungsauftrages der Kindertageseinrichtungen ist ein Thema, das die Einbeziehung der Eltern auch auf **Kreis- und Landesebene** auf gesetzlicher Grundlage notwendig macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt eine solche Elternmitwirkung bislang nach gesetzlicher Verankerung nur auf der Ebene der einzelnen Kitas. Deshalb schlagen wir zwei Punkte vor:

Die Einführung eines § 17 a in das Kindertagesstättengesetz. Es soll analog zu dem im Schulbereich schon lange üblichen Verfahren auf Kreis- und auf Landesebene jeweils eine Elternvertretung für den Kindertagesstättenbereich eingerichtet werden. Diese Elternvertretungen sollen gegenüber den örtlichen Trägern der Jugendhilfe beziehungsweise auf Landesebene gegenüber den zuständigen Ministerien ein **Anhörungs- und ein Informationsrecht** haben. Sie

(Dr. Ekkehard Klug)

sollen in Zukunft bei allen wichtigen Fragen beteiligt werden.

Artikel 2 unseres Entwurfs sieht vor, dass die Vorsitzenden der regionalen Elternvertretungen aus dem Kindertagesstättenbereich mit beratender Stimme an den Jugendhilfeausschüssen der Kreise beziehungsweise der kreisfreien Städte beteiligt werden.

Ich beantrage Überweisung dieses Gesetzentwurfs an den Bildungsausschuss, mitberatend den Sozialausschuss und hoffe, dass wir uns - so, wie das in der alten Wahlperiode eigentlich absehbar war - auch in der Sache einigen werden.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Heike Franzen das Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die erste Rede, die die Kollegin in diesem hohen Haus hält. Ich bitte, es ihr durch Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit leicht zu machen.

(Beifall)

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich ausgerechnet in meiner ersten Rede in diesem Haus zu einem Thema sprechen kann, dem ich seit vielen Jahren sehr verbunden bin. Ich habe mich auf Ortsebene bis auf die Bundesebene seit 14 Jahren intensiv damit beschäftigt. Es geht um Elternvertretungen.

Ich glaube, sagen zu können, dass ich mich in diesem Bereich ein bisschen auskenne, und bin deswegen auch froh darüber, dass wir den Gesetzentwurf in der letzten Landtagsperiode nicht noch auf den „letzten Drücker“ verabschiedet haben.

Eine Elternvertretung auf Kreis- und Landesebene für die Kindertagesstätteneltern ist längst überfällig. Man fragt sich in der Tat, wieso es sie nicht schon längst gibt und warum sie nicht rechtlich verankert ist. Man muss aber auch sagen, dass man so eine rechtliche Grundlage für Elternvertretungen nicht einmal eben so aus dem Boden stampfen kann, sondern mit allen Beteiligten gemeinsam eine Lösung finden muss.

Mit der rechtlichen Verankerung von **Kreis- und Landeselternvertretungen** sind, wenn man es den Elternvertretungen der Schulen gleichmachen will, auch Kosten wie Reisekostenentschädigungen, Sit-

zungsgelder und Verbrauchsmaterialien verbunden, die nicht ausschließlich zulasten des Landeshaushalts gehen, sondern auch zulasten der Kommunen. Diese Kosten werden uns alle zwar nicht viel ärmer machen, als wir ohnehin schon sind. Dennoch müssen wir mit den Beteiligten reden, die diese Kosten tragen sollen.

Sie wollen mit Ihrem Gesetzentwurf eine **Gleichstellung** der Kita-Elternvertretungen zu denen der **Schulen** schaffen. Dabei ist auch darauf zu achten, dass man die Elternvertretungen der Schulen und der Kindertagesstätten nicht unterschiedlich behandelt und dass eine pragmatische Lösung gefunden wird, die sich an den etwas anderen Anforderungen der Jugendhilfe orientiert.

Darum lassen sie mich kurz - ohne Wertung - ein paar Dinge nennen, die in Ihrem Gesetzentwurf stehen, die eben nicht der Gleichstellung der Elternvertretungen von Kita und Schulen dienen.

Als Erstes sollten wir definieren, was denn eigentlich inhaltlich Aufgaben der Elternvertretungen sein sollen. Für die Elternvertretung der Schulen gibt es eine solche Definition.

Die Kita-Eltern sollen jedes Jahr Kreis- und Landeselternvertretung wählen. An den Schulen gibt es einen zweijährigen Rhythmus.

Der Vorstand ist etwas anders zusammengesetzt. Die Kindertagesstätten sollen sich eine Geschäftsordnung geben; dass müssen Elternvertretungen der Schulen im Übrigen nicht.

Hinsichtlich der Vorstände wollen Sie auch eine Regelung einführen, dass er aus vier Mitgliedern besteht; im Schulbereich sind es drei.

Die Elternvertretungen der Kindertagesstätten sollen an den Sitzungen der Jugendhilfeausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen. Das ist für die Elternvertretungen der Schulen in den entsprechenden Schulausschüssen der Schulträger nicht der Fall.

Sie sehen also, dass es noch eine Menge zu beraten gibt, wenn man hier tatsächlich eine **Gleichstellung** der Elternvertretungen erreichen will. Im Übrigen ist die Zusammenarbeit von Politik und Interessenvertretungen eher eine Sache des Wollens als eine Sache der rechtlichen Pflicht. Aus der Erfahrung heraus kann ich Ihnen sagen, dass ihnen die rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit wenig hilft, wenn einer der Partner die Zusammenarbeit nicht will. Die CDU-Fraktion aber will diese Zusammenarbeit. Da wir uns ohnehin mit einem neuen Kindertagesstätten-gesetz und mit dem neuen Bildungsauftrag für diesen Bereich beschäftigen werden müssen, macht es Sinn,

(Heike Franzen)

in diesem Zusammenhang auch über die Stärkung der Rechte von Eltern in Kindertagesstätten zu sprechen und ein Gesetz aus einem Guss zu machen. Aus diesem Grunde beantrage ich für die CDU-Fraktion die Überweisung in den Bildungsausschuss.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Astrid Höfs das Wort.

Astrid Höfs [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat so, dass das Thema der Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten fast zu einem Dauerbrenner geworden ist. Wir haben in der letzten Legislaturperiode zweimal darüber gesprochen. Alle Fraktionen haben es begrüßt, dass eine solche Einrichtung geschaffen werden soll, um die Mitwirkungsrechte zu stärken. Mitspracherechte von Eltern sind eigentlich in jedem Fall erwünscht. Wir begrüßen es, dass die Mitwirkungsrechte gestärkt werden sollen. Mitspracherechte bedeuten natürlich auch **Mitverantwortung** für alle Entscheidungen, die in den Kindertagesstätten getroffen werden.

Ich begrüße es in jedem Falle, wenn Eltern sich für ihre Kinder stark machen. Für die Kindertagesstätten trägt natürlich nicht nur das Land Mitverantwortung, wie hier bereits angesprochen wurde. Auch in der letzten Legislaturperiode wurde dies schon angesprochen. Natürlich ist es so, dass auch andere Ebenen betroffen sind. Die Kreise, die kreisfreien Städte und die privaten Träger sind ebenfalls betroffen. Insofern sind auch sie von der Gesetzesänderung berührt. Die Gesetzesänderung ist dann sozusagen auch für die anderen Haushalte relevant, über die wir ja nicht entscheiden können. Wir kennen das alle. Die kommunalen Verbände müssen dann ebenso wie die Träger zu diesem Thema gehört werden. Die Landeselternvertretung sollte dazu, wie ich finde, gehört werden. Durch diese Anhörung soll Gelegenheit gegeben werden, Anregungen und gegebenenfalls auch Bedenken einzubringen. Alle Beteiligten sollen schließlich auf der Basis der Gesetzesänderung in der neuen Form zusammenarbeiten können. Mit der Gesetzesänderung ist, wie ich denke, eine gute Voraussetzung für eine vernünftige Zusammenarbeit in der Zukunft gegeben. Die Landesregierung will noch in diesem Jahr eine Novelle zum Kindertagesstättengesetz vorlegen. Das wurde heute Morgen in der Regierungserklärung schon angesprochen. Die beiden Themen **Bildungsauftrag** und **Mitwirkungsrechte** sollen angegangen

werden. Ich halte es für vernünftig, dies in einem Zuge zu tun. Es ist meines Erachtens nicht sinnvoll, zunächst das Thema Mitwirkungsrechte und später dann wiederum das Thema Bildungsauftrag anzugehen. Es macht vielmehr Sinn, die Themen gemeinsam anzugehen und auch die Anhörung zu beiden Themen - Mitwirkungsrechte und Bildungsauftrag - durchzuführen. Dies kann also gemeinsam auf den Weg gebracht werden.

Herr Klug hat für seine Fraktion beantragt, den Gesetzentwurf dem Ausschuss zu überweisen. Wir von der SPD-Fraktion sind auch dieser Meinung. Da alles in unmittelbarer zeitlicher Nähe geschieht, wird es der Vorlage, wie ich denke, auch gerecht. Wir werden dann in der zweiten Jahreshälfte zur Beschlussfassung kommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält nun Frau Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die grüne Fraktion begrüßt das Anliegen des Gesetzentwurfes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes. Das haben wir auch schon vor der Wahl in unserem Beitrag deutlich gemacht. Ziel ist es, zu einer gesetzlichen Verankerung der Mitwirkungsrechte von Eltern in Kindertagesstätten auf allen Ebenen zu kommen. Viele Debatten und Auseinandersetzungen in den vergangenen Jahren über die Qualität von Kindertagesstätten haben gezeigt, dass die Organisationskraft der Eltern landesweit gewachsen ist. Seit einiger Zeit gibt es über die Elternvertretung der einzelnen Kindertagesstätten hinaus in vielen Kreisen und kreisfreien Städten aktive **Elternvertretungen**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Auch eine Landeselternvertretung wurde gegründet. Sie hat in den letzten Jahren aktiv an den langwierigen Diskussionen über eine Novellierung des Kindertagesstättengesetzes teilgenommen. Sie hat sich beteiligt. Sie hat sich intensiv und erfolgreich im Interesse der Kinder und der Eltern eingemischt. Ich sage an dieser Stelle herzlichen Dank für diese ehrenamtliche Arbeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

(Monika Heinold)

Die Feuerprobe für eine aktive Interessenvertretung ist also bereits bestanden. Diese Entwicklung ist wichtig und begrüßenswert und sie wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf unterstützt.

Die Stärkung der **Elternrechte** sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen ist notwendig, da die Eltern in organisierter Form somit die Möglichkeit haben, sich unter anderem an der Diskussion über die Finanzierung der Kindertagesstätten, aber auch über die Ausgestaltung der Sozialstaffel zu beteiligen. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist ein pragmatischer Vorschlag, um die Elternmitwirkung zu stärken. Natürlich muss er im Sozialausschuss beraten werden. Richtig ist auch, dass wir dazu eine Anhörung durchführen, um mit den Praktikern vor Ort zu sprechen und um die Kommunen und die Träger an der Diskussion zu beteiligen.

Es mag Details geben, die noch verändert werden können. Für entsprechende Regelungsvorschläge sind wir offen. Sie können im Rahmen der Anhörung unterbreitet werden. So kann sich meine Fraktion beispielsweise vorstellen, die Landeselternvertretung zum beratenden Mitglied im **Landesjugendhilfeausschuss** zu machen. Darüber sollten wir miteinander diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Lars Harms [SSW])

Ich war in der letzten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses anwesend, in der sich der Ausschuss vier Stunden intensiv mit dem Kindertagesstättengesetz beschäftigt hat. Ich finde, die Elternvertreterinnen und -vertreter gehören in diesem Ausschuss mit an den Tisch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir sollten sehr froh sein, dass es Eltern gibt, die aktiv ihre Mitwirkungsrechte wahrnehmen wollen und dies auch tun. Sie verdienen unsere Unterstützung. Allzu oft beklagen wir genau die gegenteilige Situation, nämlich dass Eltern sich nicht mehr um ihre Kinder kümmern. Insofern ist es gut und wichtig, wenn Eltern präsent sind und für die Rechte ihrer Kinder kämpfen.

Wir sollten den Gesetzentwurf deshalb auch nicht auf die lange Bank schieben. Die Formulierung im Koalitionsvertrag ist eindeutig. Dort wird nicht von den **Kosten für die Kommunen** gesprochen. Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot heißt es vielmehr ganz klar und ohne Wenn und Aber, ohne Einschränkung: Die Mitwirkungsrechte der Eltern auf Kreis- und

Landesebene werden im Kindertagesstättengesetz verankert. - Das ist unmissverständlich. Meine Damen und Herren von der großen Koalition, Sie sollten dies ernst nehmen.

Wenn ich die Ausführungen der Bildungsministerin, die ja im Amt geblieben ist, richtig in Erinnerung habe, hat sie vor der Wahl appelliert, dass wir eine Änderung dieses Gesetzes gerade nicht zum Anlass nehmen sollten, um das Kindertagesstättengesetz grundsätzlich auf neue Füße zu stellen. Sie hat vielmehr darum gebeten, eine solche Regelung wie die jetzt vorgesehene, wenn wir als Parlament eine solche denn schon treffen wollten - so hat sie es ungefähr ausgedrückt -, isoliert und ohne eine große Grundsatzdiskussion zu treffen. Ich hoffe, ich habe es so richtig in Erinnerung. Deshalb appelliere ich an Sie, Frau Erdsiek-Rave: Setzen Sie sich auch jetzt für diesen Weg ein! Damit können wir sehr schnell dazu beitragen, dass das, was die Landeselternvertretung in der Steuerungsgruppe auch jetzt schon tut, nämlich über die Neugestaltung des Kindertagesstättengesetzes zu diskutieren, dann auch in einem geordneten, einem rechtlich geregelten Rahmen getan werden kann. Ich bitte das Parlament, dass wir sehr schnell diese kleine, aber dennoch wichtige Gesetzesänderung vornehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich auf der Tribüne besonders den stellvertretenden Vorsitzenden der Landeselternvertretung der Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein, Herrn Jürgen Kulp. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Jetzt erteile ich für den SSW Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben von Herrn Klug eben schon gehört, dass der Gesetzentwurf, der damals von der Fraktion der FDP eingebracht worden ist, am Ende der letzten Legislaturperiode der Diskontinuität anheim gefallen ist. Der SSW hat den Gesetzentwurf bereits in der letzten Legislaturperiode sehr positiv gesehen und begrüßt. Kernpunkt des Gesetzentwurfes ist, dass in Anlehnung an die Elternbeiräte im schulischen Bereich jetzt auch in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt Elternvertretungen für die Kindertagesstätten geschaffen werden. Der SSW hat sich schon immer

(Lars Harms)

für mehr **Mitbestimmungsrechte** der Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft eingesetzt. So hat sich der SSW für die Drittelparität in den Schulkonferenzen, wo sowohl Eltern als auch Schüler und Lehrer an der schulischen Entwicklung mitwirken können, ausgesprochen.

Für eine demokratische Bürgergesellschaft ist es entscheidend, dass die Bürgerinnen und Bürger sich aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligen. Gerade dem Kita-Bereich gilt in den nächsten Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit, denn in den Kindertagesstätten werden wichtige Grundlagen für die weitere Entwicklung der Kinder und die späteren Bildungsprozesse geschaffen. Daher müssen die Eltern hier ein besonderes Mitspracherecht haben.

Natürlich gibt es bereits heute Elternvertretungen, aber ihre Rechte sind nicht so ausgeprägt wie die Rechte der Eltern in unseren Schulen. Die FDP will das Ziel der verstärkten Mitwirkungsrechte der Eltern erreichen, indem gesetzlich festgeschrieben wird, dass die Sprecherinnen und Sprecher der Kindertagesstätten, die es bereits heute nach § 17 Abs. 3 gibt, einen **Elternbeirat** auf Kreisebene oder in den kreisfreien Städte bilden sollen. Dieser Elternbeirat wählt dann einen Vorstand, der die Interessen der Kindertagesstätten gegenüber den örtlichen Trägern der Jugendhilfe und den Kommunalparlamenten vertritt. Ein solcher gesetzlich vorgeschriebener Elternbeirat hat natürlich ein ganz anderes Gewicht gegenüber den Kommunalpolitikern als die bisherigen Elternvertreter. Dies ist nicht ganz unwichtig, wenn wieder einmal Kürzungen im Kita-Bereich anstehen, wie es zum Beispiel in den CDU-regierten Kreisen Schleswig, Flensburg und Nordfriesland in der Vergangenheit geschah.

Auch der Vorschlag, dass die oder der Vorsitzende der jeweiligen Kreis- oder Stadteltervertretung an den Sitzungen des **Jugendhilfeausschusses** als beratendes Mitglied teilnehmen kann, findet grundsätzlich unsere Unterstützung. Ich kann bestätigen, was Frau Kollegin Heinold vorhin gesagt hat mit dem Jugendhilfeausschuss, wie wichtig die Diskussionen dort sind. Dort haben nur die Träger und die Politik diskutiert und ich denke mir, wenn es um die zukünftige Kindergartenfinanzierung geht, ist es nur recht und billig, dass auch die Eltern mitdiskutieren dürfen. So bekommen die Elternvertretungen schneller Zugang zu den relevanten Informationen und können auch Entscheidungen des Jugendhilfeausschusses schon im Vorfeld argumentativ beeinflussen. Dass letztlich der Gesetzentwurf auch noch vorsieht, dass die Kreis- oder Stadteltervertretungen jeweils aus ihrer Mitte

Vertreterinnen oder Vertreter für die **Landeselternvertretung** benennen, ist nur logisch und sinnvoll.

Im Anhörungsverfahren zu diesem Gesetzentwurf in der letzten Legislaturperiode gab es seitens der Landesregierung Verbesserungsvorschläge zum ursprünglichen Entwurf. Auch die Kommunen hatten ihre Bedenken geäußert. Sie hatten befürchtet, dass das entscheidende **Mitspracherecht der Kommunen** über ihre Verbände bei diesem Vorschlag entzogen würde. Diese Befürchtung teilt der SSW allerdings nicht. Wir haben aber im zukünftigen Anhörungsverfahren ausreichend Zeit, um diese Bedenken zu diskutieren. Wichtig bleibt aber aus unserer Sicht, dass die Eltern bei der zukünftigen Entwicklung im Kita-Bereich ein besonderes Mitspracherecht bekommen.

Deshalb ist die FDP-Initiative eine gute Initiative. Ziel sollte es dann allerdings auch sein, zum neuen Kindergartenjahr ab August eine Regelung zu haben und nicht länger zu warten. Wir sollten das Ganze zügig umsetzen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Landesregierung erteile ich der Bildungsministerin, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag und auch heute Morgen die Regierungserklärung machen in Sachen vorschulische Bildung, Sprachförderung, weitere Entwicklung der Kindertagesstätten klare und eindeutige Aussagen. Das gilt sowohl für den Landeszuschuss für die Kindertageseinrichtungen, das gilt aber auch für die vorschulische Sprachförderung, wo wir sehr viel Geld in die Hand nehmen wollen, und das gilt auch für die Absicherung der Mitwirkungsrechte der Eltern, auch in finanzieller Hinsicht. Hier herrscht wirklich Klarheit und darüber bin ich sehr froh.

Wir sind uns sehr einig, dass der **vorschulische Bildungsweg**, der im Kindergarten beginnt, abgesichert werden muss durch finanzielle Mittel. Wir sind uns auch einig, dass dies ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Wir haben in der Vergangenheit mit der Landeselternvertretung der Kita sehr gut zusammengearbeitet. Wir wollen diese Zusammenarbeit fortsetzen. Ich danke bei dieser Gelegenheit Herrn Weiner, der heute nicht hier ist, für

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

die konstruktive Arbeit und wünsche seinem Nachfolger, Herrn Kulp, alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall bei SPD und CDU)

Hier gibt es also viel Kontinuität. Beide, der ehemalige und der aktuelle Vorsitzende, haben bereits an der ersten Sitzung dieser Legislaturperiode der Kita-Steuerungsgruppe teilgenommen, ebenso die Wohlfahrtsverbände und die kommunalen Landesverbände.

Meine Damen und Herren, Ziel der Landesregierung ist es, das Kindertagesstättengesetz in Schleswig-Holstein zügig, also jetzt umgehend, aber auch umfassend zu reformieren. Das heißt, neben den Mitwirkungsrechten der Eltern wollen wir zugleich den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen und die **Zusammenarbeit** zwischen **Kita** und **Grundschule** im Gesetz berücksichtigen. Es erscheint uns sinnvoll, dies in einem Zuge in einer Novelle zu tun.

Aber auch bei der Frage der Mitwirkung, Herr Dr. Klug, gibt es noch offene Fragen, die im Vorfeld geklärt werden müssen. Nur dann können wir gute Arbeitsvoraussetzungen schaffen und nur dann kommen wir zu Lösungen - da haben Sie absolut Recht, Frau Franzen -, die auch von der kommunalen Seite mitgetragen werden können. Es geht ja nicht nur um die finanzielle Absicherung, sondern um all das, was wir im Kindertagesstättengesetz neu regeln wollen. Sie sind unsere Partner in der Kita-Arbeit und handwerkliche Fehler, ungeklärte Kompetenzen, aber auch ungenaue Aufgabenbeschreibungen - auch das finde ich wichtig - dürfen wir uns und sollten wir uns nicht leisten. Dazu ist das Vorhaben viel zu wichtig. Leider ist von diesen handwerklichen Fehlern der FDP-Antrag nicht frei. Ich habe darauf bereits in der letzten Wahlperiode in der letzten Diskussion verwiesen. All das wird jetzt geklärt und umgehend auf den Weg gebracht.

Die Landesregierung wird noch in diesem Sommer ein solches Gesetz vorlegen, damit es zum 1. Januar 2006, wenn dann die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen da sind, in Kraft treten kann. Ich glaube, das ist eine Verzögerung, aber ist dann auch eine umfassende Lösung, die alle gemeinsam gut tragen können. Der FDP-Entwurf soll sicherlich in seinen Grundzügen in dieses Gesetz mit einfließen. Für dieses Vorgehen bitte ich um Unterstützung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/12 federführend an

den Bildungsausschuss, mitberatend an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Es ist so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor die Plenarsitzung mit der Feierstunde zur Würdigung „50 Jahre Bonn/Kopenhagener Erklärungen“ fortgesetzt wird, unterbreche ich die Sitzung bis 17 Uhr.

(Unterbrechung: 16:46 bis 17:00 Uhr)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe einen weiteren Punkt unserer heutigen Tagesordnung auf:

Feierstunde „50 Jahre Bonn/Kopenhagener Erklärungen“

Es ist mir eine besondere Freude, dass ich heute neben mir auf dem Präsidentenstuhl den derzeitigen Vizepräsidenten des Folketing und früheren Außenminister des Königreichs Dänemark, Herrn Niels Helveg Petersen, begrüßen darf.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Niels Helveg Petersen ist gestern Abend aus China zurückgekommen. Umso mehr gilt ihm unser Dank, dass er heute - trotz Jetlags - mit uns zum Thema Bonn/Kopenhagener Erklärungen diskutieren will, nachher in der Parlamentarischen Gesellschaft, aber dazu gleich auch hier Ausführungen machen will. Herr Petersen, ich bedanke mich ganz herzlich und freue mich, dass Sie nachher zu uns sprechen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag und der Landesregierung! Der Schleswig-Holsteinische Landtag würdigt im Rahmen seiner heutigen Plenarsitzung mit einer Feierstunde ein bedeutendes Jubiläum: 50 Jahre Bonn/Kopenhagener Erklärungen. Das ist eine Premiere in unserer Parlamentstradition und in unserer Parlamentspraxis.

Es ist auch ein Novum, dass ein externer Redner, der nicht Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages oder der Regierung ist, in einer Plenarsitzung zum hohen Haus spricht.

Zur Feier des Tages – diese im Deutschen sprichwörtliche Formulierung passt, meine ich, in jeder Hinsicht – wird heute der Vizepräsident des dänischen Folketing und langjährige frühere Außenminister des Königreichs Dänemark, Herr Niels Helveg Petersen, das

(Präsident Martin Kayenburg)

Wort nehmen. Ich heiÙe Sie, Exzellenz, im Namen von Parlament und Regierung herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich freue mich über die nahezu vollständige Anwesenheit der Landesregierung und darf sagen: Ministerpräsident Peter Harry Carstensen wird gleich kommen. Er befindet sich zurzeit noch in Itzehoe anlässlich eines Besuchs von Bundespräsident Köhler. Der Ministerpräsident wird Herrn Petersen im Anschluss an diese Feierstunde zu einem Gespräch empfangen. Ich denke, dass wir dies mit besonderer Freude begrüÙen können, zeigt es doch, wie sehr Regierung und Parlament an dem politischen Gespräch und an dem engen Kontakt mit unseren Nachbarn auf der anderen Seite des Fehmarnbelt gelegen ist.

Heute steht aber nicht die „nasse Grenze“ im Mittelpunkt, die nach unserem überwiegenden Willen möglichst bald mit einer festen Verbindung überwunden werden soll. Heute befassen wir uns mit einer anderen Grenze zwischen Deutschland und Dänemark, der Landgrenze in unseren westlichen Landesteilen, vielleicht aber auch mit einer Grenze in manchen Köpfen.

Die Landgrenze ist seit 1920 fest und sie liegt fest. Sie hat für den Übergang, als Verbindung von Nord nach Süd und von Süd nach Nord längst keinen trennenden Charakter mehr. Wenn die Grenze, was paradox erscheinen mag, heute mehr verbindet als abgrenzt, so ist dies zuallererst ein Verdienst der Menschen im deutsch-dänischen Grenzland und insbesondere der Minderheiten auf beiden Seiten.

Einen weiteren Aspekt will ich in unsere Betrachtungen einbeziehen, wenn wir 50 Jahre Bonn/Kopenhagener Erklärungen würdigen. Dies sind die Leistungen von Politikergenerationen vor uns, die vorausschauend den Weg zur Verständigung und zu friedlichem Ausgleich im deutsch-dänischen Grenzland bereitet haben.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident, als wir uns vor acht Tagen in Kopenhagen auf Christiansborg trafen, haben wir uns auch über die Sprache unterhalten, in der Sie zu uns sprechen würden. Sie haben eine breite Palette zur Verfügung: Dänisch, Deutsch oder Englisch, die moderne lingua franca des Ostseeraumes. Mein Vorschlag, nach einer Kostprobe Ihrer deutschen Sprachfertigkeit - wenn Sie es wünschen - in Ihre Muttersprache zu wechseln, war zuallererst eine Frage der Höflichkeit an unseren hohen Gast. Ich wollte uns aber auch die Chance bieten, erstmalig die simultane Übersetzungsanlage in diesem Hause zu nutzen, die gerade für solche Anlässe angeschafft worden ist. Diejenigen, die heute Morgen an der Ple-

nardebatte teilgenommen haben, haben es bereits an den Mikros bemerkt: Die zentrale Steuereinheit für die Sprechanlage ist ausgefallen. Das ist ein typischer Premierenschaden, den wir aber heilen können, weil wir - dies ist die zweite Premiere - einen Dolmetscher haben, der dann konsekutiv - mit Unterbrechungen - übersetzen wird. Insofern werden wir, denke ich, dieses kleine Missgeschick überwinden.

Die Sprachenfrage aber und die damit verbundenen Probleme sind heute ganz anderer Natur als früher. Kein Geringerer als der damalige Außenminister Niels Helveg Petersen hat darauf aufmerksam gemacht, als er vor zehn Jahren bei dem Festakt anlässlich des 40. Jubiläums der Bonn/Kopenhagener Erklärungen im Ständesaal des Schleswiger Rathauses den Jahrestag würdigte, übrigens gemeinsam mit dem damaligen Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel. In demselben Saal war vor 160 Jahren die Schleswigsche Ständeversammlung zusammengetreten, in Verbindung mit der Holsteinischen Ständeversammlung von Itzehoe, dem Vorläufer unseres Landtages. Insofern ist es nur konsequent, dass wir unseren Gast heute hier in diesen Räumen haben.

Die Ständeversammlung war nicht nur Vorschule unserer heutigen Demokratie, sondern auch die Stätte, an der die aufkeimenden nationalen Gedanken zum Teil hart aufeinander stießen. Das bekam zum Beispiel auch der Deputierte aus Sonderburg, Peter Hjort Lorenzen, zu spüren: Ihm wurde das Wort entzogen, weil er dänisch sprach!

Sehr geehrter Herr Kollege Helveg Petersen, wenn Sie heute gewissermaßen Ihr eigenes „Jubiläum“ feiern - denn Sie sind nach zehn Jahren erneut aus demselben Anlass in Schleswig-Holstein -, ist dies ein bemerkenswertes Zeichen von Verbundenheit, aber auch von Kontinuität, selbst wenn Sie heute aus einem anderen Amt heraus zu uns sprechen werden.

Wenn man die Reden nachliest, die vor zehn Jahren, am 29. März 1995, in Schleswig gehalten worden sind, so haben sie nichts an Aktualität und Aussagekraft eingebüÙt. Wenn man weitere zehn Jahre zurückgeht und in die ebenfalls gut dokumentierten Ansprachen dänischer und deutscher Politiker blickt, gewinnt man einen ähnlichen Eindruck.

Ob man also auf die Würdigung der Bonn/Kopenhagener Erklärungen vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren zurückblickt - mir fällt auf und es fasziniert mich die Gemeinsamkeit, die politische Übereinstimmung in der grundsätzlich positiven Beurteilung: ein parteiübergreifender Konsens nicht nur in

(Präsident Martin Kayenburg)

Schleswig-Holstein, sondern in Deutschland und Dänemark.

Dieses Ergebnis mag auch dazu beigetragen haben, dass die im Ältestenrat des Schleswig-Holsteinischen Landtages versammelten Fraktionen und die Vertreterin des SSW von der ursprünglich angedachten Konzeption einer Parlamentsdebatte zur Würdigung des 50. Jahrestages der Bonn/Kopenhagener Erklärungen abgerückt sind und stattdessen vorgeschlagen haben, dass einer für alle spricht; denn das Studium zahlreicher Reden, Kommentare und umfangreichen Aktenmaterials in Vorbereitung auf diesen Tag zeigt, dass wir in der Beurteilung der Lage und in der Zielvorstellung unserer Minderheitenpolitik einig sind.

Der Umstand, dass der Chef der Staatskanzlei als Vertreter der Landesregierung keine Redezeiten für den Ministerpräsidenten reklamierte, zeugt nicht nur von seinem ausgeprägten Parlamentsverständnis. Es ist - und das ist viel wichtiger - ein Beleg für die große Übereinstimmung zwischen Parlament und Regierung, wenn es um die Angelegenheiten der Minderheiten im Grenzland geht.

(Beifall im ganzen Haus)

In diese Feststellung will ich ausdrücklich auch die Vorgänger-Regierungen und alle demokratischen Kräfte in Deutschland einschließen. Es war mit Bruno Diekmann ein sozialdemokratischer Ministerpräsident, der im September 1949 im Schleswig-Holsteinischen Landtag die Kieler Erklärung verkündete. Sie gilt mit Recht als Wegbereiter für die Erklärungen, die der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der dänische Ministerpräsident Hans Christian Hansen am 29. März 1955 auf dem Petersberg bei Bonn unterzeichneten. Mit diesen Erklärungen wurde der Grundstein für eine beispielhafte und zukunftsweisende Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland gelegt.

Sachgerecht und logisch müssten jetzt Überlegungen zum Bekenntnisgrundsatz und zum Loyalitätsprinzip als den tragenden Säulen der Bonn/Kopenhagener Erklärungen folgen. Vor zwanzig Jahren - ich erwähnte es - oder auch vor zehn Jahren sind ebenfalls große Jubiläen gefeiert worden und das damals in zahlreichen Reden Gesagte ist unverändert gültig, wichtig und richtig. Deswegen will ich diese grundsätzlichen Erwägungen hier und heute nicht nur mit anderen Worten wiederholen. Es war alles so konsensual - und sollte auch so sein -, dass ein politischer Redakteur und bekannter Feuilletonist des „Flensburger Tageblattes“ die Jubiläumsfeier 1995 im Schleswiger Ständesaal mit den Worten kommentierte:

„Hätten die beiden Außenminister zu Beginn der Veranstaltung ihre Reden ausgetauscht, keiner hätte dies bemerkt. Denn beide berichteten, wie wichtig vor 40 Jahren die Bonn/Kopenhagener Erklärungen für das Verhältnis unter den Minderheiten waren und wie gut sich die Vereinbarung über die Jahre gehalten hat, obwohl sie doch kein Vertrag und überhaupt nichts Offizielles sei.“

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem leichten feuilletonistischen Stil hätte ich auch gern fortfahren wollen. Eigentlich war alles gesagt und die Harmonie schien grenzüberwindend, ja sogar grenzenlos. Aber dann kam die Landtagswahl. Das Ergebnis machte eine Regierungsbildung schwierig. In der Folge gab es Diskussionen über die Vollwertigkeit des Mandats der Abgeordneten des SSW. Diese Diskussionen belasteten die Arbeit im Landtag und sie führten - was viel schlimmer ist - zur persönlichen Bedrohung und Verunglimpfung unserer dänisch gesinnten Abgeordnetenkollegen. Sie führten auch zu Irritationen bei den beiden Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland und bei unseren dänischen Nachbarn insgesamt. Vieles von dem, was im letzten Frühjahr in die Debatte geworfen wurde, ging daneben und war zum Teil unverantwortlich.

(Beifall im ganzen Haus)

Darum sage ich mit Nachdruck - und Ihr Applaus zeigt, ich weiß mich einig mit allen Abgeordneten dieses hohen Hauses -: Selbstverständlich haben die Abgeordneten des SSW, haben die Vertreter der dänischen Minderheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag ein uneingeschränktes und vollwertiges Mandat! Diese Anerkennung und diese Bestätigung sind eine unverzichtbare Grundlage, wenn wir uns nicht in Widerspruch setzen wollen zu den Buchstaben, den Absichten und vor allem dem Geist der Bonn/Kopenhagener Erklärungen, und sie sind auch eine Grundbedingung, ich meine sogar eine notwendige Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit dieses Parlamentes.

Die Diskussionen bei uns im Land und noch dazu die schrillen Töne von außerhalb - ich habe im Übrigen den Eindruck, dass die Sachkenntnis mancher mit dem Abstand vom Landeshaus erheblich zunimmt, und zwar in räumlicher und innerlicher Entfernung, und diese Zunahme der Unkenntnis müssen wir bekämpfen - haben auch etwas Gutes bewirkt: Wir denken wieder über Kräfte in Deutschland und über das Erreichte nach, wir diskutieren die Minderheitenpolitik und wir setzen uns mit nationaler und regionaler Identität auseinander. Vielleicht hatten wir es uns in

(Präsident Martin Kayenburg)

der jüngsten Vergangenheit ja alle ein wenig zu bequem gemacht, hatten uns eingerichtet in der angenehmen Atmosphäre der Minderheitenpolitik mit ihrem stilvollen, aus wechselseitigem Verständnis und zahlreichen gemeinsamen Interessen bestehenden Interieur. Die Ereignisse zu Beginn dieses Jahres waren dann wie ein Frühjahrssturm, der ums Haus ging. Er ließ uns aufhorchen, machte uns in gewisser Weise Angst und gab Anlass zu der Frage, ob das Haus und alles rund um das Haus wirklich so gut bestellt ist, dass es nicht nur bei schönem Wetter hält.

In der Minderheitenpolitik und in der Minderheitenarbeit ist es nicht anders als in der Europapolitik. Wir haben heute Nachmittag darüber diskutiert. Auch die europäische Verständigung ist ein langer Prozess. Nur Schönwetterveranstaltungen und Sonntagsreden helfen hier wie dort nicht weiter und bringen uns nicht voran. Um in der Sprache des Ostseeraumes zu bleiben: Wir brauchen den Bottom-up-Approach, den Zugang von unten, von der Basis her.

Die Menschen zu erreichen und sie auf dem Weg der Verständigung und des Ausgleichs mitzunehmen, der mit dem Weg nach Europa übrigens gleichgerichtet ist, ist nach wie vor die zentrale Aufgabe der Politik. Ich will sagen: Das ist eine Herausforderung an unsere Politik und an die Politiker auf allen Ebenen. Wir müssen uns deshalb auch heute selbstkritisch fragen, ob wir dieser Aufgabe in der Vergangenheit wirklich gerecht geworden sind. Keine Angst, meine Antwort auf diese Frage lautet: Wir brauchen uns nicht zu verstecken. Wir und ebenso die Politikergenerationen vor uns haben viel auf den Weg gebracht - auf den richtigen Weg, wie ich meine. Wie so oft haben wir aber Motivations- und Vermittlungsprobleme. Ich glaube, deswegen müssen wir über andere Formen der Beteiligung der Menschen nachdenken, wenn die Kluft zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern nicht noch größer werden soll.

Sie, Herr Vizepräsident Helveg Petersen, haben einmal in einem Interview ausgeführt, dass die Politik für Menschen nicht nur bedeuten dürfe, sich während der Tagesschau vor dem Fernseher über Politik zu ärgern, sondern sich einzumischen und in Konflikten zu bestehen. Dieses von Ihnen als konstruktives und aktives Sich-Einmischen bezeichnete Verhalten bedingt, dass die Parlamentarier den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiver als bisher führen müssen. Wenn uns das nicht gelingt, werden uns die Menschen auch auf dem Weg nach Europa nicht mehr folgen. Deshalb sollte das nicht nur die Politiker in den Staaten bewegen, in denen das Volk über die Annahme der Europäischen Verfassung abstimmt,

sondern auch uns. Das geht uns alle hier an. Hier sind wir alle in der Verantwortung.

Ein Europa ohne Europäer wäre eine ebenso trostlose Schimäre wie ein deutsch-dänisches Grenzland ohne seine Minderheiten. Es wäre ein Verlust an Vielfalt, es wäre ein Weniger an sich wechselseitig befruchtender Kultur. Es wäre eine Einbuße an Begegnung und Austausch. Es würde gewissermaßen das Fenster geschlossen, durch das uns die Minderheiten den Blick in das jeweils andere Haus ermöglichen.

Darum begrüße ich es - ich habe es mir bewusst bis zum Schluss aufbewahrt -, dass die Spitzen der Minderheitenorganisationen aus Deutschland und aus Dänemark heute mit zahlreichen Mitgliedern zu uns in den Landtag gekommen sind. Mein besonderer Gruß gilt an dieser Stelle zunächst dem Ministerpräsidenten, der inzwischen zu uns gekommen ist, und vor allem auch dem Vorsitzenden des SSF, Dieter Paul Küssner, sowie dem Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich Hansen.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Anwesenheit des dänischen Generalkonsuls Professor Dr. Becker-Christensen aus Flensburg lässt erwarten, dass die Signale, die heute vom Schleswig-Holsteinischen Landtag ausgehen, auch im Königreich Dänemark aufmerksam aufgenommen werden. Seien auch Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, verehrte Gäste, die heutige Feierstunde im Rahmen unserer Plenarsitzung ist also weniger ein Blick zurück auf 50 Jahre erfolgreiche Minderheiten- und Mehrheitenpolitik sowie Minderheitenarbeit, wie das bei Jubiläen häufig der Fall ist. Diese Feierstunde soll vor allem einen Blick in die Zukunft anbieten. Ich hoffe, Sie haben es als einen optimistischen Ausblick empfunden, den ich mit dem Wunsch verbinde, dass wir - wie bisher - offen miteinander reden und einander nicht nur Verständnis entgegenbringen, sondern auch einander verstehen und zum Wohle der Minderheiten in unseren beiden Ländern das eine oder andere bewegen werden.

Mit diesem Wunsch stelle ich mich bewusst in die Nachfolge meines Vorgängers im Amt, Herrn Heinz-Werner Arens, über dessen heutige Anwesenheit ich mich ganz besonders freue.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Notwendigkeit unseres intensiven Zusammenwirkens ist unbestritten. Die Voraussetzungen für eine nach vorn gerichtete und vorausschauende politi-

(Präsident Martin Kayenburg)

sche Arbeit sind gegeben. Die Irritationen über die verfassungsmäßigen Rechte der dänischen Minderheit in unserem Land sind weitgehend überwunden. Das ist zum einen ein Ergebnis des von allen Abgeordneten getragenen solidarischen Verhaltens unseres Parlaments und auch der Landesregierung, zum anderen ist das aber auch eine Folge der Solidarität der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze untereinander und miteinander.

Ich habe das Wort „weitgehend“ einschränkend gebraucht. Damit will ich sagen, dass wir zwar die Verständigen und die Kundigen erreicht haben, aber es gibt teils latent, teils offen artikulierte Stimmen und Stimmungen, die sich kritisch mit der Rolle der Minderheiten befassen. Darum sage ich mit Nachdruck: Wir müssen uns alle gemeinsam darum bemühen, dass der Konsens in der Minderheitenpolitik gewahrt bleibt oder, soweit noch erforderlich, dass endgültig zu ihm zurückgefunden wird.

Deshalb richtet der Schleswig-Holsteinische Landtag diese Feierstunde aus. Deshalb ist er in großer Geschlossenheit bestrebt, in Würdigung und in Anerkennung der von unseren Minderheiten diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze geleisteten vorbildlichen Arbeit in der Öffentlichkeit Zeichen zu setzen.

Wir werden unsere Minderheiten weiterhin mit besten Kräften fördern und aktiv unterstützen. Ich freue mich auf unsere gemeinsame Arbeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Niels Helveg Petersen, Vizepräsident des Folketings:

Herr Ministerpräsident! Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mine damer og herrer! Vielen Dank für die Einladung, an der heutigen Feierstunde teilzunehmen. Mit Freude habe ich die Aufforderung angenommen, im Landtag bei dieser Gelegenheit zu sprechen. Dies allein ist ein Ausdruck der engen Beziehungen, die über die Grenze geknüpft sind.

Als langjähriges Mitglied des dänischen Folketinges sind inzwischen 35 Jahre - und als ehemaliger dänischer Außenminister liegt mir die Pflege des guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Dänemark stets am Herzen. Dies gilt natürlich auch für unseren nächsten Nachbarn in Deutschland, für das Bundesland Schleswig-Holstein.

Ich hatte in der Vergangenheit mehrfach Gelegenheit, hierher zu kommen. Das war zum Beispiel 1995 der Fall, als ich gemeinsam mit meinem damaligen Kol-

legen, dem Bundesaußenminister Klaus Kinkel, im Rathaus zu Schleswig in einem Festakt das 40-jährige Jubiläum der Ausstellung der Bonn/Kopenhagener Erklärungen würdigte.

Lassen Sie mich Ihnen versichern, dass es für mich eine große Ehre ist, in diesem schmucken Plenarsaal als erster externer Redner und damit als Däne zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es hat seinen guten Grund, dass wir dieses Jubiläum feiern, denn die Ausstellung der beiden Erklärungen im Jahre 1955 bedeutete einen Wendepunkt in dem Zusammenleben der Minderheiten und Mehrheiten auf beiden Seiten der Grenze. Damit war dies auch ein Wendepunkt im Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland.

Die beiden Erklärungen stehen natürlich nicht allein. Die allgemeine Entwicklung in Westeuropa und jetzt in einem vereinten Europa, die wachsende internationale Zusammenarbeit, die Entwicklung enger Verbindungen innerhalb der NATO und der Europäischen Union, die engen Handelsverbindungen, Tourismus und vieles andere mehr haben jeweils dazu beigetragen, dass sich das deutsch-dänische Verhältnis heute grundlegend geändert hat. Es hat dazu geführt, dass wir nicht nur Partner, sondern auch enge Freunde sind.

In diesem Zusammenhang ragen die Bonn/Kopenhagener Erklärungen heraus. Sie nehmen einen besonderen Platz ein. Sie erhielten nicht nur eine außenpolitische Bedeutung, sondern sie griffen auch als vertrauensbildende Maßnahmen in den Alltag der Grenzbevölkerung ein. Sie lösten einige aktuelle Probleme und legten den Grundstein für eine graduelle Verbesserung des Verhältnisses zwischen Minderheit und Mehrheit auf beiden Seiten der Grenze.

Die genannten aktuellen Probleme waren unter anderem die Anerkennung des Prüfungsrechts der Minderheitenschulen und die Ausnahme des Südschleswigschen Wählerverbandes von der 5 %-Sperrklausel im schleswig-holsteinischen Landeswahlgesetz. Hinzu kam die ausdrückliche Anerkennung, dass die Bürgerrechte, die in den Verfassungen beider Staaten niedergelegt sind, auch für jeden gelten, der der dänischen beziehungsweise der deutschen Minderheit angehört.

Als Konsequenz dieser rechtlichen Prinzipien wurde festgestellt, dass das Bekenntnis zur dänischen oder deutschen Nationalität und Kultur frei ist und nicht von den Behörden bestritten oder nachgeprüft werden kann. Das ist eine sehr wichtige Feststellung. Als dänischer Außenminister war ich in den 90er-Jahren sozusagen aus erster Hand Zeuge, dass dies nicht überall in Europa eine Selbstverständlichkeit war. Die

(Niels Helveg Petersen)

Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien spricht ihre eigene deutliche Sprache.

Unter anderem deshalb beschloss der europäische Ministerrat auf seiner Sitzung in Kopenhagen im Juni 1993, als ich dänischer Außenminister war, besondere Aufnahmebedingungen für die Mitgliedschaft der EU, die auch Minderheitsbedingungen umfassten. So wurde beschlossen, dass ein Land, das sich um den Beitritt bemüht, zunächst institutionelle Stabilität erzielt haben muss, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte sowie den Respekt und den Schutz der Minderheiten garantieren muss. Diese Kriterien, auch Kopenhagener Kriterien genannt, waren entscheidend für die Aufnahme der zehn Mitgliedstaaten und werden für die Aufnahme weiterer Länder grundlegend sein.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund feststellen, dass die Bonn/Kopenhagener Erklärungen und damit die Regelung der deutsch-dänischen Minderheiten in einem internationalen Zusammenhang herausragend sind. Sie sind ein Beispiel dafür, wie weit man kommen kann, wenn der gute Wille als gemeinsame Peilmarke von allen vorhanden ist. In unseren Breiten gelten sie auch nach wie vor als Richtschnur für das nationale Zusammenleben im Grenzland.

In diesem Zusammenhang möchte ich gern ein paar Worte über die dänische Minderheitenpolitik und die besonderen Regelungen sagen, die für die Farøer Inseln und Grönland gelten.

Um mit dem Letzten zu beginnen: Beide sind Gemeinwesen mit Selbstverwaltung im Rahmen der dänischen Reichsgemeinschaft. Die Farøer Inseln erhielten im Jahre 1948 Selbstverwaltungsrecht, Grönland 1979. Beide sind auch im dänischen Folketing mit jeweils zwei Mitgliedern vertreten. Wie Sie sicherlich wissen, haben wir in Dänemark eine Tradition für Minderheitenregierungen. Einige Male haben Folketingmitglieder von den Farøer Inseln und Grönland entscheidend für die Regierungsbildung gewirkt. Das war zum Beispiel 1971 und 1998 der Fall. Als Außenminister der damaligen Regierung habe ich das hautnah zu spüren bekommen, als es nämlich die Stimmen von den Farøern waren, die dazu beitrugen, den Weiterbestand der Regierung zu sichern.

Aus dem hohen Norden möchte ich dann den Blick nach Sønderjylland, zur deutschen Minderheit wenden. Hier ist die dänische Regelung für die Verteilung der so genannten Kreismandate oder Listenmandate sehr günstig - sowohl für nationale Minderheiten als auch für alle anderen regionalen Gruppierungen in Dänemark. In Sønderjylland kostet ein Kreismandat in der Regel weit weniger Stimmen als jene 2 %, die

das Wahlgesetz vorschreibt. Man braucht oft nur weniger als 0,5 % der Stimmen.

Bei der letzten Wahl zum Folketing im Februar handelte es sich in Sønderjylland um 12.107 Stimmen. Diese besondere Regelung im dänischen Wahlgesetz sicherte der deutschen Minderheit jahrzehntelang ein Mandat im dänischen Folketing. Nachdem die deutsche Minderheit nicht mehr die notwendige Stimmenzahl aufbringen konnte, wurde als Kompensation dafür 1983 mit Unterstützung der dänischen Regierung ein deutsches Sekretariat in Kopenhagen unter Leitung von Siegfried Matlok eingeführt, das die laufenden Interessen der Minderheit gegenüber Folketing, Regierung und anderen Instanzen wahrnimmt. Man kann sagen, dass dieser Schritt ein Ausläufer des Geistes der Bonn/Kopenhagener Erklärungen war.

Dies wiederholt sich nun im Zusammenhang mit der Kommunalreform in Dänemark. Die heutigen 271 Kommunen werden 2007 auf knapp 100 reduziert. In Sønderjylland bedeutet das, dass aus 23 Kommunen vier werden. Aber in diesem Zusammenhang geht Dänemark neue Wege im Bereich der Minderheiten. In dem Gesetzentwurf, den die Regierung vorgelegt hat, werden weitgehende Rücksichten auf die deutsche Minderheit genommen. Aus den Bemerkungen zum Gesetzentwurf geht hervor, dass die Anzahl der Mitglieder der Kommunalvertretungen in den Kommunen, in denen die deutsche Minderheit bisher vertreten war, auf 31 festgesetzt wird. Das gibt der Schleswigschen Partei die Möglichkeit, einen Vertreter in mehreren der neuen Großkommunen gewählt zu bekommen. In den Gemeinden, in denen die Minderheit 25 % oder mehr Prozent der Anzahl der Stimmen erzielt, die das letzte Mandat erfordert, wird ein Beobachter ohne Stimmrecht, aber sonst mit allen Rechten, die sich an die Mitgliedschaft in einer Gemeindevertretung knüpfen - darunter ein Sitz in den Ausschüssen -, eingeführt. In den Kommunen, in denen die deutsche Minderheit mindestens 10 %, aber weniger als 25 % der Stimmen, die das letzte Mandat erfordert, erzielt, wird obligatorisch ein Ausschuss für die Behandlung der Anliegen, die die deutsche Minderheit berühren, eingerichtet. Es handelt sich also um neue Sonderregelungen für eine nationale Minderheit. Dies ist völlig im Geiste der Bonn/Kopenhagener Erklärungen.

Ich erwähne dies ausdrücklich, weil mir bekannt ist, dass mehrere Mitglieder des Landtages in den letzten Jahren großes Interesse an den politischen Zukunftsaussichten der deutschen Minderheit an den Tag gelegt haben.

Von dänischer Seite sind wir natürlich sehr am Wohl und Wehe der dänischen Minderheit interessiert. Äu-

(Niels Helveg Petersen)

berer Ausdruck dafür ist, dass wechselnde dänische Ministerpräsidenten und Außenminister oft als Gäste Südschleswig besuchen. Ich hatte - wie schon gesagt - selbst mehrfach Gelegenheit dazu. Dies gilt auch für andere dänische Minister, Mitglieder des Folketing und sonstige Repräsentanten des offiziellen Dänemarks.

Entsprechend besteht stets Einstimmigkeit im Folketing, wenn es darum geht, die alljährlichen staatlichen Zuschüsse für die dänische Minderheit zu beschließen. Das Wohl und Wehe der dänischen Minderheit liegt uns sehr am Herzen. Wir können uns in dem Zusammenhang darüber freuen, dass sich das Verhältnis zwischen Dänisch und Deutsch, zwischen Minderheit und Mehrheit auf beiden Seiten der Grenze in den letzten 50 Jahren entscheidend verbessert hat. Ich weiß, dass man dort in diesem Zusammenhang oft davon spricht, dass die Entwicklung von einem Gegeneinander zu einem Miteinander verlaufen ist.

Friedliche Entwicklung ist bekanntlich nicht immer eine kontinuierliche Linie. Zwischendurch kann es größere oder kleinere Ausschläge auf dem Seismografen geben, die von Erschütterungen im Untergrund zeugen. Wenn dies geschieht, ist es natürlich Anlass zur Besorgnis.

Ich bin jedoch sicher, dass alle verantwortlichen Akteure dazu beitragen, dass wir das langfristige Ziel nicht aus den Augen verlieren. Wir haben eine gemeinsame Verpflichtung, die bestmöglichen Bedingungen für unsere nationalen Minderheiten zu schaffen. Wenn sie gedeihen, in Frieden und Harmonie mit ihrer Umwelt leben, hat dies auch eine wohltuende Wirkung auf die Verhältnisse über die Grenze hinweg. Dies kennzeichnet die Entwicklung im Laufe der letzten 50 Jahre.

Der Schutz der Minderheiten beseitigt natürlich nicht alle Konfliktpunkte zwischen den Nationen, sollte jedoch eine menschliche Selbstverständlichkeit sein. Die besondere Form der Rücksichtnahme, die wir heute im deutsch-dänischen Grenzgebiet erleben, ist nicht von selbst gekommen und hat ihre Zeit gebraucht. Deshalb hoffe ich, dass unsere Erfahrungen und Ergebnisse als Inspiration für die friedliche Lö-

sung von Minderheitenkonflikten anderenorts dienen können.

(Beifall)

Die dänische und die deutsche Minderheit sind Beispiele dafür, dass man durchaus seine nationale Identität und die kulturellen Unterschiede innerhalb einer engen europäischen Zusammenarbeit bewahren kann. Auch in diesem Zusammenhang hatten die Bonn/Kopenhagener Erklärungen ihre besondere Bedeutung.

Deshalb: Herzlichen Glückwunsch zu den 50 Jahren und herzlichen Glückwunsch zu den Ergebnissen, die wir gemeinsam im Bereich der Minderheiten erzielt haben! Ich freue mich über die erzielten Fortschritte und ich freue mich über den Willen, der vorhanden ist, von hier aus noch weiter zu gehen, wie es auch in der Rede des Herrn Landtagspräsidenten zum Ausdruck gekommen ist.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Vizepräsident, ich danke Ihnen für die Mut machenden, zukunftsweisenden und - wie ich glaube - für uns alle Sinn gebenden Worte. Sie haben deutlich gemacht, dass wir gemeinsam die Arbeit im dänisch-deutschen Grenzraum weiter gestalten müssen und dass das bedeutet, dass wir die Minderheitenpolitik, so wie sie angelegt ist und betrieben wurde, in Zukunft fortsetzen müssen. - Herzlichen Dank, dass Sie heute nach Kiel gekommen sind.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe, weise ich darauf hin, dass um 18:30 Uhr aus Anlass dieses Jubiläums im Schleswig-Holstein-Saal ein Empfang stattfinden wird, zu dem Sie alle sehr herzlich eingeladen sind.

Morgen fahren wir um 10 Uhr in der Tagung mit der Behandlung des Punktes 17 fort. Ich wünsche uns einen gemeinsamen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:55 Uhr